

Die Politische Meinung



KALTER KRIEG?

—
Neue Risiken,
alte Geschichtsbilder

ZUM SCHWERPUNKT Norbert Röttgen, Deutschlands Rolle im Konflikt mit Russland; Manfred Wilke, Jenseits von Rapallo; Jonas Grätz, Edward Hunter Christie, Wie Kante zeigen; Sonja Margolina, Konfrontation ohne Eisernen Vorhang

INTERVIEW Horst Teltschik, Türen nie zuschlagen!

KOMMENTIERT Norbert Seitz, Entspannen mit Putin?; Burkhard Spinnen, Risiko

SEITENBLICK WAHLRECHT Peter Hintze, Zur Diskussion um die Fünf-Prozent-Hürde

IMPULSE Volker Kauder, Welt in Unruhe

”

Putin gibt sich kooperationsbereit, definiert aber zur gleichen Zeit Russland in Abgrenzung zu einem aus seiner Sicht degenerierten Westen. Diese Art der ‚hybriden Kriegsführung‘ stellt uns in unserem Umgang mit Russland vor völlig neue Herausforderungen.

Norbert Röttgen, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Wir haben selbst in den gefährlichsten Momenten des Kalten Kriegs immer versucht, den Dialog und die Zusammenarbeit mit Russland fortzusetzen und Spannungen abzubauen. Das gilt heute mehr denn je.

Horst Teltschik, Politikwissenschaftler und Wirtschaftsmanager

Gerade Wladimir Putins gezielte Verletzungen der internationalen Ordnung könnten als Lehrbeispiel dafür dienen, wie bewährte Entspannungsimpulse von einst aktuell ins Leere laufen können.

Norbert Seitz, Essayist und Radioautor

Die bisherigen Reaktionen Putins zeigten, dass er die gesamtwirtschaftlichen Folgen auch schon der nur personenbezogenen Sanktionen durchaus fürchtete – auch aus innenpolitischen Gründen.

Jonas Grätz, Politikwissenschaftler, Edward Hunter Christie, Ökonom

Der Ex-KGB-Mann Putin betreibt eher ein Ideologie-Shopping, als dass er auf eine Linie fixierbar wäre. Er mobilisiert aus Angst. Darauf zu antworten, wird nicht leicht werden.

Tilman Mayer, Professor für Politische Theorie

Vermutlich würde ‚Radio Eriwan‘ heute sagen: ‚Es wird keinen neuen Kalten Krieg geben, aber es wird einen solchen Frieden geben, dass man sich nach dem guten alten Kalten Krieg noch sehnen könnte.‘

Sonja Margolina, in Berlin lebende russische Autorin

“

Editorial

Bernd Löhmann, Chefredakteur

Ein Gespenst geht um in Europa – der Schatten des Kalten Krieges. Ausgerechnet 25 Jahre nach dem Berliner Mauerfall, dem freudentränenreichen Abschied von der ost-westlichen Spaltung, scheinen die Angst einflößenden Geschehnisse auf der Krim und in der Ostukraine die überwunden geglaubten Geister der Konfrontation wieder heraufzubeschwören. So sehr sich Historiker und Ostexperten auch mühen, die himmelweiten Unterschiede vergangener und aktueller Weltlagen auszuloten, es hilft wenig. Der Schock über die russische Aggression sitzt tief und verlangt nach historischen Analogien – nicht nur zum Kalten Krieg. Zu 1914 oder 1938 werden ebenfalls Vergleiche gezogen.

Manchen überkommt dabei das ungute Gefühl, dass Europa im Begriff sei, in kriegerische Zeiten seiner Geschichte zurückzufallen. Doch stellt sich die gegenwärtige Entwicklung längst nicht nur als Rolle rückwärts dar. Die Menschen auf dem Maidan haben 2013/2014 in ähnlicher Weise für eine Zukunft in Freiheit und Selbstbestimmung gekämpft wie die Revolutionäre von 1989. Wer weiß, ob noch andere autokratische Regime der Region es demnächst mit dieser revolutionären Kraft zu tun bekommen?

Inzwischen gibt es keinen Zweifel mehr daran, dass die jetzige russische Führung das neue Europa, das 1989 in Bewegung kam, ablehnt und sogar bekämpft. Trotz dieser desillusionierenden Erkenntnis kann der Westen schon aus Selbstachtung nicht nachlassen, in ganz Europa für Demokratie und die Ausbreitung westlicher Institutionen einzutreten. Vor allem eine „russische Reconquista“ (Gregor Schöllgen) nach der Blaupause der Krim in die einst vorgelagerten Territorien darf nicht ohne entschlossene Antwort bleiben.

Notgedrungen geht es aktuell wieder um diejenigen Fragen der internationalen Sicherheit, von denen man voreilig annahm, sie hinter sich lassen zu können: um Abschreckung und militärische Stärke, um Macht- und Geopolitik. Dabei ist heute eine strategische Phantasie weit jenseits der Blockbildung zwischen den großen Mächten gefragt, denn Menschen dürfen nicht erneut zu Vasallen und Gefangenen von Einflussphären werden.

Auf dem imaginären Grabstein des Kalten Krieges wäre eingemeißelt: „Sein Ableben beendete für viele Millionen Menschen eine Epoche von Unfreiheit und Fremdbestimmung.“ Dieses Gespenst darf nicht noch einmal umgehen. Selbst wenn die Welt, wie vielleicht seit dem 11. September nicht mehr, in heftige Unruhe geraten ist, lässt sich eine stabile internationale Ordnung langfristig nur auf grundlegenden Prinzipien und Regeln herstellen. Man kommt nicht umhin, mit Festigkeit und Geduld auch ein künftiges Russland davon zu überzeugen.



INHALT

1 EDITORIAL

SCHWERPUNKT

Kalter Krieg? Neue Risiken, alte Geschichtsbilder

14 DOPPELT GEFORDERT

Norbert Röttgen

Deutschlands Rolle im Konflikt
mit Russland

18 RUSSLAND VERSTEHEN

Frank Priess

Die Deutschen und ihre
Krisenwahrnehmung

24 INTERVIEW: TÜREN NIE ZUSCHLAGEN!

Horst Teltschik: Warum der Westen
weiter mit Russland reden muss

35 WIE KANTE ZEIGEN

Jonas Grätz,

Edward Hunter Christie

Zur Frage der Wirksamkeit von
Sanktionen

40 RÜCKKEHR ZUR IDEOLOGIE?

Tilman Mayer

Wie die Europäische Union auf die
Machtorientierung und Ideologisierung
Russlands reagieren kann

45 NACHBARSCHAFTSPOLITIK AM ENDE?

Michael Gahler

Über neue europäische Realitäten

49 SPOTLIGHTS REAKTIONEN AUF DIE KRISE

Berichte aus postsowjetischen Regionen

55 BÄRENSTARK?

Joachim Zweynert

Vom Zustand der russischen Wirtschaft

59 VOM GEWICHT DES SCHRECKENS

Ulrike Esther Franke

Funktioniert das Prinzip der
Abschreckung noch?

69 JENSEITS VON RAPALLO

Manfred Wilke

Zur Geschichte des russischen
Selbstverständnisses und seiner
Verflechtung mit Deutschland

76 WAS WAR DER KALTE KRIEG?

Hanns Jürgen Küsters

Eine Rückschau

Kommentiert

30 ENTSPANNEN MIT PUTIN?

Norbert Seitz

Über die Tauglichkeit überkommener
Denkmuster

64 KONFRONTATION OHNE EISERNEN VORHANG

Sonja Margolina

Warnungen einer in Moskau
geborenen Autorin aus Berlin

101 **RISIKO**

Burkhard Spinnen

Oder: Was wird aktuell gespielt?

Seitenblick Wahlrecht

83 **STABILITÄTSANKER LICHTEN?**

Peter Hintze

Warum die Diskussion über den Wegfall der Fünf-Prozent-Hürde gefährlich ist

88 **SIEGE DER TAKTIK**

Peter Molt

Der Streit um das Wahlrecht in historischer und aktueller Perspektive

92 **„FÜR MICH IST DIE POLITIK KEIN JOB“**

Denise Lindsay

Zum 100. Geburtstag von Paul Lücke (1914–1976)

96 **MEHR EUROVISION, BITTE!**

Nico Lange

Plädoyer für ein gesamteuropäisches Wahlrecht

Impulse

105 **WELT IN UNRUHE**

Volker Kauder

Wie wir islamistischem Terror und russischer Expansionspolitik begegnen können

110 **OFFENES GEHEIMNIS DER SUNNITISCHEN ACHSE**

Michael Mertes

Die Zwei-Staaten-Lösung für Israelis und Palästinenser muss auf der Tagesordnung bleiben

114 **FAKTEN ZUM GAZAKRIEG**

Michael Wolffsohn

Warum eine weitere Eskalation noch ausstehen könnte

118 **DREI WAHLEN, DREI TRENDS**

Viola Neu

Sachsen, Thüringen und Brandenburg haben gewählt

Gelesen

121 **HUNDERT JAHRE DEUTSCHLAND**

Alexander Brakel

Anmerkungen zur ersten voluminösen Gesamtdarstellung des 20. Jahrhunderts

Aus der Stiftung

124 **WÜRDEVOLLES LEBENSENDE**

Norbert Arnold

Studien zur Hospizarbeit, zur Sterbehilfe und zum selbstbestimmten Sterben

126 **FUNDSTÜCK**



„Karosta“

Die Fotoserie von Christine Fenzl „Karosta-Liepaja, Latvia 2004“ zeigt Kinder und Jugendliche in Karosta, einer Siedlung in Lettland, in der vormals russische Militärangehörige der Roten Armee untergebracht waren. Für die heutigen lettischen Bewohner ist diese Vergangenheit täglich präsent. Und doch wirken die Porträtierten zehn Jahre nach der Unabhängigkeit ihres Landes (1994) seltsam fremd in dieser Umgebung. Fast scheint es, als würden sie längst von einer anderen Zukunft träumen.

Seite 6: Kitija

Seite 9: Artur

Seite 10: Naina

Seite 13: Vova

Seite 68: Marinekorps, Liepaja

Kalter Krieg?

—

Neue Risiken,
alte Geschichts-
bilder

















Doppelt gefordert

Deutschlands Rolle im Konflikt mit Russland

NORBERT RÖTTGEN

Geboren 1965 in Meckenheim, Bundesminister a. D., Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Die deutsch-russischen Beziehungen der Nachkriegszeit waren bei allen Höhen und Tiefen immer von einer Tatsache geleitet: Russland hat einen entscheidenden Einfluss auf die Stabilität des europä-

ischen Kontinents. Aus diesem Grund war es stets das Bestreben deutscher und europäischer Politik, Russland in die europäische Sicherheitsarchitektur einzubinden. Geleitet von Willy Brandts Politik des Wandels durch Annäherung, verstand sich Deutschland lange Zeit als Brückenbauer zwischen Ost und West. In der Hoffnung, der wirtschaftlichen Annäherung würden eine soziale Liberalisierung und eine Annäherung der Werte folgen, sprachen wir von einer Modernisierungspartnerschaft. Wir glaubten, Russland sei nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion auf einem guten Weg. Doch in den vergangenen Jahren wurde das politische System der Russischen Föderation zunehmend autoritärer.

Dennoch waren wir weiterhin davon überzeugt, dass Russland ein Teil der europäischen Friedensordnung der Zeit nach Ende des Kalten Krieges sei, die sich auf gegenseitiges Vertrauen und Respekt, das Völkerrecht und die Überzeugung, dass zwischenstaatliche Konflikte nur durch friedliche Verhandlungen und Kompromisse gelöst werden können, stütze. Der Konflikt in der Ukraine, der sich nun schon über Monate hinzieht und sich mittlerweile zu einer kriegerischen Auseinandersetzung mit Tausenden Toten entwickelt hat, zeichnet ein anderes Bild. Die Annexion der Krim und die Verletzung der

staatlichen Souveränität der Ukraine stellen die Grundregeln dieser internationalen Ordnung infrage. Spätestens seit dem Abschuss des Passagierflugzeugs MH17 der Malaysia Airlines am 17. Juli 2014 sollte vollends klar sein, was der Konflikt in unserer Nachbarschaft für unsere Sicherheit in Europa bedeutet. 298 völlig unbeteiligte Menschen haben ihr Leben verloren. Auch sie sind Opfer des Konflikts in der Ukraine geworden.

Russland trägt große Verantwortung für die prekäre Lage und zeigt sich wenig kooperativ in den Bemühungen, den Konflikt beizulegen. Ganz im Gegenteil – Putin gibt missverständliche Signale und provoziert bewusst, wie durch die Entsendung eines Hilfskonvois für die Ostukraine, die mit dem Internationalen Roten Kreuz im Vorfeld nicht abgestimmt war. Gleichzeitig läuft im In- und Ausland die Propaganda auf Hochtouren. Putin gibt sich kooperationsbereit, definiert aber zur gleichen Zeit Russland in Abgrenzung zu einem aus seiner Sicht degenerierten Westen. Diese Art der „hybriden Kriegsführung“ stellt uns in unserem Umgang mit Russland vor völlig neue Herausforderungen.

Auf den ersten Blick mag es so aussehen, als ob Putin in diesem Konflikt die Oberhand habe. Während er militärisches Gerät in die Ukraine schafft und immer mehr sogenannte „Freiwillige“ aus Russland an der Seite der pro-russischen Separatisten kämpfen, treten wir seiner Aggression mit diplomatischen, politischen und wirtschaftlichen Mitteln entgegen. Doch Putin handelt aus einer Position der Schwäche heraus. Er griff zur Gewalt, weil er sich doppelt bedroht fühlte. Auf der einen Seite verlor Russland mit dem Sturz Janukowitschs zum ersten Mal die Kontrolle über die Ukraine. Auf der anderen Seite fürchtete er sich auch davor, dass die Maidan-Proteste nach Russland überschwappen könnten. Darauf antwortet Putin mit externer Aggression und interner Repression.

Mit dieser Strategie mag er zunächst einen gewissen Erfolg gehabt haben: Er hat es geschafft, die Ukraine zu destabilisieren. Er erschüttert Europa und erreicht gleichzeitig einen neuen Rekord an Popularität bei seinen eigenen Landsleuten, indem er den russischen Nationalismus wiederbelebt. Doch langfristig muss sein Plan ins Leere laufen. Die russische Wirtschaft befindet sich bereits jetzt in einer Rezession, und die westlichen Sanktionen könnten für Russland schmerzliche Ausmaße annehmen. Infolge des russischen Einfuhrstopps für europäische Agrargüter steigen in Russland die Preise. Russland ist außerdem von seinen Öl- und Gasexporten abhängig. Europa ist dabei Russlands wichtigster Abnehmer. Deshalb würden schärfere wirtschaftliche Sanktionen Russland empfindlich treffen. Auch ein übereiltes Abkommen mit China kann daran nichts ändern – insbesondere, wenn die Konditionen dieser Vereinbarung wenig lukrativ für Putin sind. Hinzu kommt, dass Putin mit der Krim nicht nur einen Teil des ukrainischen Territoriums annektiert hat, sondern auch einen Teil der sozialen Probleme, deren Lösung jetzt zusätzlich finanziert werden muss.

OHNE ZUKUNFTSVISION

Ist die nationalistische Euphorie über die „Wiedervereinigung“ mit der Krim erst einmal verfliegen, könnte Putin von der wirtschaftlichen Realität eingeholt werden und hätte in der Folge mit Popularitätsverlusten zu rechnen. Der russische Präsident hat keine Zukunftsvision für sein Land. Er treibt Russland in die Isolation, sein Benehmen ist kurzsichtig und für eine globalisierte, interdependente Welt völlig ungeeignet. Die Schwäche Putins macht ihn jedoch keinesfalls ungefährlicher. Ganz im Gegenteil: Angst und das Gefühl, bedroht zu sein, sind keine guten Ratgeber für eine besonnene, nachhaltige Politik. Deshalb ist Europa mit einer gänzlich neuen sicherheitspolitischen Lage konfrontiert, auf die wir adäquate Antworten finden müssen.

Die Krise in der Ukraine stellt eine außenpolitische Zäsur dar, die uns zwingt, langjährige Überzeugungen und Gewohnheiten unserer Außenpolitik zu überdenken. Dieser Konflikt weist Deutschland eine ganz besondere Rolle zu. Es hat in der gegenwärtigen Situation eine doppelte Verantwortung: zum einen in seiner besonderen Rolle gegenüber Russland und zum anderen gegenüber den Partnern in der Europäischen Union.

Aufgrund unserer langjährigen Beziehungen und unserer wirtschaftlichen Verflechtung mit Russland befinden wir uns gegenüber Putin in einer einflussreichen Position. Der deutsche Markt ist für Russland sehr bedeutend; es ist daher nicht ernsthaft von russischen Gegensanktionen auszugehen. Dadurch wird Deutschland in diesem Konflikt zum wichtigsten Land der diplomatischen Krisenreaktion. Wir sind gleichzeitig nahe daran, nicht unmittelbar bedroht und gesprächsfähig gegenüber Putin. Auch von unseren westlichen Partnern wird erwartet, dass wir Ton und Maß der westlichen Antwort auf die russische Politik entscheidend mitprägen.

Wir werden unser Verhältnis zu Russland grundsätzlich hinterfragen müssen. Unsere frühere optimistische Annahme, dass ökonomische Verflechtungen auch zu einer Konvergenz der Werte führen, hat nicht den gewünschten Erfolg erzielt. Wir müssen leider feststellen, dass beide Staaten so weit voneinander entfernt sind wie schon lange nicht mehr. Es ist daher geboten, einen realistischeren Blick auf unsere Beziehung zu Russland zu entwickeln. Auch wenn Russland noch immer ein essenzieller Teil der europäischen Sicherheitsarchitektur ist und wir unser Bestes dafür tun müssen, Russland wieder in die internationale Gemeinschaft zu integrieren, sollten wir doch darauf vorbereitet sein, dass unser großer Nachbar im Osten sich weiterhin unkooperativ zeigt. Auch für diesen Fall müssen außenpolitische Antworten gefunden werden. Wir müssen also einerseits eine Strategie entwickeln, die die Tür für den Dialog offenhält, die Russland in die Strukturen der internationalen Ordnung einbindet und Raum für Transformationen lässt. Andererseits müssen wir uns unserer Werte und Interessen gegenüber Russland klar bewusst sein und diese auch deutlich vertreten. Dabei müssen im Zweifelsfall wirtschaftliche

Interessen mit Überzeugungen und Werten sowie mit der außenpolitischen Strategie abgewogen werden. Das Primat der Politik darf nicht durch kurzfristige Interessen untergraben werden. Denn gerade die deutsche Wirtschaft, die sich so stark auf den Export stützt, ist von einer intakten Friedensordnung in Europa und der Welt abhängig. Nur politisch und wirtschaftlich stabile Staaten sind verlässliche Handelspartner. Daher dürfen außenpolitische Interessen nicht hinter kurzfristige wirtschaftliche Erwägungen gestellt werden, sondern müssen das langfristige Ziel der Stabilität verfolgen.

EUROPÄISCHE SOLIDARITÄT

Nicht nur unser Verhältnis zu Russland bedarf einer Neujustierung. Wir haben auch eine besondere Verantwortung gegenüber unseren Partnern in der Europäischen Union. Die Länder des Baltikums beispielsweise sind zu einhundert Prozent von russischen Gaslieferungen abhängig. Wir müssen ihre Verwundbarkeit und ihre Sorgen deshalb ernst nehmen und darauf hinwirken, dass sich Europa auch außen- und sicherheitspolitisch zu einer Solidargemeinschaft entwickelt.

Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union müssen endlich anfangen, ihre Außenpolitik als gemeinsames Projekt wahrzunehmen. Zwar haben wir institutionell eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, die sich in den letzten Jahren auch stark weiterentwickelt hat. Die Schaffung des Amtes des Hohen Vertreters und des Europäischen Auswärtigen Dienstes sind nur ein Ausdruck dessen. Dennoch geben weiterhin die nationalen Regierungen den außenpolitischen Ton an. Darunter leidet oftmals die Kohärenz und Eindeutigkeit der Position der EU. Gerade in einer Situation der Bedrohung von außen ist diese Zersplitterung fatal. Mit einer Stimme zu sprechen, ist der Schlüssel dazu, ein glaubwürdiger, handlungsfähiger Akteur der internationalen Politik zu sein.

Die Krise in der Ukraine hat das Potenzial, Europa zu spalten. Nationale Befindlichkeiten haben die Debatte um schärfere Sanktionen belastet. Unterschiedliche Bedrohungswahrnehmungen gegenüber Russland führen zu unterschiedlichen Schlussfolgerungen. Genau aus diesem Grund müssen wir mit mehr Geschlossenheit, größerem gegenseitigen Verständnis und vor allem mit mehr Solidarität antworten. Deutschland sollte hier mit gutem Beispiel vorangehen und aktiv für eine Stärkung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik eintreten. Eine außenpolitisch stärkere EU ist in Anbetracht des Konflikts mit Russlands und einer Welt im Umbruch eine Investition in die Stabilität und Sicherheit unserer Gesellschaften und unseres Kontinentes.

Russland verstehen

—

Die Deutschen und ihre Krisenwahrnehmung

FRANK PRIESS

Geboren 1957 in Wolfsburg, stellvertretender Leiter der Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit, Konrad-Adenauer-Stiftung.

Russland hat mit der Annexion der Krim das Völkerrecht gebrochen und die territoriale Integrität der Ukraine verletzt, die es selbst zu schützen versprochen hatte. Offenkundige Interventionen in der Ostukraine alarmieren nicht nur die unmittelbaren Nachbarn und

werfen Fragen nach einem neuen russischen Expansionsdrang auf. Auch andere Aktivitäten machen geopolitische Ambitionen deutlich, die Uwe Halbach (*SWP-Aktuell*, Juni 2014) eher „neo-zaristisch“ denn „neo-sowjetisch“ nennt. Wladimir Putin erreicht mit dieser Politik und der Mobilisierung von Patriotismus zu Hause enorme Zustimmungswerte, während der Westen um eine gemeinsame Haltung ringt. So weit die Faktenlage.

Diese allerdings kann man sehr unterschiedlich wahrnehmen und bewerten, wie die zurückliegenden Wochen und Monate zeigen. Deutschland steht dabei durchaus im Blickpunkt der Beobachtung: Ist das Verständnis für Russland hierzulande größer als woanders? Stehen die Deutschen zur klaren Verteidigung westlicher Werte? Kann man sich auf ihre Bündnistreue in der NATO verlassen? Ordnen sie vielleicht völkerrechtliche Betrachtungen ihren massiven Wirtschaftsinteressen unter? Suchen sie gar wieder nach einem neuen Sonderweg, nach einer Mittellage zwischen Ost und West?

RUSSLAND-VERSTEHER UND PUTIN-BASHER

Die Botschaften aus der Regierung der Großen Koalition sind eindeutig: Kanzlerin und Außenminister proben den engen Schulterschluss. Nicht nur in ihrer Regierungserklärung am 4. Juni machte Angela Merkel klar, dass Sanktionen gegen das völkerrechtswidrige Verhalten Russlands kein Selbstzweck seien und eine enge Partnerschaft weiterhin angestrebt werde. Sollten sie aber unvermeidlich werden, so Merkel, würden Europäische Union und G 7 einig sein. Auch beim parallelen G 7-Gipfel – das bisherige G8-Format mit Russland wurde als Reaktion bereits aufgegeben – war die Verurteilung Russlands glasklar, der Verweis auf gemeinsame Werte innerhalb der G 7 wurde prominent herausgehoben und kann durchaus als Abgrenzung empfunden werden. In einem aktuellen Positionspapier sprechen die CDU-Bundestagsabgeordneten Andreas Schockenhoff und Karl-Georg Wellmann von einer „tief greifenden Vertrauenskrise“ und davon, dass „russisches Interesse an einer echten Zusammenarbeit mit Europa nicht erkennbar“ sei. Russland verharre im alten Nullsummen-Denken. Ausdrücklich warnen die Autoren vor einem „instabilen Zwischeneuropa“. Für die Vertrauenskrise gibt es mittlerweile jedenfalls genug Anhaltspunkte, die Andreas Rinke seinen Beitrag in der *Internationalen Politik* mit der Überschrift „Wie Putin Berlin verlor“ (IP, Mai/Juni 2014) überschreiben lassen. Homogen ist das Bild gleichwohl nicht. Symbolträchtige Umarmungen wie die zwischen Alt-Kanzler Gerhard Schröder und Wladimir Putin in Sankt Petersburg entfalten ihre mediale Wirkung. Schrille Töne zwischen „Russland-Verstehern“ und „Putin-Bashern“ sowie Streit um den richtigen Umgang mit Russland sind wahrnehmbar. Dem Verständnis der Gemütslage der Bevölkerung und der größeren Klarheit über reale Gewichtungen im Meinungsklima hilft die Demoskopie.

SYMPATHIEVERLUST DER GROSSMACHT

Dabei zeigt sich: Putins rabiate Politik im Inneren hat das Land Sympathien gekostet, die intensive Berichterstattung zur Winter-Olympiade in Sotschi rückte viele Defizite ins Blickfeld der deutschen Öffentlichkeit, das russische Verhalten gegenüber der Ukraine und anderen Ländern der östlichen Nachbarschaft wirkt auf viele Menschen alarmierend. Renate Köcher (*Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 15. April 2014) schreibt auf der Basis einer Allensbach-Umfrage, dass nur noch fünfzehn Prozent der Deutschen die Beziehungen zu Russland für intakt halten, für 76 Prozent sei das Verhältnis beider Länder gestört – für Köcher eine dramatische, geradezu erdrutschartige Veränderung gegenüber früheren Wahrnehmungen. Gleichwohl sei das Russlandbild der deutschen Bevölkerung „keineswegs einseitig negativ“. Dabei spielten Assoziationen mit einer großen kulturellen Tradition, Gastfreundschaft, National-

stolz und die Bedeutung von Land und Ressourcen eine wichtige Rolle. Für weltoffen allerdings halte nur eine kleine Minderheit das Land.

68 Prozent aber sehen Russland laut Allensbach erneut als Weltmacht – diese Wahrnehmung ist auch eng mit Wladimir Putin verbunden, dürfte ihn freuen und Balsam auf die Seele derer sein, die sich nach dem Niedergang der Sowjetunion und den Wirren der Jelzin-Zeit deklassiert fühlten. Diese Wahrnehmung hat allerdings auch Auswirkungen auf die Frage, wie man mit einem solchen Land umgeht. In einer viel zitierten Erhebung der Körber-Stiftung darüber, mit wem Deutschland enger zusammenarbeiten solle, liegen Russland und Amerika beispielsweise fast gleichauf. Differenzierter war schon das Bild, das vor drei Jahren beobachtet werden konnte. Laut einer Forsa-Umfrage (Manfred Güllner; *CICERO*, 21. Juli 2011) meinten 62 Prozent, Russland habe noch nie eine so lange Phase der Stabilität erlebt wie unter Wladimir Putin, 62 Prozent registrierten den gehobenen Lebensstandard, 71 Prozent sahen Russland mit gesteigener Bedeutung in der Weltwirtschaft, 52 Prozent meinten, die Beziehungen zu den Nachbarstaaten hätten sich im letzten Jahrzehnt verbessert, 66 Prozent hielten die Beziehungen zwischen Russland und Deutschland für gut oder sogar sehr gut.

TIEFES MISSTRAUEN

Aktuell zeigt sich entlang früherer Meinungslinien wieder ein stabiles Lager, das Russland zutiefst misstraut und seiner neuen Großmachtpolitik überaus skeptisch gegenübersteht. Hannes Adomeit (*American Institute for Contemporary German Studies*, 29. Mai 2014) zitiert eine Umfrage, nach der 81 Prozent der Deutschen Russland nicht für vertrauenswürdig halten. 48 Prozent der Deutschen halten danach die Sanktionen nach der russischen Intervention auf der Krim für zu schwach, 34 Prozent für gerade richtig, 18 Prozent für zu stark. Auffällig ist auch rund 25 Jahre nach der Wiedervereinigung ein deutlicher Ost-West-Gegensatz: Militärische Reaktionen werden zwar einhellig abgelehnt – man will keine Truppenverstärkungen und -verlegungen an die NATO-Grenzen mit Russland, steht einer NATO-Mitgliedschaft der Ukraine und Georgiens ablehnend gegenüber – da enden dann aber auch schon die Gemeinsamkeiten. So stellt erneut Renate Köcher fest: „46 Prozent der Westdeutschen, aber nur 28 Prozent der Ostdeutschen befürworten Sanktionen oder ähnliche Druckmittel. In Ostdeutschland ist dagegen die Neigung weit verbreitet, den Konflikt um die Krim als russisch-ukrainisches Thema zu sehen, ohne Belang für das übrige Europa. 58 Prozent der ostdeutschen Bevölkerung plädieren dafür, dass sich Westeuropa und die Vereinigten Staaten aus dem Konflikt weitgehend heraushalten“, eine Haltung, die nur ein Drittel der Westdeutschen teile. Über die unterschiedlichen Motivlagen kann nun spekuliert werden.

ERZÄHLUNG VOM DRITTEN ROM

Ein zusätzlicher Aspekt kommt, nicht nur in Deutschland, hinzu. Offenbar verfährt mancherorts Putins Versuch, Russland als Hort konservativer Werte darzustellen, indem er „europäische Dekadenz“ anprangert und dem Pluralismus einer freien Gesellschaft in Wort und Tat entgegentritt. Die Kommentare enger Putin-Vertrauter zum Sieg des österreichischen Transvestiten Conchita Wurst beim European Song Contest im Mai 2014 sind allen noch in lebendiger Erinnerung. Die *Salzburger Nachrichten* vermerkten am 12. Mai dieses Jahres: „Unsere Empörung ist grenzenlos, das ist das Ende Europas“, sagte Schirinowski, der in der Staatsduma als Fraktionsvorsitzender seiner Liberaldemokratischen Partei Russlands (LDPR) amtiert, im russischen Fernsehen ‚Rossija‘. ‚Da unten gibt es keine Frauen und Männer mehr, sondern statt dessen ein Es‘, ergänzte der Politiker und fügte hinzu: ‚Vor fünfzig Jahren (sic!) hat die Sowjetarmee Österreich besetzt und wir waren bis 1955 dort. Es war aber ein Fehler, dem Land die Freiheit zu geben. Wir [unsere Truppen, Anm.] hätten dort bleiben sollen.‘ Er bezog sich auf die sowjetische Besatzungszeit in Österreichs Osten nach dem Zweiten Weltkrieg.“

Das passt ein wenig in die russische Erzählung vom „dritten Rom“, zur Verbindung von Russentum und russisch-orthodoxer Kirche, zur Verteidigung von Rechtgläubigkeit in relativistischen Zeiten. Autoren wie Timothy Snyder (*Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 14. April 2014) halten nicht ohne Grund die autoritäre extreme Rechte in Russland für unendlich gefährlicher als die autoritäre extreme Rechte in der Ukraine. Ob diejenigen, die bei solchen Ausfällen Beifall klatschen oder aus Europas Rechts- und Linksaußenparteien nach Moskau pilgern, wohl auch gern in einem solchen Land leben würden?

Außerhalb der politischen, militärischen und wirtschaftlichen Eliten lässt sich allerdings durchaus der Eindruck gewinnen, dass die Krisenwahrnehmung in Deutschland eine sehr relative ist: Unser Land ist von Freunden umzingelt, die Wirtschafts- und Finanzkrise der letzten Jahre hat man erstaunlich gut und besser als viele andere gemeistert, die Ukraine oder gar Syrien, der Irak und Libyen scheinen weit weg, selbst die Flüchtlingsströme über das Mittelmeer und andere europäische Außengrenzen schaffen es nur selten und schon gar nicht dauerhaft ins Bewusstsein breiter Bevölkerungskreise.

Traut sich einmal ein Bundespräsident, auf die Abhängigkeit Deutschlands, etwa von sicheren Seewegen und Transportrouten für unsere Exportgüter, hinzuweisen, steht er schnell am Pranger der öffentlichen und vor allem der veröffentlichten Meinung. Wer zur Wahrnehmung von mehr Verantwortung aufruft, wird schnell in die Ecke von Kriegstreibern gedrängt. Jobs, die Politiker bei Rüstungskonzernen annehmen, entfachen die heftigste Empörung und gelten als anrühlich. Der Verweis auf Artikel 5 des NATO-Vertrages mit seiner Beistandsverpflichtung führt sofort zu hysterischen Reaktionen

und der Frage: „Sterben für das Baltikum?“ Eine Erhöhung des schwächlichen deutschen Verteidigungshaushaltes – er liegt schon lange deutlich unter den Selbstverpflichtungen innerhalb der NATO – wird gleichzeitig zum Tabu erklärt. Debatten über strategische Interessen Deutschlands werden selten geführt und gehen über einen begrenzten Teilnehmerkreis nicht hinaus.

Sorgen macht zudem der Zustand des transatlantischen Verhältnisses, dessen öffentliche Bewertung parallel zur Russlanddebatte Fragen aufwirft: Bekam man – bezogen auf Westdeutschland – früher auf die Frage, wie die USA eingeschätzt werden, deutlich positivere Antworten, wenn unmittelbar vorher nach der Sowjetunion gefragt wurde, scheint heute eine gefährliche Distanzierung Raum zu greifen. Natürlich muss man an Partner in einer Wertegemeinschaft hohe Standards anlegen; gleichwohl verwundert die Art mancher anti-amerikanischer Reflexe. Bei der Freude mancher über das Asyl von Edward Snowden in Moskau etwa scheint vergessen zu werden, welche Standards in Sachen geheimdienstliche Tätigkeit sowie Überwachung beziehungsweise Kontrolle der Internet-Community in seinem neuen Gastland vorherrschen.

SEELENVERWANDTSCHAFT UND ZUWENDUNG

Schon bei der Europawahl wäre zu vermuten gewesen, dass die neue Situation an der Ostflanke der Europäischen Union und mit ihr die Sicherheitspolitik ein Wahlkampfthema würden. Das war jedoch weit gefehlt, und wie bereits erwähnt: Man fühlt sich, anders übrigens als unsere mittel- und manche südosteuropäischen Nachbarn sowie die Staaten des Baltikums, nicht bedroht. Viele sehen die russischen Ansprüche sogar als legitim an, eine entsprechende Lobby ist in Deutschland durchaus prominent unterwegs. Hinzu kommen tiefer liegende und langfristige Bindungen und Emotionen Russland gegenüber: die kulturelle „Seelenverwandtschaft“ – mannigfaltig dokumentiert durch deutsche Dichter und Denker –, die lange gemeinsame Geschichte, die deutsche Schuld im Zweiten Weltkrieg, die kooperative Rolle Gorbatschows und Jelzins im Umfeld der deutschen Wiedervereinigung.

Falsch ist der Wunsch, auskömmlich und partnerschaftlich mit Russland umzugehen und die Beziehungen pfleglich zu behandeln, ja wahrlich nicht. Nicht umsonst wurde dem Land eine umfassende „Modernisierungspartnerschaft“ angeboten; gerade Deutschland hat ein großes Interesse an einem intensiven Dialog mit Russland, seiner Gesellschaft und seinen Eliten. Es widerspreche diesen Interessen, sich in Phasen des Wandels enttäuscht von Russland abzuwenden, schrieb Stefan Meister (*IP*, November/Dezember 2012) schon 2012, erklärte aber gleichzeitig die deutsche „Passion, Russland nach innen zu demokratisieren und in Europa zu integrieren“, für naiv und anfällig für Frustrationen. Entsprechend sollten Kommunikationskanäle

offen bleiben; das impliziert zwar den Versuch, die Motive des anderen zu verstehen, doch keineswegs, dass man dessen Aktionen billigt.

Russland wird gebraucht, wie auch Andrei Shleifer und Daniel Treisman („Why Moscow says no“, in: *Foreign Affairs*, Januar/Februar 2011) mit Blick auch auf amerikanische Interessen zugeben: aufgrund seiner geografischen Lage, seines Nuklear-Status, seiner historischen Beziehungen zu Schlüsseländern, des Vetorechts im Sicherheitsrat, der Rolle als großer Energieexporteur und nicht zuletzt seiner militärischen Potenz. Der Nahe Osten, Afghanistan, Irans Nuklearprogramm und Nordkorea sind da nur einige Merkposten.

„CHARLOTTENGRAD“ UND DEUTSCHE WIRTSCHAFTSINTERESSEN

Eine besondere Interessenlage ergibt sich natürlich für die deutsche Wirtschaft und für die über 6.000 in Russland tätigen deutschen Firmen – Angst vor Wohlstandseinbußen und Arbeitsplatzverlusten spielt bei aktuellen Bewertungen nicht nur in Sachen Russland eine Rolle. Für viele deutsche Firmen wären massive Sanktionen eine regelrechte Katastrophe. Schon jetzt führt die Verunsicherung über die Zukunft zu Einbußen und Zurückhaltung. In der Tat ist Russland mit seinem Rohstoffreichtum und seinem nicht zuletzt industriellen Nachrüstungsbedarf ein idealer Partner, ganz zu schweigen von kaufkräftigen russischen Mittel- und Oberschichten, die schon heute auf Berlins Kurfürstendamm zur zahlungskräftigsten Kundschaft gehören – manche sprechen bereits von „Charlottengrad“. Umso bemerkenswerter ist, dass sich auch wichtige in Russland engagierte Wirtschaftsvertreter so vernehmen lassen, dass sie Verständnis für Wirtschaftssanktionen aufgrund übergeordneter Überlegungen aufbringen.

Eines scheint bei der Analyse aktuellen russischen Handelns klar: Einwirkungsmöglichkeiten hat der Westen insgesamt nur, wenn er geschlossen, stark und konsequent auftritt, berechenbar ist und seinen Worten und Erklärungen Taten folgen lässt. Eine wache Zivilgesellschaft ist dabei immer ein zentraler Verbündeter. Umso wichtiger, dass Angela Merkel auch im Juli in China wieder vor Studenten auf den Wert der Freiheit hingewiesen hat. Der Westen – und mit ihm Deutschland – steht aktuell vielerorts in einem Systemwettbewerb und wird ihn nur gewinnen, wenn er seine eigenen Werte konsequent lebt und nach außen ohne doppelte Standards vertritt.

Türen nie zuschlagen!

Warum der Westen weiter mit Russland reden muss

HORST TELTSCHIK

Geboren 1940 in Klantendorf, heute Kujavy (Tschechien), von 1982 bis 1990 Ministerialdirektor im Bundeskanzleramt, Leiter der Abteilung „Auswärtige und Innerdeutsche Beziehungen, Entwicklungspolitik, Äußere Sicherheit“, später unter anderem Mitglied des BMW-Vorstandes für Zentral- und Osteuropa, Asien und den Mittleren Osten.

Herr Professor Teltschik, nach UNO-Angaben sind bei den gewaltsamen Auseinandersetzungen in der Ukraine bisher 3.000 Menschen gestorben. Wie würden Sie das bezeichnen, was sich

dort ereignet – als Bürgerkrieg oder Krieg?

Horst Teltschik: Im Zweifel beides! Es ist ein Bürgerkrieg, weil auf der einen Seite sogenannte Separatisten der Ostukraine gegen Bürger oder Soldaten der Westukraine, also der Zentralregierung, kämpfen. Daneben gibt es ukrainische Milizen, auch rechtsradikale Banden. Das heißt, es herrscht eine diffuse Gemengelage auf ukrainischer Seite. Darüber hinaus ist offensichtlich, dass russische Soldaten, wenn auch verdeckt, auf ukrainischem Boden eingesetzt werden. Bis zur Stunde gibt es auch keine Sicherheit, dass die Kampfhandlungen nicht wieder voll aufflammen.



© picture alliance/ZB, Foto: Karlheinz Schindler

Für US-Senator Robert Menendez sind nicht Rebellen auf dem Vormarsch, sondern russische Soldaten. Wie ist die Gewichtung zwischen denen, die im Osten der Ukraine einen Bürgerkrieg ausfechten, und den russischen Kräften, die sozusagen von außen Krieg führen?

Horst Teltschik: Das ist schwierig zu beurteilen. Denn die Interessenlage von Präsident Putin erscheint sehr diffus. Wie zuletzt gegenüber Präsident Poroschenko in Minsk spricht er ständig davon, dass ein Waffenstillstand erreicht werden soll. Andererseits dachten die von Russland unterstützten Separatisten nicht daran, die Kämpfe einzustellen. Deshalb war auch Kiew nicht bereit, die Waffen ruhen zu lassen. Putin hat – nicht zuletzt auch durch die Infiltration russischer Soldaten – alles

zu tun versucht, um eine Niederlage der Separatisten zu verhindern. Das wäre, wie er es sieht, auch für ihn ein Gesichtverlust – und den will er in jedem Fall verhindern. Aus diesem Grund will er auch die Beteiligung der Separatisten an den Gesprächen am sogenannten Runden Tisch.

Davon ausgehend kann die jetzige Kampfeinstellung auf beiden Seiten ein wichtiger Test sein, um die Ernsthaftigkeit von Putins Worten zu prüfen – etwa in der Kontaktgruppe, die in Minsk zusammensitzt und politische Lösungen für den zukünftigen Status der Ostukraine innerhalb der Gesamtukraine erarbeiten soll.

Die litauische Präsidentin Dalia Grybauskaitė sagt, Russland befinde sich „praktisch im Krieg gegen Europa“. Inwieweit ist die europäische Sicherheit bedroht?

Horst Teltschik: Wir haben in der Ostukraine einen Konflikt, der einem Krieg sehr nahe kommt oder sogar als Krieg bezeichnet werden kann. Die Gefahr einer Ausdehnung dieser militärischen Auseinandersetzung sehe ich nicht, denn kein Mitgliedstaat innerhalb der Europäischen Union oder in der NATO will der Ukraine mit eigenen Truppen zur Hilfe kommen. Alle versuchen im Gegenteil, den Konflikt regional oder lokal zu begrenzen und die Tür für politische Lösungen offen zu halten. Deshalb wäre ich in der jetzigen Situation vorsichtig mit Formulierungen, welche Gefahren heraufbeschwören, die sich hoffentlich eindämmen lassen.

Aber vielen in der Nachbarschaft Russlands ist unwohl geworden. Dabei sind es nicht allein die Balten, die sich Sorgen machen. Auch Finnland will ein Gastlandabkommen mit der NATO abschließen und erhofft sich durch mehr westliche Militärpräsenz größere Sicherheit. Spricht daraus nicht ein starkes Bedrohungsgefühl?

Horst Teltschik: Subjektiv ist es verständlich, dass sich die baltischen Staaten, die noch unter Gorbatschow 1991 den Einsatz sowjetischer Militäreinheiten gegen ihre friedlich für die Unabhängigkeit demonstrierenden Bürger erlebt haben, bedroht fühlen. Sie haben ja auch eine starke russische Minderheit, die in Lettland und Estland zwischen zwanzig und dreißig Prozent der Bevölkerung liegt. Auch für die Polen, deren Geschichte ebenfalls stark von Konflikten mit Russland und der Sowjetunion geprägt ist, muss man emotional Verständnis haben. Aber der Unterschied besteht heute darin, dass alle diese Länder Mitgliedstaaten der

Europäischen Union und der NATO sind und für sie gilt, dass, wenn ein Mitglied angegriffen wird, das ein Angriff auf alle ist. Noch stärker ist die Beistandsverpflichtung im Rahmen der Europäischen Union. Wenn man diesen Garantien nicht mehr vertrauen würde, könnte man beide Bündnissysteme eigentlich beenden.

Sie gelten als ein Verfechter der Auffassung, dass der Gesprächsfaden mit Russland nicht abreißen darf. Können Sie denn nachvollziehen, dass mancher inzwischen den Eindruck gewinnt, die Gesprächsdiplomatie mit Moskau verfolge nicht?

Horst Teltschik: Wir sollten uns an die Erfahrungen im Umgang mit der Sowjetunion und Russland seit dem Zweiten Weltkrieg erinnern. Bis 1967 gab es im Kalten Krieg gegenüber der Sowjetunion eine Politik der politischen Isolierung, der Konfrontation und der Sanktionen. Dann hat die NATO im Dezember 1967 zu Recht festgestellt, dass eine solche Politik nicht zu Ergebnissen führt, die die Spannungen verringern. Deshalb hat sie im Rahmen des sogenannten Harmel-Berichts gesagt: Wir müssen unsere Prioritäten einerseits beibehalten, das heißt, an erster Stelle die eigene Sicherheit zu garantieren – und das gilt auch heute noch; aber auf der Grundlage der eigenen Sicherheit müssen wir andererseits eine Politik des Dialogs, der Zusammenarbeit und der Entspannung beginnen.

Ich erinnere hier an Helmut Kohl, der Bundeskanzler wurde, als der Kalte Krieg wegen des NATO-Doppelbeschlusses vor einem neuen Höhepunkt stand. In dieser Situation hat Helmut Kohl gleich im Dezember 1982 einen Brief an den dama-

ligen sowjetischen Generalsekretär Andropow geschrieben – mit dem Angebot, dass die neue Bundesregierung die Beziehungen positiver gestalten möchte. Und im Sommer 1983 ist er trotz der sowjetischen Drohung eines dritten Weltkrieges nach Moskau gereist, um mit Andropow zu reden.

Denken Sie auch an Willy Brandt, der wenige Monate nach der Niederschlagung des Prager Frühlings im August 1968 den sowjetischen Vorschlag zu einer Konferenz über Sicherheit in Europa (KSE) aufgegriffen hat! Daraus wurde die KSZE. Das heißt, wir haben selbst in den gefährlichsten Momenten des Kalten Kriegs immer versucht, den Dialog und die Zusammenarbeit fortzusetzen und Spannungen abzubauen. Das gilt heute mehr denn je.

Dass man den Versuch machen muss, ist schon klar. Aber was nutzt das, wenn im Dialog keine Verlässlichkeit herrscht? Glauben Sie, dass der russische Präsident noch ein glaubwürdiger Gesprächspartner ist? Spätestens seit dem Coup auf der Krim mit den „grünen Männchen“ gibt es daran doch zumindest begründete Zweifel.

Horst Teltschik: Wir können uns unsere Partner nicht aussuchen. Das gilt übrigens weltweit. Denken Sie einmal an die Volksrepublik China, die im Augenblick auch eine Politik betreibt, von der sich Nachbarstaaten bedroht fühlen. Die Entscheidung der chinesischen Führung, Anspruch auf Meeresgebiete zu erheben, die die Nachbarstaaten in gleichem Maße für sich beanspruchen, verstehen diese als einen Akt der Bedrohung. Dennoch hat niemand über Sanktionen gegenüber der Volksrepublik China nachgedacht.

Wir messen da manchmal mit unterschiedlichen Maßstäben. Natürlich ist Russland uns viel näher. Aber wir haben in der Vergangenheit eine Reihe von Fortschritten mit Russland, auch gerade mit Putin, gemacht. Die Frage ist: Haben wir nicht umgekehrt Angebote Russlands zu leichtfertig vom Tisch gewischt?

Aber ist es nicht etwas völlig anderes, Teilgebiete eines anderen Staates zu annektieren oder zu destabilisieren, als Anspruch auf einige vorgelagerte Inseln zu erheben?

Horst Teltschik: Ja, hoffentlich ist es so. Ich setze China jetzt nicht mit Russland gleich, sondern sage nur: Es gibt Bedrohungspotenziale an mehreren Stellen dieser Welt, ohne dass wir agieren.

Das Problem ist natürlich, dass Russland die Krim annektiert hat, was ein völkerrechtswidriger Akt gewesen ist. Da gibt es kein Vertun! Die Frage nach der Annexion der Ostukraine stellt sich aus meiner Sicht aber nicht. Eher stellt sich die Frage, wie man jetzt – etwa im Rahmen einer Dezentralisierung oder Föderalisierung – die Ostukraine innerhalb der Ukraine stabilisieren kann. Und noch wichtiger: Können wir mit Russland einen Modus Vivendi finden, der ein Weiterschwelen des Konflikts verhindert? Ich habe da auch keine Lösung, die auf der Hand liegt, außer der, dass man mit Russland spricht.

Es könnte durchaus sein, dass Russland weiterhin kompromisslos seine Interessen verfolgt und sich einen Landweg zur Krim sichern will. Das wäre aber nur zu erreichen, wenn Kiew jeden politischen Einfluss auf die Ostukraine verlieren würde. Das muss am Runden Tisch verhindert werden.

Sie sind demnach der Auffassung, dass die russischen Ziele nicht fest gefügt sind, sondern dass Russland austestet, wie weit es gehen kann?

Horst Teltschik: Mit Sicherheit!

Ist es deshalb nicht wichtig, dass der Westen Russland entschlossen Grenzen aufzeigt – etwa durch Sanktionen und durch Schritte, wie sie auf dem NATO-Gipfel in Wales beschlossen wurden: unter anderem eine deutlich stärkere Präsenz in den osteuropäischen Mitgliedstaaten, den Aufbau einer als „Speerspitze“ bezeichneten Eingreiftruppe

Horst Teltschik: Natürlich muss man Russland Grenzen aufzeigen, und zwar politisch. Was die NATO anbetrifft, haben wir schon seit Jahr und Tag eine *NATO-Response-Force*, die aber weder richtig aufgebaut wurde noch operativ jemals leistungsfähig gewesen ist. Da muss man sicher einiges nachholen, um unsere osteuropäischen NATO-Mitgliedsländer zu beruhigen. Dagegen habe ich nichts. Und dass man bestimmte militärische Vorsorgemaßnahmen trifft, ist auch verständlich.

Allerdings müssen die Mitgliedstaaten dann auch bereit sein, stärker zusammenzuarbeiten – das gilt vor allem für die europäischen. Wir müssen endlich eine wirkliche Gemeinsame Europäische Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik entwickeln. Man hat schon in der Vergangenheit versucht, innerhalb der Europäischen Union gemeinsame Truppenverbände von 60.000 Mann und sogenannte *battle groups* von je 1.500 Mann für rasche Einsätze aufzustellen,

doch sind diese nie einsatzfähig geworden. Auch das könnte man weiterentwickeln, was allerdings voraussetzt, dass die Mitgliedstaaten die Mittel dafür zur Verfügung stellen und nicht nur darüber reden. Maßnahmen sollten wir ergreifen, um den Verantwortlichen in Russland deutlich zu machen: Das passiert, wenn ihr nicht partnerschaftlich mit uns zusammenarbeiten wollt! Aber auf der anderen Seite muss man die Beziehungen zu Russland langfristig sehen. Für mich reduziert sich alles auf die schlichte Frage: Wollen wir ein ungebundenes Russland, ein „non aligned Russia“? Oder wollen wir ein Russland, das Teil Europas ist? Ich bin entschieden für Letzteres, und in diese Richtung haben wir auch stets gearbeitet: angefangen mit Helmut Kohl über Gerhard Schröder, mit einer Reihe von Maßnahmen in der NATO und in der EU. Diese Politik war ja durchaus im Ansatz richtig, aber sie hätte erfolgreicher sein können, wenn man gleichzeitig den russischen Angeboten ernsthafter entgegengekommen wäre.

Aber der Westen ist doch auf Russland zugegangen. Denken Sie an Bill Clintons heute verrückt erscheinende Idee, dass man Russland in die NATO aufnehmen könnte. Ist es nicht eher so, dass Russland in eine andere Richtung gedacht hat?

Horst Teltschik: Wir haben ja einen NATO-Russland-Rat gegründet. Wir haben eine Grundakte verhandelt und diese gemeinsam mit Russland beschlossen. Es war Bundeskanzlerin Angela Merkel, die auf der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2007, und zwar unmittelbar vor der berühmten Putin-Rede, gesagt hat:

Wir müssen die Beziehungen der NATO zu Russland weiterentwickeln. Sie hat nur nicht konkretisiert, was das heißt.

Die langfristige Perspektive einer Mitgliedschaft Russlands in der NATO hat selbst der polnische Außenminister Sikorski für möglich gehalten. Kurzfristig konnte das nie ein Ziel sein, langfristig hätte das durchaus ein Ziel sein können. Man hätte dann nur überlegen müssen, wie man weiter vorgeht. Denken Sie daran, dass die 35 Staats- und Regierungschefs im November 1990 die „Pariser Charta für ein neues Europa“ über eine gesamteuropäische Friedens- und Sicherheitsordnung von Vancouver bis Wladiwostok beschlossen haben! Damals hatten wir auch konkrete Ansätze für gemeinsame Institutionen, wie etwa die Einrichtung eines Konfliktverhütungszentrums oder einer jährlichen Außenministerkonferenz.

Aber das ist nicht fortgeführt worden. Die sogenannte OSZE ist in den letzten 25 Jahren verkümmert. Wir haben vieles, was 1990 und danach gerade unter Helmut Kohl in dieser Richtung begonnen wurde, leider nicht weiterentwickelt. Darüber sollte auch die CDU einmal nachdenken!

Aber ist es nicht zu spät für ein solches Bedauern? Hat Russland nicht durch sein Handeln relativ deutlich gezeigt, dass es zu all diesen Dingen wie beispielsweise der NATO-Russland-Grundakte nicht mehr steht? Oder anders gefragt: Wie können wir jemanden zum Partner machen, wenn er gar kein Partner mehr sein will?

Horst Teltschik: Da bin ich mir eben nicht so sicher, ob Russland nicht mehr Partner sein will. Im Augenblick werden Türen eher zugeschlagen, und zwar auf beiden Seiten. Das zeigen auch die Sanktionen, die noch nie irgendwo erfolgreich waren. Wie wollen wir denn die Beziehung zu Russland langfristig weiterentwickeln, wenn wir alle bisher erreichten Ergebnisse kaputt machen? Man muss doch irgendwo noch positive Entwicklungen für möglich halten. In der Geschichte soll man nichts für endgültig halten. Auch Putin wird nicht ewig russischer Präsident sein. Es gibt in Russland auch viele, die anders denken, selbst in seinem Umkreis, die im Augenblick aber schweigen, weil sie keine Chance sehen, gehört zu werden. Aber das kann sich ändern, die Welt bleibt nicht stehen. Und weil das so ist, müssen wir uns Optionen offenhalten.

Mein ganzes Leben ist durch den Kalten Krieg bestimmt, und trotzdem haben wir nie die Hoffnung aufgegeben, dass sich Europa verändert. Denken Sie an 1989/90! Da gab es die, die gesagt haben: Das mit der Wiedervereinigung ist alles Lüge und so weiter. Aber es ist möglich geworden, was für unmöglich gehalten wurde. Daher soll man nie Türen zuschlagen, ohne genau darüber nachzudenken. Es könnte ja sein, dass man eines Tages wieder durch die gleichen Türen gehen muss.

*Das Gespräch führte
Bernd Löhmann am 15. September 2014.*

Entspannen mit Putin?

Über die Tauglichkeit überkommener Denkmuster

NORBERT SEITZ

Geboren 1950 in Wiesbaden, Essayist
und Radioautor des „Deutschlandfunk“.

„Das Ganze ist nur rückgängig zu machen durch Krieg. Und Krieg will niemand“, betonte US-Präsident John F. Kennedy in seinem Antwortbrief an den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, der in seiner Empörung über den Mauerbau nach Washington geschrieben hatte, der Worte seien nun genug gewechselt. Damit sollte sich das Westberliner Stadtoberhaupt beim mächtigsten Mann der Welt einen folgenreichen Korb einfangen.

Auf den 13. August 1961, den Tag der Abriegelung West-Berlins vom Ostteil der Stadt, folgte die „große Desillusion“. Man musste sich von Vorstellungen einer „Befreiung“ oder eines „Anschlusses“ des unfreien Ostteils der Stadt verabschieden. Das „Dogma der Stärke“ war partiell gescheitert. Entspannung und Abrüstung waren angesagt, also sollte mit der anderen Seite verhandelt werden, bestärkt durch Kennedys „Strategie des Friedens“, in der es hieß: „Beide, die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten sowie die Sowjetunion und ihre Verbündeten, haben ein gemeinsames tiefes Interesse an einem gerechten und wirklichen Frieden und einer Einstellung des Wettrüstens [...]“.

Selbst bei den feindlichsten Ländern kann man damit rechnen, dass sie solche vertraglichen Verpflichtungen akzeptieren und einhalten, die in ihrem eigenen Interesse sind.“

WANDEL DURCH ANNÄHERUNG

Zwei Jahre später verwandte Egon Bahr in seiner Rede in Tutzing die epochemachende Formel „Wandel durch Annäherung“, von der Willy Brandt zunächst nicht ganz überzeugt war. Fürchtete er doch, dass der Titel in dem Sinne missverstanden werden könnte, dass man seine Positionen im Grundsätzlichen wandeln oder zur Disposition stellen wolle, was aber als Entspannungsziel kaum gemeint war.

Unter Entspannungspolitik war zunächst eine Politik der Konfliktbeilegung auf diplomatischer Ebene zu verstehen, um einer möglichen politischen und militärischen Eskalation entgegenzuwirken. Nach der Einrichtung eines heißen Drahts zwischen Moskau und Washington nach Kennedys Offerte folgten als weitere Stationen der Entspannung während des Kalten Kriegs der Atomwaffensperrvertrag – 1968 von den USA, der Sowjetunion und Großbritannien unterzeichnet und 1970 in Kraft getreten – und die neue Ostpolitik während der Kanzlerschaft Willy Brandts mit den Gewaltverzichtverträgen (UdSSR, Polen), dem Grundlagenvertrag mit der DDR, dem Viermächteabkommen über West-Berlin und mit der KSZE-Schlussakte der Helsinki-Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa von 1975.

Doch Beginn der 1980er-Jahre und dem Aufkommen der osteuropäischen Dissidenz hatte sich die alte Ost- und Entspannungspolitik überlebt. Für den britischen Historiker Timothy Garton Ash war das Ziel, „Stabilität und Stabilisierung“ zu schaffen, „zum Zweck verkümmert“. Innere Reformen seien kaum noch angemahnt, Dissidenten im Stich gelassen und die Achtung der Menschenrechte immer weniger akzentuiert worden. Schlimmer noch: Im SPD-SED-Streitpapier vom August 1987 wurden den Kommunisten in der DDR, unbeeindruckt von fast vierzigjähriger Diktatur, noch hehre gemeinsame (!) Ziele attestiert: „Sozialdemokraten und Kommunisten berufen sich beide auf das humanistische Erbe Europas. Beide nehmen für sich in Anspruch, dieses Erbe weiterzutragen, den arbeitenden Menschen verpflichtet zu sein, Demokratie und Menschenrechte zu verwirklichen.“

Es war der SPD-Ehrenvorsitzende Willy Brandt, der nach den Leipziger Montagsdemonstrationen im Oktober 1989 mit feinem Gespür für die epochale Situation die alte Ost- und Entspannungspolitik für beendet erklärte und seiner Partei riet, auf der Hut zu sein, wenn nunmehr ein neues Kapitel der Weltpolitik aufgeschlagen würde.

Auch wenn die Entspannungspolitik nach der langen Phase des Kalten Kriegs und der hochatomar gestützten Bipolarität positive Veränderungen auf ihr historisches Konto buchen konnte, so erwies sich die daran geknüpfte Hoffnung als abwegig, eine Reform des Kommunismus oder eine Liberalisierung der DDR mit anstoßen zu können, wie die Politologin Gesine Schwan früh erkannte: „Ich glaube, dass das theoretisch insofern ein Missverständnis war, als kommunistische Regime

nicht liberaler werden können, dann geben sie sich eben auf. Dann haben sie nicht mehr das Machtmonopol.“

Dass die Entspannungspolitik mit ihren unbestreitbaren Verdiensten auch einen entscheidenden Beitrag zum Zusammenbruch des Weltkommunismus geleistet haben soll, wie ihre Verfechter noch heute gerne für sich in Anspruch nehmen, war schon immer des Selbstlobs zu viel. Eine zeitlose diplomatische Gültigkeit, wie sie Egon Bahr für seine Formel „Wandel durch Annäherung“ zu beanspruchen scheint, ist selbstredend überzogen.

RÜCKWÄRTSGEWANDTE APOLOGETEN

Wenn heute an die Lehren von 1989 erinnert wird, fühlen sich die Anhänger der alten Entspannungsdiplomatie offenbar nicht angesprochen – obwohl doch gerade sie hätten zugestehen müssen, dass Staaten bei allen pragmatischen und diplomatischen Erwägungen dennoch am Maßstab von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu messen sind. Schien es in Zeiten des Kalten Krieges gegenüber Breschnew nicht zielführend zu sein, Prinzipientreue anzumahnen, so sollte dies nach 1989 beziehungsweise nach 1991 bei Putin aber heute selbstverständliche Verpflichtung sein. Hier hat der alte pragmatisch-diplomatische Maßstab seine Gültigkeit verloren.

Zum Beispiel war das Gebot der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten während der Zeit der Ost- und Entspannungspolitik die zentrale Verteidigungsparole, derer sich kommunistische Machthaber bedienten, wenn sie an

den – das Kapitel Freizügigkeit betreffenden – sogenannten Korb III von Helsinki oder konkret an das Schicksal von inhaftierten Dissidenten im eigenen Land erinnert wurden. Heute jedoch ist die Nichteinmischung zur Visitenkarte besserwisserischer Entspannungsdogmatiker geworden, die die Bundeskanzlerin als anmaßend kritisieren, wenn sie in Russland oder China mit aller diplomatisch gebotenen Vorsicht auf Defizite in Menschenrechtsfragen hinweist. Es sei daran erinnert, dass es schon im Schlusskapitel des berühmt-berüchtigten SPD-SED-Streitpapiers von 1987 heißt: „Zur gemeinsamen Sicherheit gehört der Verzicht auf Versuche, sich unmittelbar in die praktische Politik in anderen Staaten einzumischen.“ Kein Zweifel: Mit der Übernahme des Nichteinmischungsgebots früherer kommunistischer Führer gegenüber Bürgerrechtsfragen fallen die heutigen Apologeten unter das Niveau der einstigen Entspannungspolitik.

DEN „MÄUSERICH MIMEN“?

Die Krim-Krise scheint schlafende Hunde geweckt zu haben. Die „Putin-Versteher“, Russland-Oberkenner und alte Entspannungsfreunde fühlen sich seither in besonderer Weise angesprochen, der Europäischen Union (EU) den Takt in den Verhandlungen vorzugeben. Dabei könnten doch gerade Wladimir Putins gezielte Verletzungen der internationalen Ordnung als Lehrbeispiel dafür dienen, wie bewährte Entspannungsimpulse von einst aktuell ins Leere laufen können. Da dem Kreml-Chef die bi- und multilateralen Interaktionsmuster aus der Endzeit

des kommunistischen Imperiums bestens vertraut sind, weiß er auch die (einstweilen noch verkräftbaren) Risikofolgen seines Verhaltens abzuschätzen. So konnte der Krieg in der Ostukraine trotz aller Friedenspläne der EU sogar über die Katastrophe des 17. Juli hinaus eskalieren, den Tag des Abschusses einer malaysischen Passagiermaschine – mit russischem Gerät auf einem von Separatisten beherrschten Terrain.

Für die Freilassung von OSZE-Beobachtern nach wochenlanger Geiselhaft in der Ostukraine würdigte Außenminister Frank-Walter Steinmeier noch die Rolle Moskaus, das sich „bewegt“ und deshalb seinen positiven Anteil daran habe. Es sollte sich aber zeigen, dass sich die Lage durch solche Aktionen der Mäßigung nicht entspannen ließ, weil es im längerfristigen Interesse Russlands ist, die Ukraine zu destabilisieren.

Dass Putin an der ukrainischen Grenze seine Truppen aufmarschieren ließ, während Deutschland mit Friedensappellen reagierte, verleitete unlängst den Militärpublizisten Erik von Grawert-May zu der provokativen Frage: „Spielt Putin mit uns Katz und Maus und lassen wir uns gefallen, den Mäuserich zu mimen?“

Durch die EU wurde bislang jede kleinste Konzilianz Russlands als Hoffnungsschimmer gewertet. Auch der polnische Außenminister Radosław Sikorski setzte lange Zeit auf Entspannungssignale: „Wir müssen auch mit denen sprechen, mit denen wir nicht übereinstimmen.“ Seit der ukrainische Präsident Petro Poroschenko den rechtlosen Zustand zu beenden und ostukrainische Städte wieder zurückzuerobern versucht, wird ihm entgegengehalten: „Es gibt keine militärische Lösung dieses Konflik-

tes.“ Noch im Juli hieß es, er müsse an den Verhandlungstisch in die Kontaktgruppe zurück, wie zum Beispiel Gernot Erler, Koordinator der Bundesregierung für die deutsch-russischen Beziehungen, nicht müde wurde zu betonen.

Gewiss, umsichtige Diplomatie und europäische Geschlossenheit sind gefragt. Aber reicht das nach der fortwährenden Eskalation? Für Ulrich Speck nicht, der in der aktuellen Ausgabe der SPD-nahen *Berliner Republik* für eine deutlichere Ansprache plädiert: „Smarte Diplomatie genügt nicht mehr. Um seine Ziele zu erreichen, braucht Deutschland eine robuste Außenpolitik. Denn nicht jeder Konflikt lässt sich durch Gespräche lösen. Manchmal ist einer schlicht der Aggressor – und der andere das Opfer.“

VERSTÄNDNISHÜTER DES KREML

Auch wenn in Putins bizarrer eigener Welt Unwahrheiten und Täuschungen nicht nur erlaubt sind, sondern als Zeichen von Stärke und Souveränität angesehen werden, war für manche Verständnishüter des Kreml-Chefs im Westen wie in Deutschland lange nicht ausgemacht, wer im aktuellen Konflikt der „Aggressor“ und wer das „Opfer“ ist. Unentwegt wurden die angeblichen Fehler des Westens als nachvollziehbare Gründe für die Herausforderung des von Grund auf friedfertig gesinnten russischen Bären hervorgekehrt, wurde Verständnis für die Einkreisungsparanoia Moskaus gegenüber der EU sowie der NATO aufgebracht und Aufregung geheuchelt, wenn US-Präsident Obama Russland eine „Regionalmacht“ nennt.

Während im bündnisgrünen Milieu die Empörung über Putin in fast jeder Ausgabe der *tageszeitung* anklingt, warf man aufseiten der Partei Die Linke lange Zeit der Bundesregierung vor, ihre Unterstützung der ukrainischen Regierung liefe auf eine Komplizenschaft mit „faschistischen“ und „antisemitischen“ Umtrieben hinaus. Im intellektuellen SPD-Umfeld ist stattdessen Kritik an der Ermutigung Gaucks zu lesen, Deutschland möge sich international stärker engagieren, die als mögliche „Renaissance des Krieges“ interpretiert und dem bloß als „Säbelrasseln“ verharmlosten Vorgehen Putins gegenübergestellt wird, so Thomas Meyer.

Manche empören sich tatsächlich mehr über die Reden von Gauck als über die Taten von Putin; und schon werden auch die ersten Bücher über das „Russland-“ oder „Putin-Bashing“ in deutschen Verlagsprospekten angekündigt.

Der Historiker Heinrich August Winkler hat darauf hingewiesen, dass die deutschen „Putin-Versteher“ ein „buntscheckiges Gebilde“ darstellten, von Protagonisten der Linken wie Gysi und Sahra Wagenknecht über die Ex-Kanzler Schmidt und Schröder, die SPD-Vordenker Bahr und Eppler, den Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft bis zu Peter Gauweiler (CSU) und Alexander

Gauland (AfD), der den verständnisheischenden Terminus vom „Einsammeln russischer Erde“ für den neuen ethnischen Nationalismus Russlands zu verwenden pflegt. Sie schäumen vor Wut über die EU-Sanktionen gegen Russland, obwohl sie im Gegenzug keinen Plan vorzuweisen haben, wie sonst weitere Einfälle in die Ukraine und eine schleichende Annexion des Donbass verhindert werden könnten. Schon die Sicherung der ukrainischen Präsidentschaftswahlen war nicht nur auf entspannungsdiplomatischem Wege zu realisieren.

Nicht die verunsichert taktierende EU kehrt mit ihrer Sanktionspolitik zurück ins Zeitalter des Kalten Krieges. Es sind im Gegenteil die Entspannungsfreunde, die wohl in jener Zeit geistig stehengeblieben sind, als Deutschland geteilt war, sich eine halbe Million Sowjetsoldaten in der DDR aufhielten und es deshalb auch opportun erschien, eine Politik der Verständigung nicht menschenrechtspolitisch zu überfrachten. Wer wie Putin den Zusammenbruch der Sowjetunion als „die größte geopolitische Katastrophe im 20. Jahrhundert“ bezeichnet, hat jedoch anderes vor, als mit seinem Land zu neuen, zivileren Ufern aufzubrechen.

Wie Kante zeigen

Zur Frage der Wirksamkeit von Sanktionen

JONAS GRÄTZ

Geboren 1980 in Berlin, Politikwissenschaftler, Senior Researcher, Center for Security Studies, ETH Zürich (Schweiz).

EDWARD HUNTER CHRISTIE

Geboren 1974 in Genf (Schweiz), Ökonom, Forschungspartner des Pan-European Institute, Turku School of Economics (Finnland).

Wie sollte man auf zwischenstaatliche Aggression reagieren? Obwohl in den Internationalen Beziehungen bekanntermaßen kein Gewaltmonopol existiert, hatte sich doch zumindest in Europa im Verlaufe der 70er Jahre des vergangenen Jahrhunderts ein Regelwerk herausgebildet. Auf dessen Fundament und im Glauben an Konvergenz entwickelten sich auch recht enge wirtschaftliche und gesellschaftliche Be-

ziehungen zwischen der EU und Russland. Die russische Invasion und Annexion der Halbinsel Krim sowie der hybride Krieg im Osten der Ukraine lassen keine Zweifel mehr zu: Zum ersten Mal seit 1945 findet ein zwischenstaatlicher Angriffskrieg in Europa statt. Inwiefern die russische Intervention zu

einer neuen Ausrichtung der Verteidigungspolitik unter NATO-Mitgliedsländern führen wird, werden wir zweifellos in den nächsten Wochen und Monaten erfahren. Hier wird der Frage von wirtschaftlichen und diplomatischen Verteidigungsmaßnahmen nachgegangen, die vor allem von der EU gegen Russland eingesetzt werden könnten.

ZIELE DER VERTEIDIGUNGSMASSNAHMEN

Dabei können drei voneinander unabhängige Ziele unterschieden werden. Im Vordergrund der öffentlichen Debatte über Sanktionen steht meist eine Verhaltensänderung der Gegenseite, die den Interessen des Sanktionierenden entspricht. Auf taktischer Ebene können bereits leichte Sanktionen oder deren Androhung eine kurzfristige Verhaltensänderung auslösen, da die Gegenseite hofft, weitergehende Maßnahmen zu vermeiden und ihr Ziel dennoch zu erreichen. Die Veränderung der Ziele der Gegenseite ist dabei wesentlich schwerer und meist nur mit einem Regimewechsel oder dessen graduellem Wandel im Zeitverlauf möglich.

Ein nicht minder wichtiges zweites Ziel ist der Erhalt von Regeln und Normen und damit der internationalen Ordnung. Der Sender ist bereit, für das Erreichen eines bestimmten Ziels, Kosten auf sich zu nehmen. Verbunden mit strategischer Kommunikation erzielen Sanktionen nicht nur in Bezug auf den Adressaten Effekte. Sie können über den Einzelfall hinausreichen und richten sich an Alliierte des Senders und potentielle zukünftige Regelverletzer gleichermaßen – dies kann auch der gegenwärtige Adressat selbst sein. So werden erstere durch Sanktionen angezogen, letztere abgeschreckt.

Drittens haben Sanktionen auch eine bedeutende innerstaatliche Funktion. Sie verhindern das Entstehen stärkerer Wirtschaftsbeziehungen und durchbrechen so Pfadabhängigkeiten, die zur weiteren Einschränkung der Handlungsfähigkeit des Senders führen können.

HABEN DIE SANKTIONEN WIRKUNG GEZEIGT?

In Bezug auf das erste Ziel haben die Sanktionen der EU bisher lediglich eine gewisse taktische Wirkung entfaltet, in dem Russland (noch) nicht mit vollem Einsatz in die Ukraine einmarschiert ist, und mehrfach eine gewisse Zurückhaltung zeigte. Eine Änderung der russischen Position ist hingegen nicht zu erkennen.

Die reaktive und anlassgetriebene Sanktionspolitik der EU konnte das zweite Ziel, den Erhalt von Regeln und Normen, nicht voll realisieren.

Oft entstand der Eindruck, die EU wolle lieber wegsehen als Handeln. Erst ein Ereignis wie der Absturz der malaysischen Passagiermaschine MH17, der den Konflikt mitten in die EU hineintrug, wurde zum Katalysator. Der dritte Aspekt der Sanktionen – die Verringerung bestehender Abhängigkeiten – wird sowohl durch die Ende Juli und Anfang September erlassene dritte Stufe der EU-Sanktionen als auch durch Russlands Gegensanktionen zu einem gewissen Grade realisiert, sodass zukünftige Maßnahmen allmählich geringere innenpolitische Kosten verursachen dürften.

INNERE FLIEHKRÄFTE VERSTÄRKEN

Wie würden aber wirksame Abwehrmaßnahmen aussehen? Sie sollten so gestaltet werden, dass vor allem die Fliehkräfte innerhalb des Regimes gestärkt werden. Langfristig geht es auch darum, wieder mehr Einfluss auf die russische Gesellschaft nehmen zu können.

Eine starke Ausweitung der personengebundenen Sanktionen – Einreise- und Kontensperrungen – würde den sehr stark internationalisierten Eliten und ihren Familien zeigen, dass die Machtpolitik des Kreml Folgen hat. Eine Ausweitung der Sanktionen auf tausende Beamte könnte ein wirksamer Schritt sein, um die russische Führung zum Umdenken zu bewegen. Zumindest aber sollte eine Visapflicht für Dienstpassinhaber eingeführt werden.

Im Bezug auf die Auswirkungen der Reisefreiheit im Allgemeinen sollte die EU sich von der Theorie verabschieden, dass Kontakte generell den Frieden befördern. Die Forschung weist stattdessen darauf hin, dass Reisen bei Menschen mit hohen Erwartungen eher zu einer negativeren Wahrnehmung des Zielortes führen. Zudem sollte die Politik nicht diejenigen zusätzlich unterstützen, die ohnehin die Mittel haben, sich selbst ein Bild zu verschaffen und dennoch Putins gegenwärtige Politik mittragen. Viel stärker als auf der generellen Aufhebung von Reisebeschränkungen sollte der Fokus auf Reiseprogramme für marginalisierte Menschen aus der Provinz gelegt werden, die häufig der negativen Kremlpropaganda ausgeliefert sind. Damit ließe sich ein sehr starker Effekt erreichen. Komplementär dazu müssen westliche Medien wieder stärker den russischen Markt mit attraktiven Programmen bedienen.

Es wird oft gefragt, ob die Zeit der Diplomatie abgelaufen ist. Diese Frage ist falsch gestellt. Sogar feindliche Nationen können miteinander verhandeln. Was wir nicht brauchen, ist ein Schauspiel in dem beweisbar falsche Aussagen aus Moskau als gültige Meinungen präsentiert werden. Daher sollten die EU-Mitgliedstaaten prüfen, wie die diplomatische Präsenz in Russland zahlenmäßig abgebaut und die Anzahl russischer Diplomaten in der EU begrenzt werden kann.

MECHANISMEN DER SOLIDARITÄT ENTGEGENSETZEN

Der Weg technologischer Sanktionen kann ebenfalls fortgesetzt werden. Das Verbot der Ausfuhr von Militär- und dual-use-technologie nach Russland ist alternativlos. Europa darf eine für Europa selbst gefährliche Aufrüstung keineswegs unterstützen. Dies wird zwar Kräfte innerhalb Russland stärken, die sowieso auf Importsubstitution, staatliche Industrialisierung, sowie eine Ausrichtung nach China setzen. Dies bedeutet aber deutlich höhere Kosten für die russische Wirtschaft und wird Europa mehr Zeit geben. Auch mit technologischer Zusammenarbeit wird Russland zudem diese wirtschaftliche Orientierung beibehalten.

Es ist in diesem Zusammenhang unpassend, dass die französische Regierung den Verkauf von Mistral Kriegsschiffen an Russland fortsetzen könnte. Solche Herausforderungen sollten mit Solidaritätsmechanismen überwunden werden: EU und NATO sind gemeinsam in der Lage, die Schiffe von Frankreich abzukaufen und in europäische Kriegsmarinen einzugliedern.

Ein EU-Embargo der Exporte von allen verarbeiteten Waren, vorzugsweise gemeinsam mit Japan, den USA und Südkorea, hätte starke Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit der russischen Wirtschaft, die dann auf chinesische Produktion zurückgreifen müsste. Auf westlicher Seite sollten die negativen Auswirkungen solcher Maßnahmen nicht übertrieben werden. Nur 6,8 Prozent aller Güterexporte der EU werden nach Russland geliefert – ein Wert von 1,21 Prozent des EU-Bruttoinlandsprodukts.¹ Für Deutschland beträgt Russlands Anteil an den Gesamtexporten sogar nur 3,4 Prozent – dies entspricht jedoch einem leicht höheren Wert von 1,8 Prozent des deutschen BIP, da die deutsche Wirtschaft von Exporten abhängiger ist. Im allerschlimmsten Fall, das heißt wenn überhaupt keine alternativen Märkte gefunden würden, so könnte man mit einem kurzfristigen Verlust von maximal einem Prozent des deutschen Bruttoinlandsprodukts rechnen, da Exporte als Umsatzwerte und nicht als Wertschöpfungswerte ausgedrückt werden. Realistischer betrachtet wären die Verluste deutlich kleiner, da in jedem Falle ein Teil dieses Geschäftsvolumen zu alternativen Märkten umorientiert werden könnte.

Sanktionen haben je nach EU-Mitgliedsstaat deutlich unterschiedliche Auswirkungen. Ohne Umverteilungsmechanismen bleibt das Risiko bestehen, dass jeder Mitgliedsstaat nur das eigene kurzfristige Interessenskalkül in Betracht zieht. Eine EU-Politik des kleinsten gemeinsamen Nenners wäre das logische Resultat, das freilich von Drittländern ausgenutzt werden kann.

Das Konzept eines EU-Solidaritätsfonds wird daher in Brüssel diskutiert². Das Ziel wäre, besonders getroffene Sektoren und Firmen gegenüber der EU bzw. ausländischen Sanktionen kompensieren zu können. Berechtigungskriterien wären nicht nur, dass ein minimaler Anteil des

Geschäftsvolumens betroffen wäre, sondern auch inwieweit und wie schnell eine Umorientierung an neuen Kunden möglich ist. Dazu sollten Kompensationszahlungen zeitbeschränkt sein, um klare Anreize für EU-Firmen zu schaffen.

BESTEUERUNG VON ÖL UND GAS

Eine progressive „Diversifikationssteuer“ auf russische Öl- und Gasimporte wäre eine Antwort auf mehrere Probleme: Sie trüge der bestehenden Abhängigkeit von Russland Rechnung, löste diese aber im Hinblick auf die unsichere Entwicklung Russlands allmählich auf. Zudem würde der Verbrauch fossiler Energieträger in der EU reduziert und eine EU-weite Steuer von 20 Prozent auf Öl- und Gasimporte aus Russland jährlich etwa 60 Milliarden Euro generieren. Die EU-Kommission könnte die Gelder zur Finanzierung von Diversifikations- und Energieeffizienzprojekten umverteilen. Auch könnten mit der Zeit degressive Anreize für Betriebe, wie etwa Raffinerien gesetzt werden, die vorerst nicht diversifizieren können, beziehungsweise auch um einen möglichen Preisschock für Industrie und Bevölkerung abzufedern. Ein Teil der Mittel könnte zudem den oben erwähnten EU-Solidaritätsfonds mitfinanzieren. So hätte man ein Gesamtkonzept für eine europäische Resilienzpolitik. WTO-konform wäre eine solche Diversifikationssteuer basierend auf den Sicherheitsausnahmen in Artikel XXI GATT zu gestalten.

Europa darf nicht vergessen, was es unter enormem Leiden im 20. Jahrhundert gelernt hat. Ungestrafte Aggression führt zu weiterer Aggression, und Frieden beruht darauf, dass sich eine von allen Seiten respektierte Ordnung etablieren lässt. Gelingt dies nicht aus Einsicht, sind Gegendruck und Einhegung erforderlich, denn ein Europa der imperialen Machtkonkurrenz würde immer instabil sein. Sanktionen sind in diesem Zusammenhang Verteidigungsmaßnahmen der bewährten europäischen Friedensordnung gegen diejenigen, die sie abschaffen und mit Machtbeziehungen ersetzen wollen. Sie können sowohl die Resilienz der europäischen Wirtschaft gegenüber Rohstoffimporten stärken, als auch weitere Aggressionsabsichten dämpfen und zu einer gemeinsamen Perspektive führen. Eine Rückkehr zur Tagesordnung und eine Aufhebung bisheriger Sanktionen wäre ohne eine Regelung der Krim-Frage und mit einem neuen „eingefrorenen Konflikt“ in der Ostukraine der Todesstoß für die bestehende europäische Ordnung.

¹ Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von UN Comtrade und Eurostat, Zahlen für 2013.

² Zum Beispiel Daniel Gros: Sanctions and Solidarity, Project Syndicate, 07.08.2014, <http://www.project-syndicate.org/print/daniel-gros-proposes-a-compensation-fund-for-firms-harmed-by-eu-foreign-policy-measures>.

Rückkehr zur Ideologie?

—
Wie die Europäische Union auf die Machtorientierung und
Ideologisierung Russlands reagieren kann

TILMAN MAYER

Geboren 1953 in Freiburg im Breisgau,
Professor für Politische Theorie, Ideen-
und Zeitgeschichte am Institut für Poli-
tische Wissenschaft und Soziologie der
Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Univer-
sität Bonn

Das Trauma Putins und aller *Silowiki*, also der russischen Geheimdienste und der Armee: die NATO in Sewastopol! Für Wladimir Putin war nach der Maidan-Bewegung in Kiew die Stunde gekommen, „to fight back“. Das Völkerrecht kümmerte ihn wenig. Man kann Putins Verhalten erklären, seine Gründe analysieren und vielleicht sogar ein Stück weit prognostizieren. Der Übergang zu einem Verstehen und gar Verständlich-Finden hieße deutungspolitisch allerdings, einen Rubikon zu überschreiten. Abweichendes Verhalten ist das eine, dieses zu rechtfertigen, etwas ganz anderes.

Man sollte sich darauf einigen, dass man es bei der russisch-ukrainischen Krise mit einem sehr komplexen Phänomen zu tun hat. Der dramatisierende historische Vergleich mit 1938 oder gar mit Stalin oder Hitler führt auf Abwege. Wir können zwar eine diffuse Reideologisierung Russlands beobach-

ten, die auch die Spitze erfasst hat, nicht aber eine neototalitäre Tendenz. Der Ex-KGB-Mann Putin betreibt eher ein Ideologie-Shopping, als dass er auf eine Linie fixierbar wäre. Er mobilisiert aus Angst. Darauf zu antworten, wird nicht leicht werden.

IMMENSES GEFÄLLE

Man muss die Entwicklung seit 1990 in den Blick nehmen. Das Trauma des Verlusts ehemaliger Größe löste Phantomschmerzen aus. Ein Mobbing-Gefühl auf internationaler Bühne, das heißt mangelnde Rollenzuschreibung und fehlende Anerkennung, plagt die russische Elite – auch wenn man fragen kann, ob sie nicht selbst schuld daran ist. Innenpolitisch entscheidend ist die seit 1991 entstandene politische Kultur, die nicht auf Vergangenheitsbewältigung eingestellt ist. Die demokratische Sozialisation blieb prekär. Eine gelenkte Demokratie hat sich *top down* etabliert. Klarer Frühindikator der gegenwärtigen Entwicklung war die Gewalthaltigkeit in der staatlich-gesellschaftlichen Sphäre. Zahlreiche Morde an oppositionellen Kräften bedeuten mehr als nur ein punktuelles Fehlen von Rechtsstaatlichkeit. Diese Gewaltperspektive richtet sich schon seit einiger Zeit auch nach außen.

Hinzu kommt die ökonomische Lage. Extreme Bereicherungschancen für wenige sind entstanden, Oligarchen tauchten auf – auch in der Ukraine. Dass Duma-Abgeordnete ihr Kapital ins Ausland schaffen, ist ein weiteres Signal. Das größte Manko der russischen ökonomischen Lage ist allerdings schon unter Gorbatschow entstanden, während damals keine vergleichbare wirtschaftlich pragmatische Revolution entstanden ist wie unter Deng Xiaoping in China. Russland ist hauptsächlich ein Petrostaat, der, leicht übertrieben formuliert, nur zum Verkauf seiner Bodenschätze in der Lage ist. Nicht nur zum Westen besteht also ein immenses Gefälle, sondern inzwischen auch zu China.

Man findet keine eindeutige ideologische Position, die man Putin zuschreiben kann. Aber man kann Momente eines ideologischen Spektrums aufzeigen, das als Ganzes und mosaikartig doch ein Bild ergibt. Putin folgt vielen Erwartungen, Interessen und eigenen Wünschen. Seine Konnektivität im internationalen Bereich sowie das Bewahren seiner Kontaktfähigkeit zeigen Grenzen einer Zuschreibung auf, die ihn ausschließlich mit einem autoritären Charakter in Verbindung bringt.

Die ökonomischen Interessen stehen für Putin im Vordergrund, er will in der Ostukraine militärisch-industrielle Komplexe sichern. Als Chef eines Petrostaates meint er allerdings, sich einiges herausnehmen zu können. Die Entwicklung einer nationalen Identität (Groß-)Russlands, die eingebettet ist in eine mystisch-orthodoxe Seelenmassage des russischen Volkes, hat Gewicht. Das Bild der Kiewer Rus spielt genauso eine Rolle wie die Halbinsel

Krim, die es „heimzuholen“ galt. Die Rede vom „nahen Ausland“ (als Bezeichnung für die vierzehn ehemaligen Republiken der Sowjetunion) zeigt die Verbreitung eines ideologischen Ansatzes, der sich heutzutage in Interventionen niederschlägt. Zudem lässt der Begriff „Volksrepublik“, den prorussische Kräfte in der Ostukraine verwenden, ebendiese, von der Linken in Mitteleuropa geschätzte ideologische Herkunft erkennen. Das „Neue Russland“, *Noworossija*, ist ein weiterer passender ideologischer, expansiver und revisionistischer Begriff, der auch in der Praxis Kräfte mobilisierte, die man klammheimlich oder ganz offen begrüßte.

Diese Kräfte im Zaum zu halten, fällt dem Kreml womöglich schwer. Kann man von einem Kontrollverlust Putins sprechen oder ist seine verdeckte Intervention strategisch durchdacht? Die Zustimmung von Kräften unterschiedlichster Art, der radikalen Linken ebenso wie der Rechten in Europa, ist nicht zuletzt auf Putins schillernde ideologische Ausstrahlung zurückzuführen.

EURASISCHE FANTASIE

Ein weiteres ideologisches Mosaik-Moment entspringt der eurasischen Fantasie, die in einem neoimperialen, transrussischen Denken wurzelt. Russland lediglich als „regionale Macht“ zu betiteln, so, wie es unter anderem die Amerikaner getan haben, muss von überzeugten „Eurasiern“ als Beleidigung und Missachtung angesehen werden. Verfolgt man die theatralischen Auftritte des radikalen „Politgurus“ Alexander Dugin aus der Nähe, kann man sich jedoch kaum vorstellen, dass ein derartig windiger Demagoge ernsthaft sein eurasisches Denken in die Köpfe der politischen Elite implantieren kann. Andererseits ist bereits von einer Eurasischen Union die Rede, die spiegelbildlich zur Europäischen Union Gestalt annehmen könnte. Das ideologische Produkt eines Eurasismus steht seiner geringen Magnetwirkung in der Praxis gegenüber. Das heißt, die Begeisterung für diesen Moskowiter Denkansatz hält sich anderswo enorm in Grenzen: Er trägt stark ideologischen Charakter.

Die autoritären, neoimperialen Allüren und Attitüden könnten bei nichtrussischen Bevölkerungsgruppen allmählich dazu führen, sich aus der „Russländischen Föderation“ verabschieden zu wollen. Durch Putins Politik könnte sich damit eine Gefährdung der Integrität des ganzen Landes ergeben. Würde außerhalb Russlands auf diese nationalen Kräfte propagandistisch eingewirkt, hätte das weit stärkere Reaktionen zur Folge als alle Sanktionen. Keine europäische Macht hat allerdings Interesse an einer derartigen Implosion, deren Möglichkeit man der Staatsführung jedoch vor Augen führen sollte.

Die Wende der russischen Politik zum innerstaatlichen Krieg auf dem Kaukasus, zur äußeren Gewalt gegenüber Georgien – Abspaltung Ossetiens und Abchasiens – und zur Besetzung der Krim indizieren insgesamt eine Etappe semiautoritärer oder zeitweise autoritärer Herrschaftsstrukturen, vor

allem deshalb, weil die rechtsstaatliche Kontrolle von Herrschaft nicht gegeben ist. Ein derartiges Regime, das sich seit Jahren auf einem Weg der Selbstisolation befindet und das von Zeit zu Zeit völkerrechtliche Abwege geht, ist durch Sanktionen kaum zu beeindrucken. Auf wirtschaftliche Einbußen, die es dann doch trifft, wird zwar reagiert, die Zugeständnisse haben aber eher zeitlich begrenzte Gültigkeit, sind also nicht verlässlich.

EUROPA WAR MIT SICH BESCHÄFTIGT

Strategisch gesehen sind vor allem Politikansätze ungeeignet, die Russlands expansive, völkerrechtsferne Attitüden „verstehen“ wollen. Sie sind Teil einer Unkultur, die man früher Appeasement genannt hat. Ebenso irreführend sind Ansätze, die die russische Fehlentwicklung zum Anlass einer Neuauflage des Kalten Krieges nehmen. Sie dämonisieren Putin – so Henry Kissinger – unnötig und verhärten den Status quo. Im Unterschied zum Kalten Krieg findet ein atomares Wettrüsten eben nicht statt, und Putin hat auch nicht die Machtposition seiner sowjetischen Vorgänger inne. Von militärischer Abschreckung ist deshalb heute nicht die Rede.

Politikansätze dagegen, die zeitlich nach zwingend erforderlichen Korrekturen der russischen Politik erfolgen und dabei auf friedliche Konfliktbeilegung sowie auf Kooperation bei verschiedenen globalen Problemen einstimmen – also auf Russland zugehen und es allmählich wieder international verantwortlich einbinden und Anerkennung vermitteln –, würden auch die Korrektur einer sehr unsensiblen, wenn auch nicht überraschenden EU-Politik bezüglich Russlands bedeuten. Die EU hat sich selbstreferenziell mit dem Euro und mit weiteren Interna beschäftigt und ließ dabei Russland außen vor stehen; es hätte dem europäischen Selbstverständnis eher entsprochen, wenn es nach 1991 Russland auf der europäischen Ebene deutlich an sich gebunden und integriert hätte. Das alte Europa genügte sich zu sehr selbst! Europa hat seine geopolitische und geostrategische Integrationsaufgabe verfehlt. Russland blieb vor den Toren. Man muss es so scharf sagen, wenn man realpolitisch weiterkommen will.

EIN „OBERVOLTA MIT RAKETEN“?

Auf der anderen Seite besteht die eigentliche Schwäche Russlands in seiner Unfähigkeit, mehr als ein „Obervolta mit Raketen“ beziehungsweise mehr als ein Petrostaat zu sein. Gorbatschow war niemals ein Deng Xiaoping. Dieser posttotalitäre turn fehlte in der „Russländischen Föderation“, das heißt, es fehlte an erkennbaren strategischen Ansätzen. Die Strategie der verdeckten Eroberung und Kriegsführung gegenüber benachbarten Gebietsfetzen ist

eine Politik des Klein-Klein, aber keine Strategie für ein Land zwischen Wladiwostok und Moskau. Das Russland unter Putin lebt unter seinen Möglichkeiten!

So fern das momentan scheinen mag, eine erneute Integration Russlands in ein G8-System und der Versuch, das Land vor allem ökonomisch voranzubringen, sollten im Zentrum des Interesses stehen, wobei deutsche Firmen und Berater eine Rolle spielen könnten. Dies im Blick zu haben und auch der Öffentlichkeit so zu vermitteln, wäre eine Perspektive, die mehr (be-)wirken würde als alle Sanktionen. Zunächst jedoch gilt es, der Macht des (Völker-)Rechts realpolitisch Geltung zu verschaffen.

SANKTIONEN SIND ZU SIMPEL

Das von niemandem bestrittene Kernanliegen des europäischen Integrationsansatzes war und ist die Sicherung des Friedens. Durch die russisch-ukrainische Krise ist deshalb die Sachwalterin ebendieses Ansatzes, die EU, nun unter Handlungsdruck geraten, ihre Kompetenz als friedensstiftende und -erhaltende Institution unter Beweis zu stellen. Sich vor allem auf Sanktionen zu kaprizieren, wäre diplomatie-politisch eine zu simple Herangehensweise, die der Komplexität der Lage nicht gerecht wird.

Eine Art „Berliner Kongress“ (1878) wäre – mit oder nach Putin – hilfreich, denn weder hektischer Aktionismus von Außenministern noch ein Säbelrasseln der Militärs noch ein Sanktionsregime nach Mustern der Bekämpfung von Schurkenstaaten wäre allein ausreichend und sachangemessen.

In der soeben erschienenen Sonderausgabe Nr. 2 der Politischen Meinung „Das Wunder von Berlin“ stellt **Klaus Dieter Naumann**, ehemaliger Generalinspekteur der Bundeswehr und Vorsitzender des NATO-Militärausschusses, auch im Hinblick auf die aktuelle Krise die Frage „Hat der Westen alles falsch gemacht?“. Die Sonderausgabe kann zum Preis von 5,00 Euro bundesweit über große Kioske und über die Redaktion bezogen werden.

Nachbarschafts- politik am Ende?

—
Über neue europäische Realitäten

MICHAEL GAHLER

Geboren 1960 in Frankfurt am Main, sicherheitspolitischer Sprecher der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament.

Die ursprüngliche Motivation für die Entwicklung der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) war die Befürchtung, dass neue Trennlinien zwischen der erweiterten EU und ihren östlichen Nachbarn entstehen könnten. Stattdessen wollte man einen Raum des gemeinsamen Wohlstands, der gemeinsamen Stabilität und gemeinsamer Werte mit den unmittelbaren Nachbarländern im östlichen Europa und am Südufer des Mittelmeers, in Nordafrika und im Nahen Osten schaffen.

Zehn Jahre später steht die EU vor vielfältigen neuen Herausforderungen. Es gibt unterschiedliche Entwicklungs- und Reformgeschwindigkeiten der Partnerländer. Einzelne wenden sich von der EU ab und zeigen weniger Bereitschaft zu Kooperation und Reformen (Armenien, Ägypten). Länder der östlichen Partnerschaft stehen vor der Alternative West- oder Ostbindung: Eurasische Union mit Russland oder Freihandels- und Assoziierungsabkommen mit der EU. Fragen nach der Attraktivität der EU und die Problematik des endgültigen Ziels der ENP treten in den Vordergrund. Politische Trans-

formationen in der südlichen Nachbarschaft finden, vielleicht mit Ausnahme Tunesiens, nicht mehr mit anhaltender Dynamik statt. So gibt es Stagnation und rückläufige Entwicklungen in Ägypten und Libyen, anhaltende und schwer lösbare Konflikte und Kriege in Syrien, Libyen, in der Ukraine, in Israel und Palästina. Nicht zu unterschätzen sind außerdem die Auswirkungen der Flüchtlingsströme, zum Beispiel aus dem Libanon und Jordanien.

Als Teil Europas können sich alle östlichen Partner auf Artikel 49 des EU-Vertrages berufen, der ihnen eine EU-Mitgliedschaft in Aussicht stellt – unabhängig von der aktuellen Aussicht auf Verwirklichung. Dennoch stellt diese Perspektive einen potenziellen Anreiz für die östlichen Partner dar, die den südlichen Partnern fehlt. Aufseiten aller Partner im Süden und im Osten sind aber der politische Wille und die Fähigkeit, das Angebot der ENP anzunehmen, von entscheidender Bedeutung.

Derzeit ist das im Maghreb und im Maschrik realistischlicherweise nur in Tunesien der Fall; Potenzial besteht auch in Marokko und Jordanien. Aus europäischer Sicht ist es deswegen notwendig, etwa aktiver an der Staatsbildung in Libyen mitzuwirken, damit geregelte Beziehungen überhaupt erst möglich werden. Der Nahostkonflikt lässt zwar Handelsbeziehungen mit Israel und Palästina zu. Die aktuelle Entwicklung zeigt jedoch, dass die EU nicht die politische Kraft entwickelt, selbst oder gemeinsam mit den USA substantiell zu einer Befriedung beizutragen. Im Osten Europas sind alle Kräfte zur Stabilisierung der Ukraine erforderlich; gemeinsame Anstrengungen, die Destabilisierung der Nachbarschaft zu stoppen, werden unternommen. Die EU blickt heute also auf eine Nachbarschaft, die durch Instabilität und stagnierende Transformation gekennzeichnet ist.

„MEHR FÜR MEHR“

Der Instrumentenkoffer der EU ist gut ausgerüstet, um den genannten Herausforderungen zu begegnen. Die ENP ist das funktionierende politische Konzept, das die EU zum bedeutenden Akteur in den östlichen und südlichen Nachbarländern macht. Dieses Programm bezieht sich auf einen geografischen Raum, nicht auf thematisch gefasste Einsatzbedingungen. Es ist flexibel und nicht statisch angelegt.

Die ENP erstreckt sich auf vier Kooperationsbereiche: Dialog und Reform, Angleichung der Rechtsvorschriften, Aufbau von Institutionen und Wirtschaftsförderung. Dabei verfolgt sie die Ziele Förderung von Demokratie, Wohlstand und Stabilität; gerechte sozio-ökonomische Entwicklung; Schutz der Menschenrechte; Rechtsstaatlichkeit und gute Regierungsführung. Die ENP wird durch Maßnahmen in den Kernsektoren Governance, Energie, Justiz, Freiheit, Sicherheit, Umwelt, Transport und Hochschulwesen umgesetzt. Aus klassischer Kooperation soll sektorspezifische Integration erwachsen.

2011 wurde die ENP neu ausgerichtet. Durch die Einführung des Leistungsprinzips „Mehr für mehr“ wird die Unterstützung verstärkt an die Durchführung demokratischer Reformen geknüpft. Es gibt länder- und akteurspezifische Differenzierungen und gegenseitige Rechenschaftspflicht („mutual accountability“). Die Partnerschaft mit der Zivilgesellschaft mithilfe der Instrumente der *Civil Society Facility* und des *European Endowment for Democracy*, die Intensivierung der politischen und sicherheitspolitischen Zusammenarbeit und die Schaffung von Mobilitätspartnerschaften für mehr Mobilität der Bürger sind weitere Ziele.

Die ENP hat in den letzten Monaten hierbei wichtige Ergebnisse erzielt. Es gab starke Reformbemühungen in Georgien, Moldawien, Marokko und Tunesien – in enger Partnerschaft und mit finanzieller Unterstützung der ENP (2,65 Milliarden Euro allein 2013 an regionaler und bilateraler Unterstützung durch die ENP-Haushaltlinie, das sogenannte „Europäische Nachbarschafts-Instrument“, [ENI]). Große Aufmerksamkeit erfuhren die Fortschritte in den Bereichen politische Assoziation und ökonomische Integration durch die Assoziierungsabkommen. Hierzu zählen auch die vertieften und umfassenden Freihandelsabkommen, die Ende Juni 2014 mit der Ukraine, Georgien und Moldawien unterzeichnet worden sind. Zudem wurden Mobilitätspartnerschaften geschlossen und Verhandlungen vorangetrieben, beispielsweise mit Marokko, Tunesien und Jordanien.

FLEXIBLE KRISENBEWÄLTIGUNG

Besonders eindrucksvoll war die Einsatzfähigkeit der ENP in der Krisenbewältigung. In einer schnellen und flexiblen Reaktion auf die Syrienkrise wurden zusätzliche Finanzmittel zur Verfügung gestellt. Die EU (Kommission und Mitgliedstaaten) ist der größte Geber zur Bekämpfung der Auswirkungen der Syrienkrise mit über 2,8 Milliarden Euro seit 2011. Der aktuell größte Beitrag floss jedoch zur Stabilisierung in die Ukraine. Auf die dramatischen Entwicklungen, ausgelöst durch die proeuropäische Reformbewegung in der Ukraine, reagierte die Europäische Kommission mit der Schaffung der künftig circa fünfzig Mitarbeiter umfassenden *Ukraine Support Group*. Sie soll die politischen und wirtschaftlichen Reformen unterstützen.

Finanzhilfen von über elf Milliarden Euro zur wirtschaftlichen und finanziellen Stabilisierung, einschließlich 1,6 Milliarden Euro „Makrofinanzhilfe“, wurden nebst detaillierten Unterstützungsprogrammen in Rekordzeit bereits im Frühjahr 2014 aufgelegt und beschlossen („State Building Contract“ von 355 Millionen Euro und zehn Millionen Euro für die Zivilgesellschaft). Kontinuierliche Unterstützung gibt es seit Langem für die Nahost-Friedensbemühungen mit durchschnittlich 300 Millionen Euro Hilfgeldern pro Jahr für Palästina, den bisher größten Empfänger in der ENP-Region.

Außerdem wird Unterstützung zu den Verhandlungen für eine mögliche „Zwei-Staaten-Lösung“ geleistet, unter anderem durch das „Partnership-for-Peace“-Programm.

Unter außergewöhnlichen Umständen war die EU durch die ENP in der Lage, mit politischen und finanziellen Mitteln adäquat auf aktuelle Herausforderungen zu reagieren. Anders als etwa in der Finanz- und Staatsschuldenkrise musste der europäische Gesetzgeber keine neuen Instrumente schaffen. Für die Zukunft jedoch besteht die Notwendigkeit, die ENP der gewandelten Realität in der Nachbarschaft anzupassen.

Anpassungsbedarf besteht einerseits im Hinblick auf die ENP-Finanzausstattung: Im EU-Mehrjahresfinanzrahmen 2014 bis 2020 ist das neue „Europäische Nachbarschafts-Instrument“ (ENI) nicht besser ausgestattet worden, trotz immenser Herausforderungen in der ENP-Region. Das Budget beträgt 15,4 Milliarden Euro. Die Glaubwürdigkeit der EU als Vorbild und verlässlicher Partner steht auf dem Spiel. Spätestens für das EU-Budget 2015 ist ein Umdenken in diesem Bereich notwendig.

„COMPREHENSIVE APPROACH“

Andererseits stellen sich im Hinblick auf die Wirksamkeit der Maßnahmen neue Fragen. Die EU-Kooperation in der Nachbarschaft sollte flexibler an sich schnell verändernde Situationen vor Ort angepasst werden können: durch eine strengere Auslegung des Leistungsprinzips „Mehr für mehr“ sowie eine mögliche Auslegung in Richtung „Weniger für weniger“ und einen Ausbau der ENP beziehungsweise des ENI als Stabilitätsinstrument zur Krisenbewältigung und Prävention; durch Flexibilitätsmechanismen wie EU-Trust Funds oder die Bildung von „Flexibilitätsreserven“ im Rahmen des ENI; durch stärkere Einbindung regionaler Akteure und Organisationen, wie OSZE, Arabische Liga und Organisation für Islamische Zusammenarbeit. Zielführend kann dabei nur ein „comprehensive approach“, ein vernetzter Ansatz und ein effizientes Zusammenspiel aller sicherheitspolitischen, humanitären und entwicklungspolitischen Instrumente, aber vor allem die Koordination mit den EU-Mitgliedstaaten sein.

So kann der EU auch weiterhin eine entschlossene und einige ENP gelingen, die Trennendes überwinden und Wohlstand und Stabilität sichern hilft. Zugleich wirkt sie als Brücke zum seit 1994 existierenden EU-Russland-Partnerschafts- und Kooperationsabkommen für das große Potenzial der Zusammenarbeit mit einem künftig hoffentlich partnerschaftlich aufgeschlossenen (Post-Putin?) Russland.

Reaktionen auf die Krise

—
Berichte aus postsowjetischen Regionen

Mittelasiatische Republiken: Die Reaktionen der zentralasiatischen Staaten auf die Ereignisse in der Ukraine fallen unterschiedlich aus, da sich aus ihren sehr verschiedenen sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Verbindungen mit Russland verschiedene Interessen und Befangenheiten ergeben.

So sind Tadschikistan und Kirgisistan hinsichtlich ihrer Sicherheit und angesichts terroristischer und innenpolitischer Gefahren auf Russland als Stabilisator angewiesen. Auch wirtschaftlich ist Russland für beide Länder von herausragender Bedeutung, zumal Russland Abnehmer kirgisischer und tadschikischer Rohstoffe und Waren ist. Zudem ist inoffiziellen Schätzungen zufolge jeweils etwa eine Million Kirgisen und Tadschiken in Russland als Gastarbeiter tätig. Ebenfalls sehr hoch ist die Zahl usbekischer Arbeitsmigranten in Russland. Etwa drei Millionen Usbeken gehen in Russland zumeist illegal einer Beschäftigung nach. Sehr hoch ist folglich auch ihr Anteil am nationalen Bruttoinlandsprodukt (BIP). Usbekistan versucht dennoch, seine Unabhängigkeit von Moskau zu wahren, und ist regionalen Organisationen wie der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) und der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft (EAWG) mehrfach bei- und wieder daraus ausgetreten. Kasachstan gilt hingegen als der verlässlichste Partner an der Seite Moskaus. Die Handelsbeziehungen beider Staaten sind sehr gut ausgebaut und auch für Moskau außerordentlich wichtig. Im Gegensatz dazu hat sich Turkmenistan politisch weitgehend isoliert und wirtschaftlich auf den

Export von Erdgas konzentriert. Da China mittlerweile der bedeutendere Abnehmer von turkmenischem Erdgas ist, scheint sich das Land unabhängig von Moskau zu wähnen. Auf multilaterale Kooperation in internationalen Organisationen wird seitens Aschgabats allerdings verzichtet.

Die offiziellen Stellungnahmen und Reaktionen der zentralasiatischen Länder zu den Ereignissen auf der Krim fielen vor diesem Hintergrund unterschiedlich aus:

Eine deutlich prorussische Haltung hat Kasachstan eingenommen. Im März 2014 erkannte das Außenministerium das Ergebnis des Krim-Referendums an. Die Euromaidan-Bewegung mit der aus ihr resultierenden Flucht des früheren ukrainischen Präsidenten Viktor Janukowitsch wurde vom kasachischen Präsidenten Nursultan Nasarbajew als „verfassungswidriger Staatsstreich“ bezeichnet. Gegenüber Putin erklärte Letzterer in einem Telefongespräch, dass er Verständnis für Russlands Vorgehen auf der Krim habe, da Russland damit die Rechte der nationalen Minderheit sowie eigene Sicherheitsinteressen wahre. Eine Situation wie auf der Krim sei, so der kasachische Außenminister, in Kasachstan nicht denkbar. Dennoch wurden Haftstrafen für Aktionen, die die territoriale Integrität gefährden, im April 2014 auf zehn Jahre angehoben. Es ist also fraglich, ob Kasachstan den Geschehnissen auf der Krim nicht doch mit gemischten Gefühlen gegenüberstand, zumal ein bedeutender Teil der Bevölkerung Kasachstans aus „ethnischen“ Russen besteht.

In Usbekistan fiel die Einschätzung der Krim-Krise und des russischen Engagements in der Ukraine hingegen sehr kritisch aus. Das usbekische Außenministerium veröffentlichte am 24. März 2014 eine Stellungnahme, aus der hervorgeht, dass Maßnahmen, die die territoriale Integrität eines Staates gefährden, nicht akzeptabel seien. Laut einer Erklärung des usbekischen Präsidenten Islam Karimow widerspreche die Einmischung in ukraini-

sche Angelegenheiten der Charta der Vereinten Nationen. Usbekistan bezieht damit deutlich Stellung gegen Russland.

Kirgisistans Einschätzung ist der eigenen jüngeren Geschichte, aber auch den derzeit guten Beziehungen zu Moskau geschuldet. Stellungnahmen des kirgisischen Außenministeriums machen das Verhalten der früheren ukrainischen Regierung für den Ausbruch der Gewalt und die Eskalation der Situation verantwortlich. Viktor Janukowitsch wurde in dieser Erklärung explizit kritisiert und das Volk als der eigentliche Souverän eines Staates beschrieben. Die Souveränität des eigenen Volkes hatte in Kirgisistan die Absetzung des autoritären kirgisischen Präsidenten Kurmanbek Bakijew am 7. April 2010 legitimiert. Die politische Rhetorik des Volkswillens als der Legitimationsgrundlage eines Staates ist für das Selbstverständnis der kirgisischen Republik grundlegend. Hier wurde das Ergebnis des Krim-Referendums zwar als Ausdruck des Volkswillens interpretiert, nicht jedoch die Maidan-Bewegung.

Tadschikistan und Turkmenistan wiederum haben sich von offizieller Seite bezüglich der Situation bisher in Schweigen gehüllt.

Eine sichtbare Reaktion Aschgabats auf die Ukraine-Krise bestand lediglich in der Nichtabstimmung des Landes auf der Vollversammlung der Vereinten Nationen vom 27. März 2014, bei welcher die Abspaltung der Krim von der Ukraine für ungültig erklärt wurde. Die mehrheitliche Nichtpositionierung der zentralasiatischen Länder in dieser Abstimmung kann als eine gewisse Befangenheit gewertet werden, eventuell aber auch als Ausdruck eines für diese Staaten größtmöglichen Protests, zumal damit eine neutrale Position, die eine Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten von Staaten befürwortet, vermittelt wurde.

*Thomas Kunze, Regionalbeauftragter für Zentralasien
Christina Turzer
Auslandsbüro Taschkent der Konrad-Adenauer-Stiftung*

Baltische Staaten: Die aktuelle Krise in der Ukraine sorgt in den baltischen Staaten für eine intensive Debatte über den richtigen Umgang mit dem östlichen Nachbarn Russland. Die Menschen im Baltikum können sich sehr gut in die Lage der Ukrainer hineinversetzen, denn sie wissen, wie es ist, dem starken Einfluss Russlands ausgesetzt zu sein. Immer wieder wird deshalb in Diskussionen die Frage erörtert, ob sich die Situation in der Ukraine auf diese Region ausweiten und möglicherweise zu einem neuen Kalten Krieg führen wird. Besonders die Menschen in den baltischen Staaten, die als ehemalige Sowjetrepubliken und heutige EU- und NATO-Mitglieder den Konflikt zwischen „dem Westen“ und Russland hautnah miterleben, fragen sich, wie weit Moskau noch gehen wird. Denn genau wie in der Ukraine gibt es in Estland, Lettland und Litauen russischsprachige Minderheiten und unterschiedlich große Konfliktpotenziale. Wirtschaftlich sind die Länder nach wie vor in hohem Maße und bei der Energieversorgung sogar vollständig von Russland abhängig. Deshalb befürchten einige ein ähnliches Szenario wie in der Ostukraine oder der Krim auch im Baltikum.

Die aktuelle politische Lage ist jedoch kein neuer Kalter Krieg. Heute stehen sich nicht zwei Supermächte mit entgegengesetzten Weltanschauungen gegenüber, die politische Interessenlage ist viel komplexer. Die Annäherung der Ukraine an die Europäische Union und die mögliche Erweiterung der NATO bestimmen die Debatten nicht nur in Brüssel, sondern ebenso in Riga, Tallinn und Vilnius. Obwohl Russland mit der Annexion der Krim den Eindruck erweckt, an politischer Größe und Macht zu gewinnen, ist dieser Zugewinn mit dem historischen Prozess der Ausweitung der Interessensphäre der UdSSR nicht vergleichbar. Nichtsdestotrotz warnen Politiker aus Estland, Lettland und Litauen vor einer Verharmlosung der politischen Ambitionen Russlands und plädieren für eine stärkere Präsenz der NATO an ihren östlichen Grenzen. Diese wurde inzwischen durch eine Verstärkung der Luftwaffe

umgesetzt; zudem wurde Ende August beschlossen, fünf neue Stützpunkte einzurichten. Russland hat die Krim annektiert – die Furcht vor weiterem territorialem Hunger sitzt tief.

Es findet jedoch kein Wettrüsten statt, und auch Armeen, die sich feindselig und hoch gerüstet gegenüberstehen, sucht man vergeblich. Obwohl die NATO Truppeneinheiten in den baltischen Ländern an der Grenze zu Russland stationiert und auch Russland einige Manöver in der Nord- und Ostsee durchgeführt hat, ist die aktuelle Auseinandersetzung kein Konflikt mit globalen Ausmaßen. Dennoch kann die Weltgemeinschaft nicht wegschauen, wenn Gebiete eines Landes eingenommen und Grenzen verschoben werden. Vor allem Europa ist in diesem Konflikt in seiner Nachbarschaft aufgrund der engen wirtschaftlichen Beziehungen und seiner starken Energieabhängigkeit von Russland aufgefordert, eine aktive Rolle zu übernehmen und klare Signale solidarischen Handelns zu senden.

Die jungen Demokratien in Estland, Lettland und Litauen haben zwar mit großen Problemen zu kämpfen, doch werden sie dabei von der Mehrheit der Bevölkerung – auch der russischsprachigen – unterstützt. Stimmen, die einen Anschluss an die Russische Föderation befürworten, hört man nur vereinzelt. Auch ein Einmarsch russischer Truppen und damit eine gewaltsame Okkupation der Länder liegen jenseits des Vorstellbaren. Dennoch macht vielen besonders die hohe wirtschaftliche Abhängigkeit von russischen In- und Exporten Sorgen. Im Falle eines Handelskrieges zwischen der Europäischen Union und Russland wären zuerst und wahrscheinlich am schwersten die Staaten des Baltikums davon betroffen. Dennoch würden die Menschen für ihre Freiheit die Folgen eines Handelsembargos in Kauf nehmen. Zu tief sitzen die Erinnerungen an die Zeit der sowjetischen Okkupation.

*Norbert Beckmann-Dierkes
Auslandsbüro Riga der Konrad-Adenauer-Stiftung*

Südkaucasus: Die drei südkaukasischen Staaten Armenien, Aserbaidschan und Georgien driften in ihren außen- und sicherheitspolitischen Orientierungen und Einschätzungen auseinander. Vor dem Hintergrund unterschiedlicher sicherheitspolitischer Befindlichkeiten, bilateraler beziehungsweise territorialer Konflikte und nationaler Interessen divergieren die Perzeptionen und Reaktionen der drei Länder mit Blick auf Russlands Vorgehen in der Ukraine.

Der außenpolitische Spielraum Armeniens ist eingeschränkt, da das Land geografisch isoliert und wirtschaftlich von Russland abhängig ist. Insbesondere durch die Entscheidung, der von Russland geführten Zollunion beizutreten, hat sich Armenien für die kommende Zeit auf Russland als strategischen Partner festgelegt. In der UN-Generalversammlung stimmte Armenien entsprechend gegen die Resolution, die die Annexion der Krim durch Russland verurteilt. In der armenischen Zivilgesellschaft gibt es zwar pro-westliche Tendenzen, die Kritik an Russland fällt jedoch in Bezug auf die Ukraine schwach aus. Nicht zuletzt kommt Armenien der Präzedenzfall der russischen Annexion der Krim gelegen: Ende der 1980er-Jahre flammte der Konflikt um die Grenzregion Bergkarabach wieder auf, und eine Volksentscheidung befürwortete die Abspaltung der Region von Aserbaidschan. Die Volksabstimmung über die Zugehörigkeit der Krim wertet Armenien jetzt als nachträgliche Rechtfertigung der Abstimmung in Bergkarabach.

Aserbaidschan verfolgt weiterhin das Prinzip einer multivektoralen Außenpolitik. Bemüht um gute Beziehungen sowohl mit dem Westen als auch mit Russland, schlägt die aserbaidschanische Regierung zwar einen zurückhaltenden Tonfall gegenüber Russland an, in den wenigen offiziellen Statements zur Lage in der Ukraine betonen Regierungsvertreter aber deutlich das Recht auf territoriale Integrität. Das ist mit Blick auf den Konflikt mit Armenien um Bergkarabach für Aserbaidschan ebenfalls zentral, wenn auch unter umgekehrten Vorzeichen. Da Russland eine entscheidende Rolle in den Verhandlungen über die Zukunft Bergkarabachs einnimmt, ist für Aserbaidschan allerdings auch in dieser Hinsicht ein diplomatisches Vorgehen geboten.

Georgien, das klar westlich orientiert ist und eine EU- und NATO-Mitgliedschaft anstrebt, verurteilt die russischen Aggressionen scharf. Unter dem Eindruck des georgisch-russischen Krieges von 2008 betrachtet das Land seinen nördlichen Nachbarn als Bedrohung. Die große Mehrheit der Bevölkerung Georgiens ist prowestlich und antirus-sisch eingestellt. Russland hat eine beträchtliche Zahl Soldaten in Abchasien und Südossetien stationiert und unterstützt die abtrünnigen Provinzen politisch und wirtschaftlich. Georgien befürchtet weitere Aggressionen seitens Russland und schlimmstenfalls ein ähnliches Vorgehen wie in der Ukraine: Georgien hat Ende Juni 2014 ein Assoziierungsabkommen mit der EU unterzeichnet!

*Canan Atilgan, Leiterin des Regionalprogramms Politischer Dialog Südkaukasus
Auslandsbüro Tiflis der Konrad-Adenauer-Stiftung*

Bärenstark?

Vom Zustand der russischen Wirtschaft

JOACHIM ZWEYNERT

Geboren 1970 in Hamburg, Direktor des Wittener Instituts für institutionellen Wandel, Fakultät für Wirtschaftswissenschaft, Universität Witten/Herdecke.

Die russische Volkswirtschaft ist in einer desolaten Lage. Erreichte sie zwischen 2000 und 2007 noch Wachstumsraten zwischen fünf und zehn Prozent, waren es 2013 nur noch 1,3 Prozent – und für 2014 droht nach jüngsten Prognosen sogar ein Null- oder gar Negativwachstum.

Dabei handelt es sich keineswegs um eine kurzfristige Eintrübung: Selbst das russische Wirtschaftsministerium rechnet bis 2030 mit einem durchschnittlichen Wachstum von lediglich 2,5 Prozent. Für eine entwickelte Volkswirtschaft wie Deutschland wäre das ein beachtlicher Wert. In Russland aber ist das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner etwa dreimal niedriger als hierzulande. Eine Wachstumsrate zwischen zwei und drei Prozent jährlich bedeutet vor diesem Hintergrund eine Zementierung des Entwicklungsrückstands. Nicht weniger dramatisch stellt sich die Lage dar, wenn man Russland

mit Ländern vergleicht, die auf einem ähnlichen Entwicklungsstand sind. Brasilien, Indien und China bilden gemeinsam mit Russland die sogenannten BRIC-Staaten – eine Gruppe aussichtsreicher Schwellenländer, denen man zutraut, in den nächsten Jahrzehnten in die Gruppe der entwickelten Volkswirtschaften aufzusteigen. Der Vergleich Russlands mit den übrigen BRIC-Staaten zeigt zweierlei: Zum einen wurde – und das ist eindeutig auf einheimische Strukturprobleme zurückzuführen – das Land von der globalen Krise 2008/09 deutlich härter getroffen. Zum anderen sind zumindest Indien und China inzwischen auf einen Wachstumskurs zurückgekehrt und verringern entsprechend den Abstand zu den reichsten Ländern.

STAATSINDUZIERTER MODERNISIERUNG UND KORRUPTION

Das unbefriedigende Wachstum ist Ausdruck tief greifender struktureller Probleme, die sich eindeutig auf politische Entscheidungen zurückführen lassen. Das Grundproblem besteht in Russlands ungebrochener Abhängigkeit von Öl- und Gasexporten. Daran hat sich seit den 1970er-Jahren praktisch nichts geändert. Ebenso bleibt die Produktivität aller anderen Sektoren extrem niedrig. Der bisherige Verlauf der postsowjetischen Wirtschaftspolitik lässt sich grob in drei Phasen unterteilen: In der ersten Phase, von 1991 bis 1999, vertraute man auf marktorientierte Reformen, bei denen man aber außer Acht ließ, dass Märkte nur dann funktionieren können, wenn sie fest in einen staatlichen Ordnungsrahmen eingebettet sind. Das Ergebnis war ein anarchischer Kapitalismus, der bei der Bevölkerung zu einer nachhaltigen Diskreditierung der Marktwirtschaft geführt hat. Die zweite Phase dauerte von 2000 bis 2004. Sie war einerseits durch eine beginnende Stärkung der „Vertikale der Macht“ und andererseits dadurch gekennzeichnet, dass strukturelle Reformen – etwa eine Reform des Verwaltungsapparates und der Sozialsysteme – in Angriff genommen wurden. Diese Reformen kamen um 2004 zum Erliegen. Gleichzeitig markierte der Fall Yukos/Chodorkowski die Abkehr von marktorientierten Prinzipien. In den vergangenen zehn Jahren sind die Weichen konsequent in Richtung einer staatszentrierten Wirtschaftsordnung gestellt worden.

Das heißt konkret: Die Lösung der beiden zentralen Strukturprobleme der russischen Wirtschaft, Rohstoffabhängigkeit und niedrige Produktivität, erhofft man sich nicht mehr von unternehmerischen Innovationen, sondern von staatlicher Industriepolitik. Die sichtbarste, aber bisher weitgehend wirkungslose Maßnahme in diesem Zusammenhang war die Bildung von sieben großen Staatskorporationen, die die Entwicklung bestimmter Schlüsseltechnologien (etwa der Nanotechnologie) oder -branchen (etwa des Flugzeugbaus) fördern sollten. Mit solchen Maßnahmen orientiert man sich am Bei-

spiel von Ländern wie China, Südkorea oder Taiwan, die gezeigt haben, wie eine staatsinduzierte Modernisierungsstrategie gelingen kann. In Russland aber fehlen alle Voraussetzungen dafür, ein solches Modell erfolgreich zu implementieren, vor allem eine effiziente Verwaltung. So überrascht es nicht, dass die Rückkehr des Staates auf die wirtschaftlichen Kommandohöhen bisher vor allem zu einer dramatischen Zunahme der Korruption geführt hat, obwohl das Korruptionsniveau bereits zuvor sehr hoch war: Lag Russland 2004 auf Platz 90 (zwischen Nepal und Tansania) des Länderrankings von Transparency International, ist es inzwischen (Wert für 2013) auf Platz 127 (zwischen Pakistan und Bangladesch) von 175 Ländern abgerutscht.

„BUSINESS CAPTURE“ FOLGT „STATE CAPTURE“

Was sich im heutigen Russland vollzieht, kann man als ein *Business Capture* bezeichnen: Gleichsam spiegelbildlich zur Eroberung der Politik durch die privatwirtschaftlichen Oligarchen (*State Capture*), wie man sie in den 1990er-Jahren beobachten konnte, dehnt der heutige russische Staat seine Einflussosphäre immer stärker auf die Wirtschaft aus. Er verdrängt dort Unternehmertum und private Initiative. Damit ist der Weg zu Marktwirtschaft und Demokratie auf absehbare Zeit verbaut. Beide können nur dort funktionieren, wo die wirtschaftliche und die politische Sphäre der Gesellschaft jeweils ihrer eigenen Logik folgen und durch – hier wirtschaftlichen, dort politischen – Wettbewerb gesteuert werden. Im heutigen Russland ist beides nicht der Fall. Wirtschaft und Politik sind wieder untrennbar miteinander verwoben, und weder im politischen noch im ökonomischen Bereich gibt es einen funktionierenden Wettbewerb.

Die zunehmende Unterminierung des Wettbewerbs durch einen ineffizienten und hochgradig korrupten Staat wird dazu führen, dass das Land hinsichtlich seiner Produktivitätsentwicklung immer weiter zurückfällt. Die zunehmende Beschneidung politischer Freiheitsrechte wird zur Folge haben, dass junge, gebildete Menschen das Land zunehmend in Richtung Israel, Westeuropa und USA verlassen. Dieser Prozess hat bereits begonnen und wird sich in den nächsten Jahren aller Voraussicht nach noch beschleunigen. Das ist verheerend für ein Land, dessen größte Hoffnung auf seinen zum Teil hervorragend gebildeten Eliten ruht. In nicht allzu ferner Zukunft werden Russlands Rohstoffe erschöpft sein. Spätestens dann wird man feststellen, dass der seit 2004 beschrittene Weg ein Irrweg war. Der Abstand zu den am weitesten entwickelten Ländern wird sich dann nochmals vergrößert haben. Der Aufholprozess wird so noch schwieriger werden.

VORGESCHMACK DER AGGRESSION

Kurzum: Sollte der jetzige Weg weiter beschritten werden, so bereitet die wirtschaftliche Entwicklung Russlands allergrößte Sorge. Mehr noch: Es darf als höchst fraglich gelten, ob ein wirtschaftlich instabiles Russland politisch stabil bleiben wird. Schon heute sehen viele Beobachter einen Zusammenhang zwischen wirtschaftlichem Niedergang und zunehmender außenpolitischer Aggressivität. Die Ukraine-Krise gibt insofern möglicherweise einen Vorgeschmack darauf, was von Russland zu erwarten und zu befürchten ist, wenn die sich heute ankündigenden wirtschaftlichen Probleme akut werden. Vor diesem Hintergrund kommt es für den Westen entscheidend darauf an, Verstöße gegen internationale Regeln mit klaren und deutlichen Signalen zu beantworten – die aktuellen Sanktionen sind deshalb nötig und richtig. Andererseits aber sollte alles getan werden, um den kritischen Dialog mit Russland aufrechtzuerhalten und immer wieder deutlich zu machen, dass man gewillt ist, Russland bei seinen Modernisierungsbemühungen zu unterstützen, wenn sich das Land an die Spielregeln der internationalen Gemeinschaft hält.

Vom Gewicht des Schreckens

Funktioniert das Prinzip der Abschreckung noch?

ULRIKE ESTHER FRANKE

Geboren 1987 in Aachen,
Doktorandin der Internationalen
Beziehungen an der Universität
Oxford.

Hat die europäische Abschreckung im Falle Russlands versagt? Hat Europa noch reelles Abschreckungspotenzial? Welche Ressourcen und Fähigkeiten sind für eine wirksame Abschreckung nötig? Derzeit werden solche und

ähnliche Fragen in allen europäischen Verteidigungs- und Außenministerien diskutiert. Das Prinzip der Abschreckung kehrt mit Macht in die europäische Politik zurück, nachdem die EU-Bürger für kurze Zeit in einen sicherheitspolitischen Dornröschenschlaf gefallen waren und den Traum eines ewigen demokratischen Friedens in Europa geträumt hatten. Das Prinzip der Abschreckung hat zweifellos weiterhin einen Platz in der europäischen Sicherheitsordnung und sollte diesen Platz auch künftig behalten. Die derzeitigen Spannungen mit Putins Russland liefern den Impetus zu diesen Überlegungen, sollen hier jedoch nicht Hauptthema sein. Strategisches Denken ist kein Relikt des Kalten Krieges, denn ein Wegwünschen geopolitischer Rivalitäten lässt die Konflikte nicht verschwinden. Ein Nachdenken über eine zeitgemäße Abschreckungsstrategie in Europa und Deutschland ist notwendig.

Die Abschreckung – oft wird der englische Begriff *deterrence* verwendet – hat, wie viele Konzepte der Internationalen Beziehungen, ihren Ursprung im Kalten Krieg und war eines der prominentesten Konzepte dieser Zeit. Daher ist es in der Vorstellung der breiten Öffentlichkeit untrennbar mit nuklearer Bewaffnung verbunden. Abschreckungsstrategien zu erwägen, bedeutet jedoch keinesfalls, in eine wie auch immer geartete „Kalte Kriegs-Logik“ zurückzufallen. Abschreckung bedeutet nicht automatisch *nukleare* Abschreckung und Blockbildung.

Abschreckung ist ein recht intuitives Konzept. In ihm ist kodifiziert, was zum täglichen Verhaltensrepertoire vieler Menschen gehört: „Tu das nicht, sonst ...!“ Insofern ist Abschreckung vom Grundsatz her nichts anderes als die negative Version des Aktion-Reaktion-Prinzips: „Tust du dies, passiert dieses“ wird zu „Tust du dies nicht, wird dieses nicht passieren.“ Das Ziel ist dabei, das Verhalten des anderen zu beeinflussen, insbesondere ihn davon abzuhalten, etwas zu tun. Abschreckung ist in der Regel ein sogenanntes *Non-Event*. Es ist daher schwer nachzuweisen, ob eine kausale Beziehung zwischen Abschreckung und dem Nichteintreten einer Situation tatsächlich besteht. Erfolgreiche Abschreckung bedeutet daher meist die Beibehaltung des Status quo.

Obwohl Abschreckung eine Drohung beinhaltet, ist diese nicht zwangsläufig explizit formuliert. Die nukleare Abschreckung nach dem Prinzip der „mutual assured destruction“ (dem sogenannten Gleichgewicht des Schreckens) des Kalten Krieges war insofern eher die Ausnahme als die Regel. Grundsätzlich versucht Abschreckung, Ordnung zu schaffen, wo Anarchie droht – so werden Reibungen im internationalen System reduziert. Allerdings beabsichtigt sie, das Verhalten eines Opponenten in einem Sinne zu beeinflussen, den er selbst nicht gewählt hätte.

EINE FRAGE DER GLAUBWÜRDIGKEIT

Die wesentliche Voraussetzung für eine funktionierende Abschreckung ist Glaubwürdigkeit. Eltern, die ultimativ „bis drei zählen“, ist klar, dass ihre Macht in Wahrheit recht begrenzt ist. Sie basiert zum großen Teil darauf, dass ihre Kinder glauben, dass ihre Eltern Macht haben. Dies gilt ebenso für zwischenstaatliche Beziehungen. Ob eine Drohung glaubwürdig ist, hängt von zwei Faktoren ab: (1) der Fähigkeit des Drohenden, seine Drohung wahr zu machen, und (2) seiner Bereitschaft, dies zu tun. Die Stärke der Abschreckung hängt also vor allem auch von der Glaubwürdigkeit der Einsatzbereitschaft, mithin von moralischen und konzeptuellen Faktoren, ab.¹

Fähigkeit: In den internationalen Beziehungen haben Drohungen, die mit dem Ziel der Abschreckung ausgesprochen werden, in aller Regel eine militärische Komponente. Drohungen können allerdings auch andere Maßnah-

men beinhalten, wie beispielsweise ökonomische Sanktionen. In jedem Fall muss der Drohende die (militärischen, ökonomischen) Fähigkeiten haben, um eine glaubwürdige Drohung auszusprechen. Zudem muss der Bedrohte genügend Kenntnisse von diesen Fähigkeiten haben, um die Drohung ernst zu nehmen. Die USA gründeten 1973 daher das „Office of Net Assessment“; dieses sollte die Stärke der sowjetischen Streitkräfte im Verhältnis zu den USA einschätzen und so das sowjetische Bedrohungspotenzial quantifizieren.

Bereitschaft: Hat der Drohende die Fähigkeit, die Drohung wahr zu machen, ist aber nicht dazu bereit, so lässt er sich auf einen gefährlichen Bluff ein. Dass die USA nicht willens waren, nach der Verwendung von Giftgas durch das syrische Regime im August 2013 und damit der Überschreitung der von Obama gezogenen „roten Linie“ zu handeln, hat die US-Administration Glaubwürdigkeit gekostet.

WEDER BEI TAUBEN NOCH BEI FALKEN BELIEBT

Obwohl das Ziel der Abschreckung darin liegt, Kriege zu verhindern, ist sie dennoch weder unter politischen „Tauben“ (friedliche Strategen) noch unter „Falken“ (aggressive Strategen) allzu beliebt. Während Tauben kritisieren, dass die Abschreckung sich zu sehr auf militärische Lösungen konzentriert, hadern die Falken mit der anscheinenden Passivität der Abschreckung. Zudem riefen die Terroranschläge und der Krieg gegen den Terror Zweifel an der Wirksamkeit der Abschreckung hervor. So wurde argumentiert, dass gegen nichtstaatliche Akteure, insbesondere gegen fanatische und potenziell irrational agierende Terroristen, Abschreckung ein zahnloser Tiger sei. Im derzeit gültigen Weißbuch der Bundesregierung von 2006 heißt es hierzu: „Die in der Vergangenheit bewährten Strategien zur Abwehr äußerer Gefahren – wie Abschreckung und Einhegung – reichen gegen die neuen asymmetrischen, häufig auch durch nichtstaatliche Akteure verursachten Bedrohungen nicht aus.“²

Eine scheinbare Antwort auf dieses Problem gab die Strategie der *Präemption* – des vorbeugenden (militärischen) Handelns. Dieses ist jedoch grundsätzlich umstritten und seit dem wenig erfolgreichen amerikanischen Irakfeldzug 2003 weitgehend diskreditiert.

Die Umsetzung von Abschreckungsstrategien wird heutzutage auch dadurch erschwert, dass es unzählige Bedrohungsszenarien und Akteure gibt. Eine diffuse Abschreckung gegen unbekannt aufrechtzuerhalten, ist erheblich komplexer als eine präzise Abschreckungspolitik für einen klar definierten Fall gegenüber einem klar definierten Gegner. Aufgrund des russischen Verhaltens – schon im Georgienkrieg, insbesondere jedoch bei der Annektierung der Krim – stehen Abschreckungsstrategien jedoch wieder im Zentrum des Interesses.

GESCHWUNDENES ABSCHRECKUNGSPOTENZIAL?

Von einem Scheitern der Abschreckung zu sprechen, wäre jedenfalls voreilig. Russlands Verhalten in der Ukraine-Krise hat klargemacht, dass Abschreckung in Europa kein Konzept der Vergangenheit sein kann. Zwischenstaatliche Kriege, geopolitische Rivalitäten – Strukturen, die viele Bürger in Europa im 19. Jahrhundert verorteten – sind wieder hochaktuell. Experten würden sogar argumentieren, dass diese nie Vergangenheit waren, nur in Europa schnell in Vergessenheit gerieten.

Wenn dies der Fall ist – und danach sieht es aus –, müssen Europa und Deutschland sich fragen, wie es um ihr Abschreckungspotenzial bestellt ist. Europa hat Probleme sowohl mit seinen Fähigkeiten als auch mit seiner Bereitschaft zur Abschreckung. Ein Report des *House of Commons Defence Committee* kommt zu dem Schluss, dass die NATO-Staaten auf einen Angriff Russlands – konventionell oder asymmetrisch – schlecht vorbereitet wären. Probleme waren bereits zuvor offenbar geworden. So hatten die am Libyen-einsatz 2011 beteiligten europäischen Streitkräfte Schwierigkeiten mit ihren ISR-Fähigkeiten (*intelligence, surveillance, reconnaissance*, also Aufklärung, Überwachung und Erkundung) und dem Nachschub an Präzisionsmunition. Die europäische Uneinigkeit im Vorfeld des Einsatzes und das uneinige Abstimmungsverhalten im Sicherheitsrat illustrieren die Schwierigkeiten, militärische Mittel in Erwägung zu ziehen und sich auf gemeinsame Ziele zu einigen.

Europas Regierungen und seine Bürger müssen sich dessen bewusst werden, dass die Realität geopolitischer Rivalitäten und Interessenkonflikte sich nicht länger ignorieren oder „wegwünschen“ lässt. Der Vorwurf der Kriegstreiberei, der gerade in Deutschland so leichtfertig erhoben wird, ist hier unangebracht. In der Tat beginnen Kriege damit, dass sie gedacht werden. Der Umkehrschluss dieser Aussage stimmt jedoch nicht. Denkverbote haben noch keinen Krieg verhindert. Sie führen dazu, dass die andere Seite das Denken für einen erledigt. Wegen der wieder ins Blickfeld gerückten vielfältigen Gefahren ist hier der uns fremd gewordene römische Leitspruch angebracht: „*Si vis pacem, para bellum*“ – „Wenn du den Frieden willst, bereite den Krieg vor.“

Daraus folgt, dass Europa seine Abschreckungsfähigkeit stärken und sein militärisches Potenzial ausbauen muss. Dies ist nach jahrelangem Unterschreiten der von der NATO geforderten Militärausgaben von zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes wahrlich keine neue Forderung. Zudem müssen die europäischen Streitkräfte besser zusammenarbeiten, Ressourcen teilen beziehungsweise komplementär einsetzen können. Insbesondere im Hinblick auf eine graduelle Abkehr der USA von Europa steht zu befürchten, dass den europäischen Staaten zu spät klar wird, dass Europa auf sich gestellt ungeschützt dastehen würde. Seine Schwäche kann dramatische Konsequenzen haben.

MITTEL DER KRIEGSVERMEIDUNG

Das größte Problem einer europäischen (und NATO-)Abschreckungspolitik ist allerdings die politische Uneinigkeit. Für Deutschland und die anderen europäischen Partner ist die NATO die Grundlage jeder überzeugenden Abschreckungsstrategie. Das Verteidigungsministerium verwendet den Begriff der Abschreckung in der Tat fast ausschließlich im Zusammenhang mit der NATO-Mitgliedschaft. Doch in dem oben erwähnten britischen *Defence Committee Report* wird derweil gar die Bereitschaft der britischen Bevölkerung angezweifelt, Artikel 5 des NATO-Vertrages (ein Angriff gegen ein NATO-Mitglied wird als Angriff gegen alle verstanden) zu akzeptieren. In einer im Mai 2014 durchgeführten repräsentativen Umfrage der Körber-Stiftung sprachen sich im Falle einer „direkten Bedrohung von Verbündeten“ nur siebenzig Prozent der Deutschen für einen militärischen Einsatz aus. Vor diesem Hintergrund ist es unbedingt erforderlich, dass die NATO-Staaten im Allgemeinen und die europäischen NATO-Staaten im Speziellen sich ihrer gemeinsamen Interessen wieder bewusst werden und diese klar formulieren. Ebenso deutlich muss formuliert werden, in welchen Fällen die NATO militärische Einsätze für sinnvoll hält und in welchen nicht.

Eine europäische Abschreckungspolitik gegenüber geopolitischen Rivalen und Staaten mit anderen Interessen ist möglich und nötig. Grundlage müssen gemeinsam formulierte Interessen und Werte sein. Die militärischen Mittel der NATO und auch der europäischen Staaten ohne direkte Unterstützung der USA müssen in einem Umfang bereitgestellt werden, der eine glaubhafte Abschreckung gewährleistet. Insbesondere müssen aber politische Entscheidungsträger und die europäischen Bürger bereit sein, für ihre Interessen einzustehen – und eine klare Abschreckungsdrohung für den Notfall zu formulieren. Eine zeitgemäße europäische Abschreckungsstrategie muss dabei flexibel auf vielfältige, häufig wechselnde und schwer kalkulierbare Gegner reagieren können. Deshalb darf die Debatte in Europa auf keinen Fall für beendet erklärt werden, wenn der aktuelle Konflikt mit Russland – möglichst bald und friedvoll – zu einem Ende gekommen ist. Die Abschreckung mag nicht das beliebteste oder eleganteste Mittel der Internationalen Beziehungen sein. Es ist aber weiterhin das erfolgversprechendste Mittel der Kriegsvermeidung.

¹ House of Commons Defence Committee, „Deterrence in the twenty-first century“, Eleventh Report of Session 2013–14, Volume I, S. 20 [Hervorhebung der Autorin.].

² Bundesministerium der Verteidigung, *Weißbuch 2006. Zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr*, S. 17.

Konfrontation ohne Eisernen Vorhang

Warnungen einer in Moskau geborenen Autorin aus Berlin

SONJA MARGOLINA

Geboren 1951 in Moskau (Russland),
freie Publizistin, lebt in Berlin.

Aus dem Sieg über das Sowjetsystem waren die Westmächte wirtschaftlich, militärisch und vor allem moralisch gestärkt hervorgegangen. Doch gerade dann, wenn die Euphorie am größten ist, werden oftmals Keime künftiger Niederlagen gelegt.

Im Oktober 1991 blockierte die jugoslawische Marine den Zugang zur kroatischen Stadt Dubrovnik, serbische Truppen beschossen sie von den umliegenden Höhen. Hätte die NATO die serbischen Stellungen zerstört, hätte man es heute womöglich mit einem anderen Balkan zu tun. Stattdessen schaute Europa dem Desaster neun Jahre lang zu und konnte den Jugo-

slawienkrieg nur mit einem faulen Frieden und mithilfe der Amerikaner beenden. Im Augenblick seines Triumphs über das kommunistische System zeigte sich der Westen unfähig, einem Aggressor wie Slobodan Milošević einen Riegel vorzuschieben. Die Nichteinmischung soll der Preis für die Hoheit des internationalen Rechts gewesen sein. Nur: Wenn dessen Einhaltung dieselben Folgen hat wie die Nichteinhaltung, dann wird der Unterschied zwischen Recht und Unrecht aufgehoben. In Srebrenica wurde der Westen gewogen und für zu leicht gefunden.

Die Gefahr der Selbstüberschätzung lag nach dem Ende des West-Ost-Konflikts allerdings auf der Hand. In den Hauptstädten war man von der Senkung

der Verteidigungsausgaben begeistert, die nun ins Soziale fließen durften. An Reformen war nicht zu denken, das alte Modell hatte sich bewährt. Im Ergebnis führte der Sieg im Kalten Krieg auch zur Verstärkung und Ausbreitung der überkommenen Strukturen und Institutionen.

Als die USA ihren Einsatz in Afghanistan und im Irak starteten, kündigte sich bereits das baldige Scheitern eines missionarischen Wertetransfers an. In beiden Ländern existierte aufgrund ihrer religiös geprägten Stammesstrukturen keine Loyalität zu einer zentralen Staatsgewalt oder zu einem formalen Recht. Die von den Amerikanern geleistete Demokratieförderung wurde vom Klientelismus aufgesogen. Der amerikanische Krieg gegen den Islamismus drohte den Westen zu überfordern und seine Feinde zu stärken.

Auch das europäische Modell einer gut gemeinten Begleitung postkommunistischer Transformation stieß bald an seine Grenzen. Das alte Europa gefiel sich in der Rolle einer *soft power*, eines unwiderstehlichen Vorbilds. In der Europäischen Union (EU) war man davon überzeugt, dass sich postkommunistische Gesellschaften quasi gesetzmäßig auf den teleologischen Punkt einer ideal-typischen Demokratie zubewegen – man müsse ihnen lediglich helfen, Demokratie und Zivilgesellschaft zu festigen.

DEMOKRATIEFASSADEN UND AUTORITÄRE WACHSTUMSREZEPTE

Zwanzig Jahre danach ist zu erkennen, dass der Demokratietransfer selbst bei etlichen EU-Mitgliedern ins Stocken gera-

ten ist. Lediglich in den Staaten, die bereits vor 1989 über eine aktive Zivilgesellschaft und über kulturelle Voraussetzungen für eine demokratische Erneuerung – vor allem in Mitteleuropa – verfügten, konnten stabile Demokratien Wurzeln schlagen. Polen aber bedurfte vor dem Hintergrund der *Solidarność* keiner Nachhilfe, ebenso wenig wie Tschechien nach den Erfahrungen des Prager Frühlings.

In den ungefestigten Fassadendemokratien war die erhoffte Transformation schnell an ihre Grenzen gestoßen. Mehr noch, die massive Abwanderung der Besserqualifizierten ließ dort die kritische Masse einer möglichen Zivilgesellschaft dahinschmelzen, während modernisierungsresistente Bevölkerungsgruppen wuchsen.

Die Inklusion wackeliger Nachbarn in die EU fand vor dem Hintergrund des Höhenflugs autoritärer Aufsteiger wie China statt. Die neuen, autoritären Schwellenländer führen einen alternativen Weg zur Modernisierung vor Augen. „Wachstum ohne Demokratie und Fortschritt ohne Freiheit“ scheint wieder möglich, schreibt Michael Ignatieff in der Juli-Ausgabe der *New York Review of Books* und verweist auf die Parallelen in den 1930er-Jahren: Wie damals seien die westlichen Demokratien demoralisiert, die politische Rechte käme wieder als Alternative infrage. Es werde daher schwieriger, die liberale Demokratie, die zu Hause so miserabel funktioniert, als Erfolgsmodell zu verkaufen. Vor diesem Hintergrund gerieten universale Werte, die in der Periode des Kalten Kriegs zum Selbstverständnis und zu Kampfparolen der freien Welt geworden waren, in die Defensive. „Are the Authoritarians Winning?“, fragt Ignatieff.

UNTERSTÜTZUNG DER ANTLIBERALEN INTERNATIONALEN

Die wachsende Kluft zwischen den normativen Ansprüchen des Westens und seinen Gestaltungsmöglichkeiten kann man auch an der Sackgasse der deutschen Russland-Politik studieren. Deutschland hat von der Modernisierungspartnerschaft mit Russland viel erwartet. Doch die Vorstellung von Veteranen der Ostpolitik, dass der erwünschte Wandel durch Annäherung tatsächlich erreicht werden könne, wurde bitter enttäuscht. Je intensiver der Handel, je höher die gegenseitige Abhängigkeit wurde, desto schlechter ist es mit der politischen Modernisierung und dem Wertetransfer nach Russland bestellt. Je enger die gegenseitigen Verflechtungen wurden, desto weiter entfernte sich Russland. Seit Jahren zeichnet sich in Russland eine Entwicklung hin zum Polizeistaat ab. Umgekehrt fing Russland an, als „Beilage“ zu Gasexporten auch seine „alternativen“ Werte zu exportieren. Hier ist kein kausaler Nexus zu erkennen – Handel scheint mit politischem Wandel nicht viel zu tun zu haben. Man kann inzwischen Russlands wachsenden Einfluss in der EU, aber auch in Deutschland feststellen. Westliche Technologien und die Früchte des Handels werden vom „Modernisierungspartner“ für seine geopolitische Revanche im Krieg gegen die Ukraine und zur Schwächung des Westens genutzt. Milliarden von Euro wurden in die Energieabhängigkeit der EU sowie in diverse PR-Agenturen, Medienanstalten und Kulturinstitutionen investiert, die antiwestliche Propaganda nicht ohne Erfolg verbreiten. Moskau unterstützt die antiliberalen

Internationale quer durch die EU. Ein beträchtliches Engagement gilt dabei nicht nur den rechten und linken Parteien in den EU-Ländern, sondern auch den Migranten und Aussiedlern aus der ehemaligen Sowjetunion und den Austauschstudenten der „russischen Welt“, die für die Interessen des Kreml instrumentalisiert werden sollen. Aus ihren Reihen werden Hacker, bezahlte Trolle und Protestler rekrutiert, die Berichterstattung und öffentliche Personen unter Druck zu setzen suchen, um das Russlandbild in Deutschland zu beeinflussen.

ENTGEGENGESETZTER WERTETRANSFER

Bislang ging man davon aus, dass Austauschstudenten das ABC der Demokratie kennenlernen und dieses Wissen in der Heimat geltend machen können. Wenn man während des Ukraine-Konflikts Tausende russische Studenten für den Krim-Anschluss demonstrieren sieht, ist die Frage nach dem Bildungseffekt von Stipendienprogrammen durchaus angebracht. Der Wertetransfer kann sich auch gegen seine ursprüngliche Intention wenden und in entgegengesetzter Richtung stattfinden. Noch vor Kurzem durfte man glauben, dass die Räume für außerhalb von Europa verwurzelte Werte innerhalb der EU hauptsächlich durch islamische Parallelgesellschaften besetzt werden. Die Erfindung und Instrumentalisierung der „russischen Welt“ durch den Kreml trägt nun zur Erweiterung dieser Räume bei. Der Kampf um die Hoheit universaler Werte und schlicht um zivilisatorische Normen findet nicht mehr hinter einem

Eisernen Vorhang, sondern hier und jetzt statt.

Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs schien dem Westen, insbesondere der EU, der Gegner zunächst abhandengekommen zu sein. Es war ein wunderbares Gefühl, Abschied von Konfrontation und Angst nehmen zu dürfen. Die Annexion der Krim, der unerklärte Krieg Russlands gegen die Ukraine und ihre Internationalisierung durch den Abschuss eines zivilen Flugzeuges markieren eine Zäsur im Nachkriegseuropa. Zivilisatorische Normen, wie sie im Westen gelten, sind schwer zu erreichen, aber leicht zu zerstören. Russland leistet jetzt seinen Beitrag zu diesem Zerstörungswerk. Es führt der Welt vor Augen, dass auch *soft power* ohne glaubhafte Druckmittel und die Bereitschaft, Nachteile in Kauf zu nehmen, nicht wirksam werden kann.

Nach der Verständigung zwischen dem Westen und der Sowjetunion, nach der Aufgabe der Konfrontation konnte man sich einen Krieg Russlands gegen einen Nachbarstaat wie die Ukraine kaum vorstellen.

In der Breschnew-Zeit gab „Radio Eriwan“ auf die Frage, ob es bald einen Weltkrieg geben werde, folgende Antwort: „Es wird keinen Weltkrieg geben, aber es wird einen solchen Friedenskampf geben, dass kein Stein auf dem anderen bleiben wird.“ Vermutlich würde die Antwort von „Radio Eriwan“ heute so lauten: „Es wird keinen neuen Kalten Krieg geben, aber es wird einen solchen Frieden geben, dass man sich nach dem guten alten Kalten Krieg noch sehnen könnte.“

DER „GUTE ALTE KALTE KRIEG“

In der Gegenwart, im „Dunkel des gelebten Augenblicks“ (Ernst Bloch), lässt sich die Zukunft nicht erkennen. Mitte der 1980er-Jahre hat niemand vorausgesehen, dass das kommunistische System bald zerfallen würde.



Jenseits von Rapallo

Zur Geschichte des russischen Selbstverständnisses und
seiner Verflechtung mit Deutschland

MANFRED WILKE

Geboren 1941 in Kassel, Soziologe, Zeithistoriker und Publizist, bis 2006 Professor für Soziologie an der Fachhochschule für Wirtschaft Berlin und einer der beiden Leiter des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien Universität Berlin, zu dessen Mitbegründern er zählt.

Für die deutsche Russland- und Europapolitik entstand 2014 in der Ukraine-Krise eine neue Konstellation. Andreas Schockenhoff, außen- und verteidigungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, sieht den Grund dafür in Russlands Vorgehen gegenüber der Ukraine, die seit zwanzig Jahren ein unabhängiger Staat ist; Russland folge „einem anderen Wertekanon, der sich aus-

drücklich von dem des Westens abgrenzen will, dem er sich überlegen fühlt“.¹ Diese Feststellung wirft einige Fragen auf: Wie präsent ist die russische Geschichte im gegenwärtigen politischen Handeln des Präsidenten Putin? Welche Strukturprinzipien bestimmten und bestimmen das russische Staatsverständnis – auch während der sowjetischen Periode? Wie eng ist die deutsche mit der russischen Geschichte im 20. Jahrhundert verknüpft? Außer Zweifel steht, dass Russland auch künftig eine schicksalhafte Rolle für Deutschland spielen wird.

AUTOKRATISCHE UND WANDLUNGSFÄHIGE MACHT

Der russische Staat entstand im 16. Jahrhundert als autokratisches Imperium. Iwan IV. setzte die Selbstherrschaft des Moskauer Zaren durch und begann mit der Expansion seines Herrschaftsbereichs. Seine Nachfolger setzten sie nach Osten in Sibirien fort. Im Westen kämpften sie gegen den Rivalen Polen, im Norden gegen die Schweden und gegen die tatarischen Khanate im Süden. Die Selbstherrschaft, die sich von jeher auf Gewalt stützte, wurde legitimiert durch die russisch-orthodoxe Kirche. Sie verstand sich nach dem Untergang von Konstantinopel als das „Dritte Rom“ und Hüterin des „Russentums“. Ein russisches Selbstverständnis entstand, das sich vor allem von der west- und mitteleuropäischen Kultur abgrenzte. Andererseits brauchten bereits die Zaren zur Modernisierung des riesigen Landes die Kooperation mit dem Westen, gaben dabei jedoch die imperiale Politik der Vergrößerung ihres Reiches nie auf. Die Autokratie ist und war dabei keine statische Herrschaft; so wandelte sich etwa der Regierungsstil der Zaren; es gab Modernisierer, Reformer und Reaktionäre. Das Muster des Stilwandels wiederholte sich in der kommunistischen Periode, Gorbatschow trat als Modernisierer an, der die „Periode der Stagnation“ beenden wollte, in der sich die ökonomisch-technologischen Abstände der sozialistischen Staaten zum Westen dramatisch vergrößert hatten.

KERNLAND DER WELTREVOLUTION

Nach der Oktoberrevolution 1917 wollten die kommunistischen Revolutionäre mit der Kultur und Tradition des alten Russlands radikal brechen. Diese Intention aber beruhte auf einer ideologisch bedingten Selbsttäuschung. In der Praxis der „Diktatur des Proletariats“ setzte ihr „Sowjetstaat“ den Geist und die Politik der Selbstherrschaft, ideologische Dogmatik und imperiale Außenpolitik im neuen, fortschrittlichen Gewand fort. Die Sowjetunion wurde als Kernland einer kommunistischen Weltrevolution konstituiert, die mit dem Kommunismus eine neue Stufe menschlicher Zivilisation herbeiführen sollte. Diese Vision löste eine kommunistische Weltbewegung mit wachsender Anhängerschaft aus. Die weltrevolutionäre Außenpolitik des neuen Staates scheiterte aber bereits in den 1920er-Jahren – der Sowjetstaat blieb isoliert. Nach dem Tod Wladimir I. Lenins setzte sich im innerparteilichen Machtkampf Joseph W. Stalin durch und modifizierte die Vision: Die Politik der Partei sollte sich auf den Aufbau des „Sozialismus in einem Land“ konzentrieren, ohne allerdings das ideologische Endziel aufzugeben. Stalin realisierte seine Selbstherrschaft als Despot – erst in der Partei und dann im Staat.

Anstelle der unterdrückten orthodoxen Kirche etablierten die Kommunisten eine neue „Staatsreligion“: die Dogmatik des Marxismus-Leninismus. Stalin modernisierte die sowjetische Gesellschaft durch den Aufbau der Schwerindustrie sowie die Kollektivierung der Landwirtschaft und vernichtete damit die russische Bauernschaft. Dies diente zugleich dazu, ein Heer von Zwangsarbeitern zu rekrutieren. Propaganda und Terror kennzeichneten Stalins despotische Innenpolitik.

1937 bekannte sich der Revolutionär von gestern intern zum imperialen Erbe der Zaren. Bei aller Kritik, so ließ er seine Genossen wissen, eine große Sache hätten die Zaren vorzuweisen: „Sie haben ein Riesenreich zusammengezimmert.“² Und er fügte hinzu: „Diesen Staat haben wir geerbt und gefestigt.“

Nach dem Sieg über „Hitler-Deutschland“ schob die Sowjetunion ihre Einflussphäre bis in die Mitte Europas vor. Als atomare Weltmacht etablierte sie sich als Gegenspielerin der Vereinigten Staaten von Amerika. Die nach 1945 von ihr geschaffenen Satellitenstaaten in Europa übernahmen ihr politisches System und wurden von nationalen kommunistischen Parteien geführt. Vierzig Jahre lang firmierten sie als sozialistische Staaten, der Westen nannte sie „Ostblock“.

GORBATSCHOWS REFORM FÜHRT ZUR AUFLÖSUNG

1985 wurde Gorbatschow Generalsekretär der KPdSU und begann 1986 mit seiner Reformpolitik. Seine „Perestroika“ („Umgestaltung“) zielte innenpolitisch auf die Reform der Zentralverwaltungswirtschaft. Durch eine Präsidialverfassung sollte das Machtmonopol des kommunistischen Parteiapparates zugunsten der staatlichen Verwaltung verschoben werden. Außenpolitisch verabschiedete er sich mit der Formel des „neuen Denkens“ vom Klassenkampf, der bis zu diesem Zeitpunkt Leitlinie der Wahrnehmung weltpolitischer Probleme gewesen war. Er einigte sich mit dem amerikanischen Präsidenten Reagan 1986 auf die Beendigung des atomaren Wettrüstens. Ebenfalls 1986 gab er den längst zur Fiktion gewordenen Anspruch der KPdSU auf, sie führe noch eine „kommunistische Weltbewegung“.

Den Partei- und Staatschefs der sozialistischen Staaten eröffnete er, dass sie künftig für das Schicksal ihrer Parteien und ihrer Länder selbst verantwortlich seien. Dieser Kurswechsel war der Erkenntnis geschuldet, dass die Sowjetunion und ihre Satellitenstaaten den ökonomisch-technologischen Wettbewerb mit dem Westen verloren hatten. Unausgesprochen war dies zugleich die Aufgabe des militärischen Schutzes der Parteidiktaturen durch sowjetische Truppen in den Satellitenstaaten. Das Risiko dieser Politik war Gorbatschow bereits 1986 bewusst. „Alle sozialistischen Länder sind verwund-

bar – wir können sie alle verlieren. Die DDR [ist] stärker als die anderen, aber einer Vereinigung mit der BRD kann sie nicht widerstehen, d.h. auf Kosten des Sozialismus.“³ 1989 verlor Moskau tatsächlich seine ostmitteleuropäischen Satellitenstaaten.

Gorbatschows Berater notierte am 10. November 1989 in sein Tagebuch: „Die Berliner Mauer ist gefallen. Eine ganze Epoche in der Geschichte des ‚sozialistischen Systems‘ ist zu Ende gegangen. [...] Die Berliner Mauer – das ist die Hauptsache. Denn hier geht es schon nicht mehr um den ‚Sozialismus‘, sondern um eine Veränderung des Kräfteverhältnisses in der Welt; hier ist das Ende von ‚Jalta‘, das Finale für das Stalinsche Erbe und für die Zerschlagung von Hitler-Deutschland [im großen Krieg]. Das ist, was Gorbatschow ‚angerichtet‘ hat. Er hat sich wahrhaft als groß erwiesen, weil er den Gang der Geschichte gespürt und ihr geholfen hat, einen ‚natürlichen Gang‘ zu nehmen.“⁴

In der Sowjetunion selbst sollte die Politik des Meinungspluralismus und der Reformen in den Jahren 1988 bis 1990 zu unbeabsichtigten ethnischen Konflikten im Vielvölkerstaat führen. Kommunistische Parteifunktionäre in den asiatischen, kaukasischen und baltischen Republiken entpuppten sich als „Nationalisten“, die für die Unabhängigkeit ihrer Republiken von der Moskauer Zentralmacht kämpften und sie durchsetzten.

Das Fazit: Gorbatschow wollte den Sozialismus in der Sowjetunion reformieren, aber im Ergebnis war seine Regierungszeit der Übergang zum Ende der kommunistischen Periode in der russischen Geschichte. Die Sowjetunion mit ihrem ideologisch begründeten Anspruch, eine kommunistische Weltzivilisation zu schaffen, wurde 1991 aufgelöst und die Kommunistische Partei der Sowjetunion in Russland verboten.

POSTSOWJETISCHE PRÄSIDENTIALVERFASSUNG

In der Folge entstand der russische Staat 1991 in seinem Kernland neu. Die Präsidentialverfassung von 1993 orientierte sich am französischen Vorbild. „Allerdings wurde dem Amt des russischen Präsidenten eine noch stärkere Machtfülle zugewiesen.“⁵ Dem Präsidenten wird die Befugnis eingeräumt, die Hauptlinien der Außen- und Innenpolitik festzulegen. Der russische Staat verlor aber die Gebiete nicht-russischer Ethnien, die das Zarenreich im Unterschied zu den westlichen Kolonialmächten in sein Staatsgebiet integriert hatte. Die baltischen Republiken, Weißrussland, Georgien, Aserbaidschan, Armenien, die asiatischen Sowjetrepubliken und auch die Ukraine mit ihrer Hauptstadt Kiew, dem historischen Ausgangspunkt russischer Staatlichkeit, wurden souveräne Staaten. Der Ausspruch des Präsidenten Wladimir Putin, das Ende der Sowjetunion sei eine der größten geopolitischen Katastrophen

des 20. Jahrhunderts, fasst aus der Sicht traditioneller russischer Staatsraison das Ergebnis der kommunistischen Periode der russischen Geschichte zusammen: Die imperiale Herrschaft ging ebenso verloren wie das weit über Russland ausgedehnte Imperium.

VERFLOCHTENE DEUTSCH-RUSSISCHE GESCHICHTE

Mindestens seit dem 18. Jahrhundert sind die Politik und die Geschichte Deutschlands beziehungsweise Preußens und Russlands unauflösbar miteinander verbunden. Die Rettung Friedrichs des Großen im Siebenjährigen Krieg und der gemeinsame Sieg über Napoleon gehören zu ihren Meilensteinen. An den Zäsuren des 20. Jahrhunderts wird die Verflechtung exemplarisch deutlich. An sie muss erinnert werden, wenn 2014 über eine Neubestimmung deutscher Russland- und Osteuropapolitik diskutiert wird.

- 1917 siegte die bolschewistische Revolution mit Unterstützung der kaiserlichen Regierung und des Generalstabs. Dieses „unnatürliche“ Bündnis zwischen russischen Revolutionären und „preußischen Bajaneten“ war dem Ersten Weltkrieg geschuldet. Lenin und die Bolschewiki wollten den Zaren stürzen und den Krieg mit den Mittelmächten beenden. Die deutsche Regierung ermöglichte es Lenin, aus dem Schweizer Exil nach Russland zurückzukehren und die bolschewistische Revolution zum Sieg zu führen. Russland schied aus dem Krieg aus; damit war der Zweifrontenkrieg für das Deutsche Reich beendet. Die westlichen Teile des Zarenreiches – Polen, das Baltikum und die Ukraine – wurden unabhängige Staaten. Deutschland verlor den Krieg, und im russischen Bürgerkrieg siegten die Kommunisten; sie konnten die Sezession der Ukraine revidieren.
- 1922 war die Weimarer Republik der erste Staat, der Sowjetrussland anerkannte. Beide Staaten vereinbarten in Rapallo ihre Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem und – geheim – auf militärischem Gebiet.
- 1939 kam es am Vorabend des Zweiten Weltkriegs zu dem „unnatürlichen“ Bündnis der beiden Diktatoren. Stalin konnte die Gebietsverluste des Zarenreiches nach dem für Russland verlorenen Ersten Weltkrieg durch das geheime Zusatzabkommen mit Hitler revidieren. Die beiden Diktatoren vereinbarten Einflussphären in Osteuropa und die Teilung des zerschlagenen polnischen Staates. Stalin konnte die baltischen Staaten 1940 zum Eintritt in die Sowjetunion zwingen.
- 1941 unterbrach das Deutsche Reich mit seinem Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion diese kurzzeitige imperiale Neuordnung Osteuropas. Der Krieg endete mit einer vollständigen Niederlage Deutschlands. Die Soldatenfriedhöfe sowie die Gefangenen- und Konzentrationslager beider Diktaturen vereinten im Tode Russen und Deutsche. Sie sind

stumme Zeugen für das Leid vieler Menschen, die den Kriegen und den Diktatoren in beiden Ländern zum Opfer fielen. Die Sowjetunion bezahlte ihren Sieg mit unglaublichen Verlusten, stieg aber neben den Vereinigten Staaten zur atomaren Weltmacht auf.

- Die 1945 auf den Konferenzen der Alliierten Siegermächte in Jalta und Potsdam de facto festgelegten Grenzen der neuen Einflussphären im Nachkriegs-Europa verliefen – gegenüber 1939 um rund 1.000 Kilometer nach Westen verschoben – durch das geteilte Deutschland. Mit der DDR schuf die Sowjetunion einen deutschen Vasallenstaat.
- 44 Jahre später, 1989/90, war es die von Gorbatschow geführte Sowjetunion, die den Sturz der SED-Diktatur zuließ und die schließlich die Wiedervereinigung Deutschlands durch den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik völkerrechtlich anerkannte.

In dem glücklichen Ende des Kalten Krieges und der gewonnenen deutschen Einheit meinte die deutsche Politik den Beginn eines dauerhaften neuen Kapitels gedeihlicher Kooperation zwischen Russland und Deutschland zu erkennen.

KOLONIALE KONZEPTE ÜBERWINDEN

2014: Die „Annexion der Krim durch Russland und die russischen militärischen Drohungen und Aktivitäten gegen die Ukraine und unsere östlichen Partner haben zur schwersten Krise in Europa seit Ende des Kalten Krieges geführt. Europa ist unsicherer geworden“⁶, so Schockenhoff. Die Bundesrepublik Deutschland als Mitglied der EU und der NATO kann und sollte keine außenpolitischen Alleingänge gegenüber Russland unternehmen. Schockenhoff fordert daher eine „Neubestimmung der EU- und NATO-Politik“ gegenüber Russland. Er sieht derzeit kein russisches Interesse „an einer echten Zusammenarbeit in Europa“. Sollte sich aber Russland doch für eine Zusammenarbeit entscheiden, muss zunächst eine „neue Vertrauensgrundlage“ zwischen beiden Seiten geschaffen werden. Was dazu notwendig ist, beantwortet er prinzipiell: „Ein Klima des Vertrauens entsteht nur, wenn Russland ein neues gleichberechtigtes Verhältnis zu seinen Nachbarn entwickelt. Die kolonialen Konzepte, eingeschränkte Souveränität und Revisionstendenzen sind damit unvereinbar. Die Prinzipien von Souveränität, territorialer Integrität und Gleichberechtigung sind unverzichtbar.“⁷ Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion geht davon aus, dass die russische Politik, „wie schon in der Vergangenheit“, versuchen wird, die westlichen Staaten gegeneinander auszuspielen. Die Geschlossenheit von EU und NATO ist somit für ihn eine unerlässliche Grundlage für eine westliche Russland-Politik.

Die Bedeutung des Positionspapiers von Andreas Schockenhoff besteht in der nüchternen Analyse der neu entstandenen Konstellation in den Beziehungen zu Russland, um die deutsche Politik auf eine neue Phase der Spannungen in unseren Beziehungen zu Russland einzustimmen.

¹ Schockenhoff, Andreas/Wellmann, Karl-Georg: Für eine Neubestimmung der Beziehungen zu Russland. Positionspapier, Berlin, 01.07.2014, S. 1, siehe http://schockenhoff.de/download/140701_Russland_Papier.pdf.

² Georgi Dimitroff: Tagebucheintragung 07.11.1937, in: Bernhard H. Bayerlein (Hrsg.): Tagebücher 1933–1943, Berlin 2000, S. 162.

³ Diskussion Gorbatschows mit Beratern am 29. September 1986 über außenpolitische Aufgaben, in: Aleksandr Galkin/Anatolij Tschernjajew (Hrsg.): Michail Gorbatschow und die deutsche Frage, München 2011, S. 17.

⁴ Auszug aus dem Tagebuch Tschernjajew vom 10. November 1989, in: Michail Gorbatschow und die deutsche Frage, ebenda, S. 228.

⁵ Margareta Mommsen: „Das politische System unter Jelzin – ein Mix aus Demokratie, Oligarchie, Autokratie und Anarchie“, in: Heiko Pleines/Hans-Henning Schröder (Hrsg.): Länderbericht Russland, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn o. J., S. 57.

⁶ Schockenhoff, Andreas/Wellmann, Karl-Georg: Für eine Neubestimmung der Beziehungen zu Russland. Positionspapier, Berlin, 01.07.2014, S. 1, siehe http://schockenhoff.de/download/140701_Russland_Papier.pdf.

⁷ Ebenda, S. 3.

Was war der Kalte Krieg?

—
Eine Rückschau

HANNS JÜRGEN KÜSTERS

Geboren 1952 in Krefeld, seit 2009 Leiter der Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste/Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung, Dr. rer. pol., apl. Professor an der Universität Bonn.

Ein Vierteljahrhundert nach dem Mauerfall, der Wiederherstellung der deutschen Einheit und dem Zusammenbruch der Sowjetunion flammen alte Rivalitäten wieder auf. Wird der Kalte Krieg fortgesetzt? Das fragen sich viele mit Blick auf die Krise in der Ukraine. Krieg werde es auf dem europäischen Kontinent nie mehr geben, glaubten die Staatenlenker 1990

und wurden wenig später auf dem Balkan eines Besseren belehrt. Europa sollte endlich zu dem Zustand zurückkehren, den es vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs erlebte: Freizügigkeit im Handel, kulturelle Vielfalt, ausbalancierte Interessen. Dennoch taumelten Machthaber und Regierende 1914 in den Ersten Weltkrieg. Hitler zettelte 1939 einen weiteren Weltkrieg mit katastrophalen Folgen an: Europa und Deutschland waren am Ende geteilt. Weil Misstrauen unter den Siegermächten herrschte, folgte dem heißen ein Kalter Krieg.

Bundeskanzler wie Konrad Adenauer und Helmut Kohl haben den Kalten Krieg stets als ideologische Auseinandersetzung um Freiheit, Frieden und Sicherheit vor kommunistischer Gewaltherrschaft gesehen. Der Begriff tauchte nach Ende des Zweiten Weltkriegs in der breiten Öffentlichkeit auf. Doch schon im 14. Jahrhundert bezeichneten der spanische Adelige Don Juan Manuel und 1893 der Sozialist Eduard Bernstein den Rüstungswettlauf zwischen verfeindeten Staaten, während ihre Waffen ruhen, als kalten Kriegszustand. Unter dem Eindruck der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki 1945 prophezeite George Orwell mit Blick auf die Thesen von James Burnham, einem trotzkistischen Kritiker der amerikanischen Gesellschaft, der später zum Vorkämpfer der konservativen Bewegung wurde, der Nachkriegsepoche Schreckliches: Zunehmende Technisierung und Verwissenschaftlichung werde eine neue Gesellschaftsform schaffen, in der eine Managerelite die Herrschaft ausübt. Orwell folgerte, wenn diese technokratische Elite, die auf ihre Art die Welt, den Glauben und die gesellschaftlichen Strukturen sieht, in einem Staat vorherrsche, der militärisch nicht bezwingbar sei, dann lebe dieser Staat in einem ständigen „Kalten Krieg“ mit seinen Nachbarn. Orwell erkannte die sich abzeichnende ideologische Konfrontation zwischen den kommunistisch denkenden, jedoch technokratisch agierenden Eliten und der westlichen Welt sowie die ambivalente Wirkung der Atombombe: Werde deren Herstellung erst einmal so billig wie die eines Fahrrades oder eines Weckers, bedeute dies einen Rückfall in die Barbarei, das Ende der nationalen Souveränität und einen hochzentralisierten Polizeistaat. Bleibe die Produktion kostspielig und so kompliziert wie der Bau eines Kriegsschiffes, könne sie zwar dazu beitragen, umfassende Kriege, die sich auf unbestimmte Zeit hinziehen, zu vermeiden, allerdings zum Preis eines „Friedens, der kein Frieden“ sei.

GLOBALER IDEOLOGISCHER KAMPF

Als der britische Oppositionsführer Winston Churchill im März 1946 von einem „Eisernen Vorhang“ sprach, der Europa teile, beschrieb er die neue Realität. Überall in Osteuropa saßen mit Unterstützung der Roten Armee kommunistische Parteiführer an den Hebeln der Macht. Auch in Italien und Frankreich bestimmten sie die Politik mit. Sowjetischer Ideologieexport nach Westen, hohe konventionelle Rüstung, Uneinigkeit der vier alliierten Siegermächte über die politische und wirtschaftliche Zukunft Deutschlands und immense Reparationsforderungen Stalins, denen die Westmächte vorrangig den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft entgegensetzten, heizten die Spannungen weiter an. Bernhard Baruch, Finanzberater des damaligen US-Präsidenten Truman, brachte es im April 1947 auf den Punkt: „Wir sind heute inmitten des Kalten Krieges.“ Für ihn war der Kalte Krieg ein globaler ideologischer Kampf zwischen der Idee der westlich-freiheitlichen Demokratien,

allen voran den Vereinigten Staaten, und der kommunistischen Ideologie und Diktatur in der Sowjetunion. Die Mischung aus traditionalistischem russischen Expansionismus und der marxistisch-leninistischen Staatsdoktrin machte die Sowjetunion zur aggressiven Macht. Sie unterdrückte Osteuropa, wollte Westeuropa unterwandern und übte Dominanz über postkoloniale Staaten in Afrika und Asien mittels Ideologietransfer und Wirtschaftshilfe aus.

WURZEL ALLEN ÜBELS?

Die Atombombe gab der Truman-Administration eine „Siegerwaffe“ an die Hand, produzierte das Überlegenheitsgefühl, zur physischen Vernichtung des Gegners in der Lage zu sein. Sie konnte eine doppelte Containment-Politik betreiben: gegenüber einer erneuten Aggression Deutschlands und der Sowjetunion, die mit der Berlin-Blockade 1948 den Kalten Krieg weiter anstachelte. Die Schreckensbilder der amerikanisch-sowjetischen Konfrontation im Korea-Krieg 1950 vor Augen, vertrauten die Menschen in Westeuropa auf die Verteidigungskraft der USA, die 1949 gegründete NATO und ihrer Bereitschaft, die Freiheit der westlichen Demokratien zu schützen. In Westdeutschland sicherte die Westintegrationspolitik die errungene Freiheit, allerdings zum Preis der vorläufigen Fortdauer der deutschen Teilung. Zwar ließ sich damit der Mauerbau 1961 nicht verhindern, doch die Ausbreitung des Sozialismus durch Chruschtschow und die SED in Schach halten. Die an der Mauer Getöteten zahlten im Kalten Krieg für ihren Freiheitsdrang den höchsten Preis.

Nach Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO und der DDR in den neu gegründeten Warschauer Pakt 1955 verlagerte sich der Kalte Krieg nach Südostasien. Als die Sowjets 1957 ihre Fähigkeit zum Bau von Interkontinentalraketen unter Beweis stellten (Sputnik-Schock) und so eine Pattsituation mit den Vereinigten Staaten erreicht hatten, traute sich selbst in der Krise um Berlin ab 1958 und um Kuba 1962 trotz immenser Aufrüstungen niemand, einen Krieg mit Atomwaffen auszulösen. Die beiden Supermächte führten nun in Vietnam, Laos und Kambodscha Stellvertreterkriege und standen bald auch Staaten in Mittel- und Südamerika sowie im südlichen Afrika mit ihrer Militärhilfe zur Seite.

Manche Beobachter verstanden den Kalten Krieg als Nullsummenspiel, bei dem es weder Sieger noch Besiegte gab, sondern nur Gewinner, weil ein Kriegausbruch vermieden wurde. Im Unterschied zur Appeasement-Politik, die Hitler 1938 zusätzlich noch zum Beginn des Zweiten Weltkrieges anmierte, führte die Resistenzbereitschaft der Westmächte gegenüber der Sowjetunion jedoch ab Mitte der 1960er-Jahre zur Entspannungspolitik. Welchen Part die Vereinigten Staaten in der Nachkriegsordnung Europas spielen soll-

ten, blieb lange offen. In der KSZE-Schlussakte 1975 gelang es, Prinzipien und Regeln im Umgang zwischen Ost und West zu kodifizieren.

Erst nach dem NATO-Doppelbeschluss, über den Helmut Schmidt stürzte, bevor ihn Helmut Kohl von 1982 an als Bundeskanzler maßgeblich mit durchsetzte, und nach dem Abbau der ideologischen Konfrontation durch Gorbatschows Politik von Glasnost und Perestroika kam die atomare Abrüstung mit dem INF-Abkommen 1987 und Fortschritten bei den START-Verhandlungen 1988 in Gang. Nuklearwaffen verschafften im Kalten Krieg somit Zeitgewinn, autoritäre Systeme mit friedlichen Mitteln zu bekämpfen. Durch die Einbettung des wiedervereinigten Deutschland in die NATO im Zwei-plus-Vier-Vertrag 1990 wurde die Rolle der USA als Garantmacht in Europa bestätigt.

ERFOLGREICHE EMBARGO-POLITIK DES WESTENS

Kritiker der Politik Washingtons erblickten den Ursprung des Kalten Krieges im drohenden Kollaps der amerikanischen Wirtschaft in den 1930er-Jahren. Dadurch wachgerüttelt, sei die politische und wirtschaftliche Elite zu der Überzeugung gelangt, das eigene System sei allein in einem von den Vereinigten Staaten dominierten kapitalistischen Weltwirtschaftssystem, geschützt vom amerikanischen Militär, überlebensfähig. In Wirklichkeit sei die Sowjetunion als Gefahr für den Westen wirtschaftlich und militärisch irrelevant gewesen. Man habe sie isoliert, ihre existenziellen Bedrohungsängste aufgrund des wirtschaftlichen Expansionismus der westlichen Wirtschaftsführer unterschätzt und kein Verständnis dafür gezeigt, dass die Sowjets darauf mit militärischer Aufrüstung reagierten. Letzten Endes hätten amerikanische Kapitalisten die ökonomisch durch zwei Weltkriege geschwächte Sowjetunion niederringen und die westeuropäischen Staaten ausbeuten wollen. Ziel sei ein geostrategisches Machtübergewicht in der Nachkriegswelt gewesen. Deshalb sei die Regierung Truman nicht bereit gewesen, die Sowjetunion über massive Finanzhilfen zu stabilisieren.

Oft wird heute übersehen, dass die amerikanische Marshallplan-Hilfe 1947 eine Kehrseite hatte: nämlich die systematische Embargo-Politik gegenüber den osteuropäischen Staaten. Sie sollte destabilisierend wirken und allmählich die politische Hinwendung der Menschen dort zu den westlichen Demokratien einleiten. Über vierzig Jahre lang blieb der Osten Europas vom technologischen Fortschritt des Westens ausgeschlossen. Neben der Politik der Stärke und der Eindämmung ging es den Westmächten um die kalkulierte ökonomische Destabilisierung. Gleichzeitig wurde durch Integration und wirtschaftliche Stabilisierung Westeuropa gegen kommunistische Einflüsse immunisiert und eine gemeinsame Front aufgebaut.

WIE DER KALTE KRIEG DAS ALLTAGSLEBEN VERÄNDERTE

Der Kalte Krieg war nicht nur ein politisch-diplomatischer Konflikt rivalisierender Großmächte und Ideologien, er drang auch in alle Bereiche der westlichen Zivilgesellschaft ein und war höchst umstritten. Realistisch denkende Wissenschaftler, Mediziner und Philosophen sahen im Falle eines mit Atomwaffen geführten Krieges für die Menschen kaum Überlebenschancen und hielten daher deren Einsatz ethisch nicht für vertretbar. Das große Engagement der britischen Bevölkerung beim Zivilschutz während des Zweiten Weltkriegs sank in den 1950er-Jahren angesichts wachsender Zweifel, bei einem Atomkrieg Leben retten zu können. In der Schweiz lancierte die Regierung als Reaktion auf die Freiheitskämpfe in Polen und Ungarn 1956 eine Propagandakampagne für Notvorräte, die zeitweise zu Hamsterkäufen als Vorbereitung für einen bevorstehenden Krieg führte. Bis in die Klassenzimmer hielten Auswirkungen des Kalten Krieges Einzug, dafür lassen sich in Lehrplänen vielfältige Belege finden: Wissenschaftliche, rationale und technologische Unterrichtsinhalte in Physik, Chemie und Biologie sowie die neue Mathematik, die von den Vereinigten Staaten nach Europa überschwappten, waren Ergebnisse des engen Zusammenwirkens kriegswichtiger Disziplinen. In Zeiten der Entspannungspolitik und der Rüstungskontrollverhandlungen richtete sich der Anti-Atom-Protest der Friedensbewegung, die in weiten Teilen der protestantischen Kirche Unterstützung fand, nicht nur gegen die Rüstungsspirale, sondern zugleich gegen die zivile Kernkraftnutzung. Demgegenüber rechtfertigten konservative katholische Moraltheologen die Drohung des Atomwaffeneinsatzes als Mittel zur Selbstverteidigung, weil sie den religionsfeindlichen Kommunisten nicht trauten.

Ausschlaggebende Faktoren, die zum Ende der Auseinandersetzung beitrugen, waren die mangelnde Konkurrenzfähigkeit der Sowjetunion und die Unfähigkeit, im militärischen Rüstungswettlauf gegenüber den Vereinigten Staaten mithalten zu können. Militärische Gleichstellung zu der von US-Präsident Ronald Reagan initiierten Strategischen Verteidigungsinitiative (SDI-Programm) wäre für die Sowjetunion nur zu extrem hohen Kosten möglich gewesen, die wirtschaftlich nicht mehr zu verkraften waren. Letztlich war es Reagan, der dem sowjetischen Reich den Todesstoß versetzte. Weil er die Sowjetunion als totalitären Staat ansah, getrieben von militanter Ideologie und instinktiv expansionistisch, war er entschlossen, sie durch hartes Entgegentreten in die Schranken zu verweisen. Die Vertreter der harten Linie fühlten sich in ihrer Strategie bestätigt. Mit der Containment-Politik, begleitet vom technologischen Wettrüsten, von der wirtschaftlichen Verweigerungshaltung und der psychologischen Kriegsführung, wurde die kommunistische

Expansion niedergerungen. Reagans Konzept basierte auf der Überzeugung, die Sowjetunion sei nicht stark, sondern schwach, weil sie ihre Macht nur mit Polizeiterror aufrechterhalten könne. Die Strategie zielte auf die Aushöhlung der Sowjetunion durch Krisen mit allen verfügbaren Mitteln, um Moskau zu Reformen zu bewegen.

Michail Gorbatschow seinerseits war keine revolutionäre Figur, sondern ein Realist, der sich dem Unvermeidbaren beugte und Konzessionsbereitschaft zeigte. Dabei spielten die innersowjetischen Entwicklungen eine maßgebliche Rolle: Das Modell der sozialistischen Planwirtschaft war gescheitert. Der wirtschaftliche Niedergang, die Unfähigkeit zur Wirtschafts-sanierung und die Finanzierung der enormen Rüstungsausgaben zulasten der Konsumgüterindustrie ließen es nicht länger zu, den Anschein einer Supermacht aufrechtzuerhalten. Gegenüber der wirtschaftlich-technologischen Dominanz amerikanischer Nuklearrüstung war die Sowjetunion nicht mehr wettbewerbsfähig und litt an imperialer Überdehnung. Dauernde wirtschaftliche Subventionen und militärische Interventionen machten die Kosten für die Sicherung des sowjetischen Herrschaftsbereichs unerträglich. Jede Reformbestrebung konnte nur ein Schritt in Richtung Liberalisierung sein, der eine Öffnung der Grenzen implizierte. Nicht wenige Stimmen bescheinigen den Deutschen, im Kontext dieser Entwicklung die eigentlichen Gewinner des Kalten Krieges zu sein. Sie hätten es trotz und nicht wegen des Konflikts geschafft, die Einheit Deutschlands herzustellen.

DIE KLUFF BLIEB OFFEN

In Anbetracht von Stalins Autoritarismus sowie der politischen und ökonomischen Überlegenheit der freiheitlich-parlamentarischen Demokratien gegenüber marxistisch-leninistisch geprägten Diktaturen unter Führung Moskaus war der Kalte Krieg unvermeidbar. Zwar ist die ideologische Kluft zwischen Ost und West in der Folgezeit kleiner geworden. Skeptische Betrachter weisen aber zu Recht darauf hin, dass andere Konfliktpunkte des Kalten Krieges keineswegs ausgeräumt wurden: die Auseinandersetzung über die Rolle der Vereinigten Staaten auf dem europäischen Kontinent, der Streit der Welthandelszentren mit den an der Peripherie liegenden Staaten um Märkte und Ressourcen sowie die unterschiedlichen Bemühungen der Industrieländer, mit der Globalisierung umzugehen. Heute wissen wir: Wettüsten war nicht die Ursache für den Kalten Krieg, sondern das Ergebnis von ideologischen und politischen Differenzen. Doch mit Rüstungsabkommen disziplinierten sich Washington und Moskau letztlich selbst.

Seitenblick Wahlrecht

Stabilitätsanker lichten?

—
Warum die Diskussion um den Wegfall
der Fünf-Prozent-Hürde gefährlich ist

PETER HINTZE

Geboren 1950 in Bad Honnef, Parlamentarischer Staatssekretär a. D., Vorsitzender der Landesgruppe NRW der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Vizepräsident des Deutschen Bundestages.

Seit der vergangenen Europawahl am 25. Mai 2014 hat sich die Anzahl der von den deutschen Wählern in das Europäische Parlament (EP) gewählten Parteien mehr als verdoppelt. Statt sechs teilen sich nunmehr vierzehn Parteien die 96 deut-

schen Sitze, darunter die rechtspopulistische AfD, die rechtsradikale NPD sowie die Politik gewordene Satire Die Partei. Bis auf die AfD sind sämtliche neuen Parteien mit nur jeweils einem einzigen Sitz vertreten. Der Einzug von Radikalen, Populisten und Satirikern gibt einen bitteren Eindruck von den Folgen, die ein Wegfall der Fünf-Prozent-Hürde im Bundestag und in den Landtagen hätte. Die Zersplitterung der deutschen Parteienlandschaft im EP verdankt sich einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG), das die Abschaffung jeglicher Hürden im Kern ausgerechnet auf die Diagnose eines

Demokratiedefizits in der Europäischen Union stützt. Dass diese Art demokratietheoretischer Paradoxie auch innerhalb des BVerfG auf Widerspruch stößt, sehen wir insbesondere am Sondervotum des Richters Peter Müller, der sich – wie bereits das Sondervotum der Richter Udo di Fabio und Rudolf Mellinghoff in der vorangegangenen Entscheidung des BVerfG zur Fünf-Prozent-Klausel – dieser Logik konsequent verweigerte und sie mit guten rechtlichen Gründen verwarf.

Auf der formaljuristischen Begründungsoberfläche geht es um die Frage, inwieweit die gesetzgeberische Prävention von Funktionsstörungen des Europäischen Parlaments in die demokratischen Rechte der Bürger eingreifen darf. Andersherum gesprochen: Es stellt sich die Frage, wie weit eine verfassungsgerichtliche Kontrolle des gesetzgeberischen Ermessensspielraums in dieser Hinsicht überhaupt gehen darf. Der Subtext des innerhalb des BVerfG ausgetragenen Streits ist indes ein eminent politischer. Es geht um die Machtbalance zwischen den Verfassungsorganen Bundestag und BVerfG sowie darum, wem in einer Demokratie die Letztverantwortung für elementare Fragen der Ausgestaltung der politischen Willensbildung zukommt. Den Hintergrund dieses Konflikts bilden die im Zuge fortschreitender europäischer Integration zunehmende Relativierung nationaler Verfassungsgerichte sowie die wachsenden Bereitschaft des BVerfG, in Entscheidungen des parlamentarischen Gesetzgebers einzugreifen.

ZENTRALE SCHUTZFUNKTION

Statt sich auf einen schwierigen Wertungsstreit darüber einzulassen, welches Ausmaß an Zersplitterung im Hinblick auf Mehrheitsfindungsprozesse im EP erlaubt erscheint, messen die Sondervoten der Zugangsbeschränkung eine grundlegende Präventivfunktion zu, die besonders dann greift, wenn eine künftige Funktionsbeeinträchtigung des Parlaments nicht nur theoretisch zu besorgen, sondern im Rahmen des durchaus Möglichen ist. Selbst wenn es zwischen EP und Deutschem Bundestag Unterschiede in Aufgaben und Funktion gebe, müsse der Gesetzgeber doch über einen Gestaltungsspielraum verfügen, um einer weitergehenden Zersplitterung des EP und einer damit einhergehenden Beeinträchtigung seiner Legislativ- und Kontrollfunktionen vorzubeugen.

Es geht also um das Was-wäre-wenn. Was wäre, wenn sich das politische Spektrum im Europäischen Parlament immer weiter auffächerte? Wie ist es um eine funktionierende parlamentarische Kontrolle exekutiver Entscheidungen in der EU bestellt, wenn die parlamentarische Willensbildung immer schwieriger wird? Angesichts der bereits vorhandenen demokratischen Defizite muss eine Ausgestaltung des Wahlrechts, die der institutionellen Schwä-

chung der EU Tür und Tor öffnete, der gewünschten, soliden demokratischen Legitimation europäischer Entscheidungen abträglich sein. Dies bedeutet im Kern: Bestehende funktionale Mängel rechtfertigen keineswegs das Verbot der Sperrklausel, sondern erhöhen im Gegenteil deren Legitimation. Der Zugangsbeschränkung zum EP kam eine zentrale Schutzfunktion für die parlamentarische Demokratie zu. Dieses Argument sollte unter europa- und verfassungsrechtlichen sowie unter demokratietheoretischen Gesichtspunkten richtungsweisend sein. Die Präventionswirkung einer Sperrklausel ist ein wichtiger Maßstab auch hinsichtlich der immer wieder aufflackernden Diskussion über eine mögliche Abschaffung für die deutschen Parlamente.

Bislang hat das BVerfG die Fünf-Prozent-Hürde in diesem Zusammenhang für verfassungsgemäß erklärt. Der Ruf nach deren Abschaffung wird mit dem Wunsch nach mehr direkter Demokratie und mehr politischer Partizipation begründet. Fraglich ist jedoch, ob allein die Anzahl der im Parlament vertretenen Parteien ein hinreichender Maßstab für die Verfasstheit unserer Demokratie sein kann. Geht es umso demokratischer in Deutschland zu, je größer die Chance ist, ins Parlament gewählt zu werden? Eine Frage, die insbesondere hinsichtlich solcher Parteien, die aufgrund ihrer programmatischen Verengung ausschließlich Partikularinteressen formulieren oder gar eine politisch radikale Minderheit repräsentieren, mit einem klaren Nein zu beantworten ist.

WÄHLERWILLEN ZEITNAH UMSETZEN

Das Grundgesetz zeichnet das Bild einer repräsentativen Demokratie, die ganz maßgeblich von der Funktionsfähigkeit des Parlaments lebt. Eine der großen Stärken des politischen Systems der Bundesrepublik liegt darin, dass in den grundlegenden Fragen in aller Regel ausreichende parlamentarische Mehrheiten zur Verfügung stehen. Auf diese Weise gelingt es der Politik, einem wechselnden Wählervotum zugunsten einer bestimmten inhaltlichen Ausrichtung in angemessener Zeit Rechnung zu tragen. Dieser Umstand resultiert auch daraus, dass die großen politischen Kräfte – die christlich demokratisch orientierte bürgerliche Mitte einerseits und die Sozialdemokratie andererseits – stets das Fundament stabiler Mehrheiten im Bundestag waren und sind. Vieles spricht dafür, dass der nach wie vor große Zuspruch, den die Volksparteien bei den Wählern genießen, ihrer Integrationsfähigkeit geschuldet ist; sie bringen Interessen zum Ausgleich. Diese Fähigkeit korrespondiert mit dem seit Bestehen des Grundgesetzes weitverbreiteten Wunsch der Deutschen nach Konsens, Ausgleich und Stabilität. Gerade in den vergangenen Jahren ist es gelungen, bei existenziellen Fragen – sowohl Deutschland als auch Europa betreffend – schnell breite politische Mehrheiten im Parla-

ment zu finden. Der Ruf nach mehr Parteien im Parlament unterliegt dabei dem fundamentalen Irrtum, dass es demokratischer zugeht, wenn die Vielzahl spezifischer Interessen durch eine entsprechende Anzahl von Interessenparteien parlamentarisch repräsentiert wird. Das Schicksal der Piraten-Partei lehrt eine gesunde Skepsis gegenüber einem rein quantitativ-summarischen Verständnis demokratischer Repräsentation. Das Credo „Je mehr Menschen permanent in den Entscheidungsprozess unmittelbar eingebunden sind, desto demokratischer fällt die Entscheidungsfindung aus“ hat sich hier in der Praxis als Instrument der Selbstblockade und Bühne für Profilneurotiker erwiesen.

Entgegen einer weit verbreiteten Intuition ist das Vertrauen der Bevölkerung in die politischen Institutionen in den vergangenen Jahren nicht etwa gesunken, sondern evident gestiegen. Während vor zehn Jahren nur 27 Prozent dem Bundestag uneingeschränkt vertrauten, waren es Anfang dieses Jahres 49 Prozent (Forsa-Untersuchungen im Auftrag des Magazins *stern*). Dieses Vertrauen würde rasch wieder schwinden, wenn künftig die Chance auf stabile parlamentarische Mehrheiten im Streit zwischen erratisch agierenden, um Profil ringenden Minderheiten und Radikalen zerrieben würde und wenn die Bildung von Regierungskoalitionen nicht mehr sechs Wochen dauern, sondern in Ermangelung ausreichender inhaltlicher Schnittmengen womöglich ganz unmöglich oder eine Große Koalition zwecks Einhegung populistischer oder radikaler Minderheiten zur Dauereinrichtung würde.

GEFAHR DER FRAGMENTIERUNG UND RADIKALISIERUNG

Mit der Abschaffung der Sperrklausel würde populistischen und radikalen Minderheiten eine ideale Bühne geboten, auf der sie sich öffentlichkeitswirksam profilieren und dadurch ihre Chance auf eine langfristige parlamentarische Repräsentanz erhöhen könnten. Wo die politischen Ränder in den Parlamenten vertreten sind, binden sie automatisch Zeit und Aufmerksamkeit – im parlamentarischen Betrieb wie auch im Scheinwerferlicht der Öffentlichkeit. Dann stünde nicht das an der Sache orientierte Für und Wider, sondern die um ihrer selbst willen herbeigeführte Provokation im Vordergrund. Es darf zudem nicht übersehen werden, dass bei einem Fortfall der Sperrklausel die zunehmende Volatilität des Wählervotums die Gefahr einer Fragmentierung und Radikalisierung des Parlaments strukturell erhöhen würde. Deshalb erweist sich die Sperrklausel als ein veritabler Stabilitätsanker für unsere Demokratie – auch im Hinblick auf das notwendige Maß an Zustimmungsfähigkeit durch die Bevölkerung, das für die Legitimation politischer Entscheidungen notwendig ist.

Wird das BVerfG erneut über die Verfassungsmäßigkeit der Fünf-Prozent-Hürde zu befinden haben, sollte es sich deshalb eine größere Zurückhaltung als im Fall des EP auferlegen. Das Parlament ist die gewählte Vertretung des demokratischen Souveräns. Daher liegt es in seiner originären Verantwortung – und nicht in jener des BVerfG –, für den Erhalt der eigenen Funktionsfähigkeit zu sorgen. Dem Parlament muss daher ein weiter Ermessensspielraum zukommen, dessen verfassungsgerichtliche Kontrolle auf eine evidente Verletzung der Chancengleichheit beschränkt ist.

In diesem Jahr haben wir den 65. Geburtstag unseres Grundgesetzes begangen, der besten Verfassung, die unser Land je hatte. Zugleich feiern wir den 25. Jahrestag der Friedlichen Revolution in der DDR, die sechzehn Millionen Menschen den Weg zum Grundgesetz ebnete. Dies sollte Anlass sein, auch weiterhin für eine ausreichende Stabilität der parlamentarischen Demokratie zu sorgen. Ein Lichten des Stabilitätsankers würde uns teuer zu stehen kommen.

Siege der Taktik

Der Streit um das Wahlrecht in historischer und aktueller Perspektive

PETER MOLT

Geboren 1929 in Stuttgart, Honorarprofessor an der Universität Trier, wurde 2004 für seine jahrzehntelange ehrenamtliche Tätigkeit in entwicklungs-politischen Institutionen das Bundesverdienstkreuz verliehen.

In seiner Antrittsrede nach seiner Wiederwahl zum Bundestagspräsidenten vor etwa einem Jahr hat Norbert Lammert den Bundestag aufgefordert, rechtzeitig vor der nächsten Wahl einen gemeinsamen sorgfältigen Blick auf das Wahlrecht zu werfen. Die für die Wahl des jetzigen Bun-

destags beschlossenen neuen Berechnungsmechanismen würden zwei elementare Schwächen aufweisen: *Erstens* seien sie für die meisten Wahlberechtigten ziemlich undurchsichtig, und *zweitens* hätten sie zwar zu einer Vergrößerung des Bundestags um nur 29 Ausgleichsmandate geführt, aber bei einem anderen, knapperen Wahlausgang könnte sich künftig eine wesentliche Vergrößerung des Bundestags ergeben.

Die Mahnung des Bundestagspräsidenten wirft ein Licht darauf, dass bei aller Bewährung unserer Verfassung eine zentrale Frage der demokratischen Ordnung, das Wahlrecht für das Parlament, schon im Parlamentarischen Rat und später im Bundestag immer wieder strittig war. Deshalb befasste sich auch das Bundesverfassungsgericht wiederholt mit diesem Thema, zuletzt 2008 und 2012. Der hundertste Geburtstag von Paul Lücke (1914–1976) am 13. November 2014 ist ein weiterer Anlass, über das Wahlrecht nachzudenken. Paul Lücke trat 1968 als Bundesinnenminister zurück,

als die SPD die in den Vereinbarungen der Großen Koalition von 1966–1969 erwogene Einführung des relativen Mehrheitswahlrechts aus parteitaktischen Gründen aufgab und damit die Chance für ein eindeutiges Bundestagswahlrecht vertat.

FRANKFURT, WEIMAR, BONN

Die seit 1849 (!) in Deutschland geführte Auseinandersetzung um Mehrheits- oder Verhältniswahlrecht und seine Varianten ist letztlich immer wieder nur emotional oder taktisch entschieden worden. Das am 12. April 1849 von der Frankfurter Nationalversammlung beschlossene Wahlrecht, die absolute Mehrheitswahl in Einerwahlkreisen mit eventueller Stichwahl zwischen den zwei Kandidaten mit der höchsten Stimmenzahl im ersten Wahlgang, war zur Zeit seiner Einführung das vorherrschende System auf dem europäischen Kontinent. Es wurde 1871 auf den neuen Deutschen Reichstag übertragen, weil Bismarck die Popularität, die die einstige Frankfurter Nationalversammlung als erster Versuch einer deutschen Einigung immer noch genoss, für die Reichsgründung nutzen und eine Wahlrechtsdebatte vermeiden wollte, die bei der Vielschichtigkeit der politischen Verhältnisse und Anschauungen in den deutschen Bundesstaaten vermutlich ziemlich schwierig geworden wäre. Dass dieses Wahlrecht später am Ende des Kaiserreichs weitgehend diskreditiert war, lag vor allem daran, dass Reichsregierung und Reichstagsmehrheit eine Revision der Wahlkreiseinteilung entsprechend der Bevölkerungsver-schiebung über Jahrzehnte verschleppt hatten.

Der Rat der Volksbeauftragten verfügte für die Nationalversammlung 1919 ein reines Verhältniswahlrecht, das mit geringen Modifikationen bis 1933 beibehalten wurde. Es entsprach den Forderungen der Sozialdemokratischen Partei, die sich durch das alte Wahlrecht benachteiligt glaubte. Tatsächlich unterlag sie dabei einem Irrtum. Die unterbliebene Anpassung der Wahlkreiseinteilung im Kaiserreich verlangsamte zwar den Aufstieg der SPD, verhinderte aber nicht, dass sie bei den Reichstagswahlen von 1912 die stärkste Reichstagsfraktion wurde. Nach 1919 hätten das bisherige absolute Mehrheitswahlrecht und erst recht das relative Mehrheitswahlrecht mit hoher Wahrscheinlichkeit eine Dominanz der SPD und des Zentrums bewirkt und den Aufstieg der extremen Parteien NSDAP und KPD verhindert. Aus dem einst aus taktischen Erwägungen von den sozialistischen Funktionären befürworteten Verhältniswahlrecht machten ihre Nachfolger nach 1918 ein politisches Dogma. Die zersplitterten bürgerlichen Parteien hatten allerdings dagegen keine Einwendungen, weil sie bei einem Mehrheitswahlrecht eine Majorisierung durch die sozialistischen Wählermassen befürchteten. So gab es zunächst nur wenige warnende Stimmen zu den mit dem reinen Verhältniswahlrecht verbundenen Gefährdungen der parlamentarischen Demokratie.

Der Parlamentarische Rat konnte sich 1948/49 über das Wahlrecht nicht einigen. Aufgrund der erwähnten Interpretationen des absoluten Mehrheitswahlrechts und der Erfahrungen in der Weimarer Zeit mit dem reinen Verhältniswahlrecht wurden beide Systeme von der großen Mehrheit der Abgeordneten abgelehnt. Die CDU/CSU befürwortete das relative Mehrheitswahlrecht, von dem sie sich eine klare Regierungsmehrheit sowie die Personalisierung und Dezentralisierung der Kandidatenaufstellung versprach. SPD und FDP lehnten dies ab, weil die Zahl der „verlorenen“ Stimmen dabei zu groß sei. Sie schlugen ein modifiziertes Verhältniswahlrecht mit Sperrklausel vor, das dann mangels Einigung im Parlamentarischen Rat auf Weisung der Alliierten von den Länderregierungen für die Wahl zum Ersten Deutschen Bundestag erlassen wurde. Die damit verbundenen „Überhangmandate“ konnten zu einer Prämie für die stärkste Partei führen, wurden aber nach und nach immer mehr „ausgeglichen“. Betrug das Verhältnis von Direkt- zu Listenmandaten für die Wahl zum ersten Deutschen Bundestag noch 60:40 ohne jeden Ausgleich, wurde es schon für den zweiten auf 50:50 geändert. Dazu kamen im Lauf der Jahrzehnte der Ausgleich für die Überhangmandate innerhalb der Bundesländer und eine Verrechnung zwischen ihnen.

FAKTISCH EIN VERHÄLTNISSWAHLRECHT

So hat heute, im Jahr 2014, die Bundesrepublik Deutschland de facto erneut ein fast reines Verhältniswahlrecht. Der sogenannte Personalisierungseffekt durch die Erststimme bringt allenfalls einen beschränkten Statusgewinn für die direkt Gewählten, der mit einer zeitlichen Belastung für die Wahlkreisarbeit und den Wahlkampf erarbeitet werden muss. Der Bonus für die großen Parteien durch Überhangmandate ist weggefallen, ihre Verrechnung birgt je nach Wahlergebnis das Risiko einer starken Vergrößerung des Bundestags. Die Sperrklausel hat den gleichen Effekt wie nicht verrechnete Überhangmandate: Sie kann zu vielen „verlorenen“ Stimmen führen, bei der zurückliegenden Bundestagswahl immerhin 15,8 Prozent der abgegebenen Stimmen. Auch ihre Wirkung für die Regierungsbildung wäre begrenzt, wenn etwa bei künftigen Wahlen FDP und AfD die Fünf-Prozent-Hürde überspringen sollten. Dann wäre zwar die Zahl der verlorenen Stimmen niedriger, aber die Mehrheitsbildung für die Regierungsbildung unter sechs Parteien könnte zu einem Ergebnis führen, das nicht dem Wählerwillen entspricht. Die 1949 für die Sperrklausel gegebene Begründung, dass sie extremistische Parteien verhindere, die Zahl der im Bundestag vertretenen Parteien reduziere und die Regierungsbildung erleichtere, ist kaum mehr relevant. Dazu kommt, dass die Fixierung der Sperrklausel auf fünf Prozent nicht unanfechtbar ist. Sie könnte das Bundesverfassungsgericht erneut ebenso beschäftigen wie bei der

Wahl für das Europäische Parlament. Das derzeitige Wahlsystem ist nur traditionell durch seine 65-jährige Bewährung zu rechtfertigen, eine Eigenschaft, die allerdings durch die Änderungen der letzten Jahre bedauerlicherweise geschwächt wurde.

Im Interesse der Zukunft unserer Demokratie sind bei künftigen Entscheidungen über das Wahlrecht ein Verzicht auf kurzfristige wahltaktische Überlegungen und eine grundsätzliche Diskussion daher geboten. Dabei geht es im Kern um die alte, grundsätzliche Frage, ob sich aus der Wahl eine klare Regierungsmehrheit und eine starke Opposition ergeben sollen, welche die Vielzahl der zu entscheidenden Fragen in „Richtungen“ bündeln, oder ob das Wahlergebnis mathematisch möglichst genau die Meinung der Wähler am Wahltag widerspiegeln soll. Die bisherigen Änderungen des Bundestagswahlrechts und die unterschiedlichen, ebenfalls immer wieder korrigierten Wahlrechtssysteme der Bundesländer zeigen jedenfalls, dass es unmöglich ist, die Widersprüchlichkeit des Systems der personalisierten Verhältniswahl aufzulösen.

ABSCHIED VOM PROPORZDENKEN

Die beste Option wäre, vom Proporzdenken gänzlich Abschied zu nehmen. Dafür bietet sich in erster Linie das relative Mehrheitswahlrecht an, das aber – trotz seiner nach wie vor gegebenen Vorteile für die Regierungs- und Oppositionsbildung – inzwischen wohl so sehr der politischen Mentalität der deutschen Bürger widerspricht, dass es kaum mehr vermittelbar wäre. Ähnliches gilt auch für das „Grabenwahlrecht“, bei dem es keine Verrechnung zwischen der Erst- und Zweitstimme, das heißt zwischen den Direktmandaten und den Listen, gibt. Erwägenswert ist aber das absolute Mehrheitswahlrecht mit Stichwahl, nicht wegen seiner Historie, sondern weil es zu klaren Mehrheiten führen kann, bei der Entscheidung über künftige Koalitionen dem Wähler ein Mitspracherecht gibt und das Argument der „verlorenen“ Stimmen relativiert. Aus Bürgermeister- und Landratswahlen ist es dem Wähler vertraut. Durch die Auflösung der sozialen Milieus und die zunehmende Mobilität hat sich auch die Problematik des Wahlkreischnitts verringert.

Auf jeden Fall wäre es wünschenswert, wenn der Bundestag die Grundsätze der Gestaltung des Wahlrechts – detaillierter als gegenwärtig im Artikel 38 GG – so regeln würde, dass die Bildung einer stabilen Regierungsmehrheit und einer starken Opposition als „alternative government“ begünstigt werden und dies im Grundgesetz mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit verankert würde. Die erneute Beschäftigung mit dem Wahlrecht ist dringlich, weil, wie der Bundestagspräsident sagte, es immer besser ist, „sich mit solchen Entwicklungen dann auseinanderzusetzen, wenn die Probleme noch nicht eingetreten sind“.

„Für mich ist die Politik kein Job“

—

Zum 100. Geburtstag von Paul Lücke (1914–1976)

DENISE LINDSAY

Geboren 1964 in Bad Kissingen, wissenschaftliche Mitarbeiterin, Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste/Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Die aktuellen Debatten um eine Änderung des Wahlrechts in der Bundesrepublik rufen Erinnerungen an Paul Lücke wach: Obwohl Lücke erfolgreich den Wohnungsbau gefördert hatte und es ihm gelungen war, die Wohnungszwangswirtschaft der

Nachkriegszeit abzuschaffen, missglückte doch sein Versuch, eine Wahlrechtsänderung hin zu einer Form des Mehrheitswahlrechts durchzusetzen. Diesem Scheitern folgte sein legendärer Rücktritt aus Treue zu seinen Prinzipien. Das sehr persönliche politische Engagement Paul Lückes ging aus seinen Lebenserfahrungen hervor, insbesondere auch aus seinen Beobachtungen in der Weimarer Republik, in der er aufwuchs und deren Niedergang er miterleben musste.

Am 13. November 1914 kam Paul Friedrich Lücke als neuntes von vierzehn Kindern des Steinbrucharbeiters Wilhelm Lücke und seiner Frau Maria im Dorf Schöneborn zur Welt. Die Familie gehörte zur katholischen Minderheit im protestantisch geprägten Bergischen Land. Nach Beendigung



Paul Lücke (rechts) am 5. Januar 1966 bei der Sondersitzung des Bundeskabinetts anlässlich des 90. Geburtstages von Konrad Adenauer. © ullstein bild – bpk, Foto: Hilmar Pabel

der Volksschule – trotz seiner Begabung war ein Besuch der weiterführenden Schule aus finanziellen Gründen nicht möglich – begann er 1928 eine Lehre als Schlosser und legte die Gesellenprüfung ab. Paul Lücke betätigte sich aus innerer Überzeugung früh in der katholischen Jugend- und Laienbewegung. Dieses Engagement setzte er auch im NS-Regime fort, musste aber 1935 seinen Militärdienst leisten, nachdem die Nationalsozialisten die Wehrpflicht wieder eingeführt hatten. Danach besuchte er die Heeresfeuerwerker-Schule in Berlin und schloss eine Ausbildung zum Maschineningenieur erfolgreich ab. Seine Erlebnisse im Arbeiterbezirk Wedding und die dort herrschenden katastrophalen Wohnverhältnisse hinterließen bleibende Eindrücke. Eine Rückkehr ins Zivilleben wurde durch den Kriegsausbruch unmöglich, Lücke wurde als Feuerwerker und Waffenoffizier an der Ostfront und in Frankreich eingesetzt. Nachdem er 1944 in Toulouse schwer verwundet worden war, musste ihm ein Bein amputiert werden. Nach kurzer Gefangenschaft in Österreich kehrte er – inzwischen Oberleutnant – im September 1945 in seine Heimat zurück.

Im Dezember 1946 heiratete er die aus Dornbirn (Vorarlberg) stammende Rosa Fussenegger, die er 1940 in einem Braunschweiger Rüstungsbetrieb kennengelernt hatte; die Tochter eines NS-Regimegegners war hier dienstverpflichtet. Der Ehe, die Lücke immer als „seinen Lebensmittelpunkt

und privaten Zufluchtsort“ ansah, entstammten fünf Söhne und eine Tochter. Das von ihm propagierte Ideal, das Eigenheim mit Garten – die nach seiner Überzeugung „beste Eigentumsform“ –, realisierte er 1953 selbst mit seiner eigenen Familie in Bensberg; für die Presse blieb das Haus immer verschlossen.

WOHNUNGSBAU ALS ANGEWANDTE FAMILIENPOLITIK

Mit Gleichgesinnten gründete Lücke das Katholische Aufbauwerk Oberbergischer Kreis, das Hilfe zur Selbsthilfe leisten sollte. Politisch unbelastet, konnte er schon im Winter 1945 seine Tätigkeit im Landratsamt Gummersbach aufnehmen, wo er hautnah mit den Kriegsfolgen und den Problemen der Flüchtlinge und Wohnungslosen konfrontiert wurde. 1947 wurde er in Engelskirchen – einstimmig von allen Parteien – zum Amtsdirektor auf Lebenszeit ernannt, in einer Industriegemeinde, die zu etwa achtzig Prozent zerstört worden war.

Paul Lücke gehörte 1945 zu den Mitgründern der CDU im Oberbergischen Kreis; das überkonfessionell christliche Programm der Partei verband er mit seinem persönlichen Anliegen, die starken konfessionellen Gegensätze, die er in seiner Heimat als Jugendlicher erlebt hatte, zu überwinden. Die kommunalpolitischen Erfolge veranlassten die CDU, Lücke – zunächst gegen den Willen Konrad Adenauers – als Kandidaten für die Bundestagswahl 1949 zu nominieren. Er gewann seinen Wahlkreis direkt, wurde zunächst Mitglied im „Ausschuss für Wiederaufbau und Wohnungswesen“ und übernahm schon nach kurzer Zeit dessen Vorsitz. Hier agierte er mit Geschick, erwies sich als guter Vermittler und wirkte an der Entstehung der entscheidenden Wohnungsbaugesetze mit.

Gleichzeitig war er weiterhin in der katholischen Laienbewegung aktiv, war Mitglied im Zentralkomitee der deutschen Katholiken und lange Jahre Vizepräsident des Familienbundes der Deutschen Katholiken.

Nachdem die CDU/CSU die Bundestagswahl 1957 mit absoluter Mehrheit gewonnen hatte, berief Bundeskanzler Adenauer Lücke als ausgewiesenen Experten zum Bundesminister für Wohnungsbau in sein III. Kabinett. Eines der Hauptanliegen war die stufenweise Abschaffung der Wohnungszwangswirtschaft (also der aus Gründen der Wohnungsnot nach den beiden Weltkriegen verhängten gesetzlichen Beschränkungen der Verfügung über Wohnraum). Die Eingriffe in den Wohnungsmarkt, die als unmittelbare Kriegsfolge notwendig gewesen waren, sollten nun beendet werden. Zudem strebte Lücke die Verankerung eines sozialen Wohn- und Mietrechts im Bürgerlichen Gesetzbuch an. Die Förderung des sozialen Wohnungsbaus und der Bau familiengerechter, ausreichend großer Wohnungen waren ihm besonders wichtig, denn Wohnungsbaupolitik war in seinen Augen „angewandte

Familienpolitik“. Mit dem 1960 verabschiedeten „Lücke-Plan“ gelang es, die Wohnungswirtschaft an die Soziale Marktwirtschaft heranzuführen. Zudem unterstützte er das prämiengünstige Sparen, das einer breiten Bevölkerungsschicht ermöglichte, Eigentum zu bilden. Die Förderung von Wohnungseigentum und Grundbesitz erschien ihm als pragmatischer Weg der Stärkung und Sicherung von Demokratie.

GEGEN PARTEIENZERSPLITTERUNG

Das Angebot Adenauers, sein Nachfolger im Parteivorsitz zu werden, lehnte Lücke ebenso ab wie die Offerte, 1962 ins Bundesministerium der Verteidigung zu wechseln, da er keine bloße „Schachfigur im politischen Spiel“ sein wollte. Nachdem andere potenzielle Kandidaten abgesagt hatten, gab Lücke dem Drängen Bundeskanzler Erhards nach und wurde 1965 Bundesminister des Innern. Die Abteilung Raumordnung nahm er aus seinem alten in sein neues Ressort mit, da er sie als „praktische Gesellschaftspolitik“ verstand. Die Amtszeit im neuen Ministerium war geprägt von der Diskussion über die Verabschiedung der Notstandsgesetze, der entstehenden Außerparlamentarischen Opposition, den Folgen des Schah-Besuchs 1967 und dem Erstarken der NPD.

Eine Zersplitterung der Parteienlandschaft, wie er sie in der Weimarer Republik selbst erlebt hatte, konnte in seinen Augen einzig die Einführung des relativen Mehrheitswahlrechts nach angelsächsischem Vorbild verhindern.

Der Weg zur Wahlrechtsänderung schien nur über eine Koalition der beiden großen Parteien möglich.

RÜCKTRITT AUS PROTEST

Schon 1962 hatte Lücke, der über gute Kontakte über Parteigrenzen hinweg verfügte, auf Wunsch Adenauers Sondierungsgespräche mit der SPD geführt. Auch in der unter Kurt Georg Kiesinger 1966 gebildeten ersten Großen Koalition setzte Lücke sein Amt mit dem Ziel fort, sein zentrales Projekt durchzusetzen. Als die SPD auf ihrem Nürnberger Parteitag – entgegen der Koalitionsvereinbarung – die Entscheidung über das nicht unumstrittene Thema Wahlrechtsreform auf einen späteren Zeitpunkt verschob, trat Lücke am 28. März 1968 von seinem Amt zurück. Er hatte dies zuvor für den Fall eines Scheiterns seiner Bestrebungen angekündigt – und hielt an seinen Prinzipien fest. Vier Jahre vor seinem Tod am 10. August 1976 misslang ihm 1972 der erneute Einzug in den Bundestag, da er seinen Wahlkreis nicht mehr direkt gewinnen konnte. Als Verfechter des Mehrheitswahlrechts hatte er eine Absicherung über die Landesliste konsequent abgelehnt.

Mehr Eurovision, bitte!

—

Plädoyer für ein gesamteuropäisches Wahlrecht

NICO LANGE

Geboren 1975 in Berlin, stellvertretender
Hauptabteilungsleiter für Politik und
Beratung und Leiter des Teams Innen-
politik der Konrad-Adenauer-Stiftung.

„Sie sind ja doch immer einer Meinung!“,
empörte sich ein ZDF-Journalist gegen-
über den Fernseh-Duellanten Jean-Claude
Juncker und Martin Schulz während einer
Live-Debatte der Spitzenkandidaten vor

den Europawahlen. Zuvor hatte er, unterstützt von mehreren Einspiel-Filmen, in unterschiedlichen Varianten immer wieder die Fragen gestellt, ob denn nun „mehr Europa“ oder „weniger Europa“ besser sei oder ob man die Europäische Union (EU) als „die Lösung oder das Problem“ betrachten müsse.

Die Szene war bezeichnend für eine der offensichtlichen Paradoxien der Europawahlen: Statt um alternative programmatische Entwürfe der europäischen Parteienfamilien zur Politik in der kommenden Legislaturperiode des Europäischen Parlaments drehten sich die Diskussionen im Vorfeld der Wahlen um Fragen von „mehr“ oder „weniger“ Europa. Allzu häufig brachte

dieser Wahlkampf die Europapolitiker unterschiedlicher Parteien in die Verlegenheit, statt über ihre spezifischen politischen Angebote für die Zukunft der EU reden zu können, lediglich allgemein darüber räsonieren zu müssen, ob denn die Europäische Integration überhaupt „gut“ sei. Das ist zunächst für die Wähler problematisch: Selbst wenn diese bereits überzeugt sind oder sich überzeugen lassen, dass die Europäische Integration grundsätzlich positiv zu bewerten ist, geben ihnen Diskussionen über ein „Mehr“ oder „Weniger“ kaum Orientierungen, für welche Partei sie schließlich auf dem Wahlzettel ihr Kreuz machen sollen. Zudem fehlte dem Europawahlkampf mit diesem Verlauf der Debatten auch 2014 ein zentrales politisches Moment. Es mangelt an öffentlichem Wettbewerb der europäischen Parteienfamilien um Zustimmung zu ihren jeweiligen europapolitischen Konzepten.

Dabei hatte die Neuerung der Benennung von Spitzenkandidaten aus den europäischen Parteienfamilien erstmalig eine Chance auf eine stärkere Politisierung der Diskussionen europapolitischer Problemlagen geboten. Die neue Personalisierung der europäischen Parteipolitik birgt durchaus das Potenzial einer Zurechenbarkeit und programmatischen Zuspitzung sowie einer inhaltlichen Auseinandersetzung mit politischen Alternativen zur Lösung drängender Probleme in sich.

INKUBATOR FÜR POPULISTISCHE KRÄFTE

Verlauf und Ergebnis der Wahlen in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union machten aber deutlich, dass für die europäischen Wähler die Wahlen zum Europäischen Parlament dennoch weiterhin nationale Wahlen zweiter Ordnung geblieben sind. Seit den ersten Direktwahlen im Jahr 1979 entscheiden jeweils nationale Problemlagen und Wahrnehmungen, wer im supranationalen Parlament die Ausgestaltung der Europäischen Union mitbestimmt. Auch der enorme Zuwachs an politischem Einfluss für das Europäische Parlament konnte das bisher nicht verändern. Die Bürger der EU sehen die Wahlen zu ihrer Interessenvertretung in Brüssel und Straßburg weiterhin als weniger wichtig im Vergleich zu den nationalen Parlamentswahlen an und nehmen fast überall auch weniger daran teil. Dabei sind die Wähler erkennbar offener für Experimente mit neuen, kleinen, häufig auch populistischen und extremistischen Parteien, für die die national organisierten Europawahlen deshalb sogar eine Inkubator-Funktion erfüllen. Im Großen und Ganzen geht es bei der Wahlentscheidung in den Europawahlen darum, dem momentanen Wohlbefinden oder Unbehagen mit der jeweiligen nationalen Regierung Ausdruck zu verleihen. Nationale Gründe und Problemlagen bestimmen die Wahl. Das ist angesichts der realen Bedeutung des Europäischen Parlaments nicht nur ärgerlich oder paradox, sondern bringt ein schwerwiegendes Legiti-

mationsproblem mit sich. Das Europäische Parlament wird in der beginnenden Legislaturperiode an sehr weitreichenden Entscheidungen Anteil haben, die das Leben aller EU-Bürger maßgeblich betreffen. Aufgrund des nationalen Wahlrechts bei den Wahlen zum Europäischen Parlament, der nationalen Bestimmungsgründe für die Wahlentscheidung und der nationalen Wahlkämpfe haben diese europäischen Themen für die Wahlentscheidungen der Bürger am 25. Mai aber kaum eine Rolle gespielt.

Mit dem Bedeutungsgewinn des Europäischen Parlaments nach den Verträgen von Lissabon ergibt sich, zugespitzt formuliert, eine Situation, in der die Ausgestaltung der Zukunft der Europäischen Union letztlich davon abhängt, wie nationale Wahrnehmungen und Stimmungslagen – manchmal sogar auch Skandale und emotionale Momentaufnahmen – zur Zusammensetzung des Europäischen Parlaments beitragen. Die Europapolitik im Europäischen Parlament ist damit anfällig für die stetig steigende Dynamik der nationalen Parteiensysteme. Es wächst künftig die Gefahr von Blockaden oder gar der Infragestellung zentraler europapolitischer Anliegen, wenn nur in einigen Mitgliedstaaten bei den Europawahlen *Mid-Term*-Effekte zum Tragen kommen und Populisten oder Extremisten erstarken.

Es ist vor diesem Hintergrund ein Anachronismus, dass sich hinter dem Begriff der „Europawahlen“ noch immer 28 nationale Wahlen in den EU-Mitgliedstaaten nach jeweils nationalem Wahlrecht verbergen. In den Mitgliedsländern der EU gibt es Verhältniswahlssysteme und Mehrheitswahlssysteme, geschlossene und offene Listen, Wahlkreise mit einem oder mehreren Abgeordneten. Einige Wahlsysteme für die Wahlen zum Europäischen Parlament sehen Sperrklauseln vor, andere kennen diese nicht. Es wird an unterschiedlichen Tagen gewählt. In manchen Ländern werden direkt vor den Wahlen noch Umfragen veröffentlicht, in anderen ist das mit gehörigem Abstand zum Wahltag untersagt. Manche Wahlgesetze erlauben umfangreiche Fernsehwerbung politischer Parteien, der gesetzliche Rahmen anderer Länder lässt das nicht zu. Während der Wahlkämpfe war das Stadtbild in einigen EU-Ländern stark von Wahlplakaten geprägt, in anderen war nicht einmal wahrnehmbar, dass überhaupt Wahlen stattfanden. Es ist kaum plausibel, dass all diese fundamentalen Unterschiede so offensichtlich nebeneinander existieren, obwohl von den weitreichenden Entscheidungs- und Mitbestimmungsbefugnissen der Abgeordneten des Europäischen Parlaments die Bürger aller dieser Länder gleichermaßen betroffen sein werden.

SCHLEIER DER VERUNSICHERUNG

Dazu kommt, dass die Europawahlen 2014 in einer Phase der Entwicklung der EU stattfanden, in der nach den Querelen der Verfassungsdiskussion und des schwierigen Zustandekommens des Vertrags von Lissabon, der Finanz-

und Wirtschaftskrise und der Staatsschuldenkrise im Euroraum ein Schleier aus Verunsicherung und Selbstzweifeln über vielen europapolitischen Akteuren lag. Schon seit einiger Zeit führte das dazu, dass Diskussionen um relevante und weitreichende Zukunftsfragen der EU ausgewichen wurde. Die auffallend vielen Konferenzen und Expertengespräche der letzten Jahre, auf denen nach „neuen Narrativen“ für die Europäische Integration gesucht wurde, illustrieren diese Entwicklung eindrücklich. Die Aktualität der europäischen Entwicklung wurde dann vor und nach den Europawahlen durch die Ereignisse im Nahen Osten und östlich der EU-Außengrenzen unter Beweis gestellt. Und auch zahlreiche relevante Zukunftsfragen zeichnen sich deutlich ab, die in künftigen, genuin europäischen Wahlkämpfen zum Europäischen Parlament eine Rolle spielen könnten. Zu ihnen gehören Fragen der Ausgestaltung einer Europäischen Finanz- und Wirtschaftsregierung wie der Zukunft der Erweiterungspolitik, der stärkeren Vergemeinschaftung von Außen- und Sicherheitspolitik, des Umgangs mit Flüchtlingen oder der Europäisierung von Sozialstandards. Dazu kommen die in den Augen vieler Wähler dringend notwendige Formulierung von Leitbildern für die mittel- und langfristigen Ziele des europäischen Integrationsprozesses sowie die Entwicklung von Assoziierungs-, Partnerschafts- und Freihandelsabkommen mit globalen Partnern. Es wäre ausgesprochen wünschenswert, wenn das gestärkte Europäische Parlament sich an diesen großen europäischen Entscheidungen auch mit einer europäischen Legitimation beteiligen könnte.

GEMEINSAM ABSTIMMEN IST MÖGLICH

Nur wenige Wochen vor den Wahlen zum Europäischen Parlament 2014 fand in Kopenhagen der Eurovision Song Contest statt. Der Gesangswettbewerb fasziniert jährlich mehrere Hundert Millionen Menschen in Europa und darüber hinaus. Hunderte von Millionen Menschen haben am Tag des Eurovision Song Contest die Möglichkeit, gleichzeitig gemeinsam an einer europäischen Abstimmung teilzunehmen. Die Regeln für die Stimmabgabe sind dabei für alle einheitlich und ausgesprochen leicht verständlich. Mehr als hundert Millionen Europäer können nicht nur zeitgleich gemeinsam eine Entscheidung treffen, sondern verfolgen offenbar auch stundenlang gebannt vor den Bildschirmen die Auszählung der Stimmen. Im Vorfeld des Eurovision Song Contest 2014 und am Abend des Wettbewerbs diskutierten die Europäer in Milliarden von Tweets und Facebook-Einträgen alle Argumente der Entscheidungsfindung, die Favoriten und schließlich das Ergebnis sowie die Sieger und Verlierer des Abends. Die Vergleichbarkeit von Gesangswettbewerb und politischen Wahlen hält sich sicher sehr in Grenzen; es lässt sich aber erahnen, welches Potenzial „echte“ Europawahlen zum Europäischen Parla-

ment mit einem gemeinsamen europäischen Wahlrecht an einem gemeinsamen Wahltag entfalten könnten. Ein gesamteuropäisches Wahlrecht würde die europäischen Parteienfamilien und ihre programmatischen Orientierungen stärken und den Kampagnen ihrer Spitzenkandidaten ein stärkeres programmatisches Fundament geben. Das eingangs erwähnte Fernsehduell würde dann künftig nicht Fragen nach „mehr“ oder „weniger“ Europa stellen, sondern vielmehr die Kandidaten darüber debattieren lassen, „welches“ Europa sie mit ihren Parteien im Europäischen Parlament ausgestalten wollen, wenn sie die Stimmen der Wähler bekommen. Die weitreichenden, uns alle stark betreffenden europäisch getroffenen Entscheidungen erführen damit eine stärkere europäische Legitimierung. Ein durch ein gesamteuropäisches Wahlrecht legitimiertes Europäisches Parlament könnte eine starke Führungsrolle bei der weiteren demokratischen Gestaltung der Europäischen Union übernehmen. Mehr Eurovision würde den Europawahlen guttun.

Literatur zum Thema:

Grabow, Karsten / Hartleb, Florian: Europa – nein danke? Studie zum Aufstieg rechts- und national populistischer Parteien in Europa, 2. Auflage, Sankt Augustin/Berlin 2014, <http://www.kas.de/wf/de/33.36200/>.

Die englische Fassung der Studie ist unter dem Titel "Europe - No, Thanks? Study on the Rise of Right-Wing and National Populist Parties in Europe" ebenfalls online verfügbar: <http://www.kas.de/wf/en/33.36200/>.

Risiko

Oder: Was wird aktuell gespielt?

BURKHARD SPINNEN

Geboren 1956 in Mönchengladbach,
freier Schriftsteller, lebt in Münster.

Als ich Student war, spielten wir „Risiko“. Das ist ein Brettspiel; erfunden hat es um 1956 der französische Filmmacher Albert Lamorisse, der zeitgleich für seinen poetischen Kinderfilm „Der rote Ballon“ einen Oscar erhielt. „Risiko“ hat seinen Erfolg allerdings nicht seinen poetischen Qualitäten zu verdanken. Im Gegenteil, es ist die Mutter der militärischen Strategiespiele. Ähnlich wie Fußball ist es erfolgreich, weil seine Regeln simpel sind. Es gibt eine Weltkarte mit Gebieten, die

unter den Spielern verteilt werden. Dann erhält jeder einen Eroberungsauftrag, der geheim bleibt. Das Spiel selbst besteht dann aus Schlachten, über deren Ausgang die Stärke der Armeen und das Würfelglück entscheiden, wobei ein Sieg den Sieger stärken, aber auch schwächen kann.

Doch zwischen den schlichten Regeln öffnen sich individuelle Varianten. Man kann sich mit anderen Spielern verbünden oder Nichtangriffspakte schließen. Man kann schweigend spielen oder „diplomatisch“ agieren oder das Spielgeschehen kommentieren, um andere Spieler zu beeinflussen. Natürlich bleibt allen bewusst,

dass es niemals um friedliche Koexistenz geht, sondern um politisches Handeln im Sinne eines egoistischen Endziels. Jeder bleibt jedermanns Feind.

Eine „Risiko“-Partie dauerte damals viele Stunden, endete manchmal erst am nächsten Morgen. Spielten wir engagiert und leidenschaftlich, so kostete sie psychische und physische Kraft. Oft gab es Streit. Ich erinnere mich an eine Zusatzregel, die wir einführten, um das größte Problem in den Griff zu bekommen, den Umgang mit Vertragsbrüchen, über den die Spielregel nichts sagte. Schließlich einigten wir uns wie folgt: Beging jemand einen Vertragsbruch, erreichte aber zugleich sein finales Ziel, so galt das Spiel als regulär gewonnen. Scheiterte er hingegen, schied er aus und sein Besitz wurde auf die anderen Spieler verteilt.

Als wir „Risiko“ spielten, drohte es gerade auf den Index zu geraten. Die deutschen Hersteller kamen dem zuvor, indem sie die Spielanleitung redigierten. Statt ein Land „erobern“ hieß es jetzt ein Land „befreien“, man „vernichtete“ die feindlichen Armeen nicht mehr, sondern „löste sie auf“. Soweit ich mich erinnere, haben wir über das pseudo-pazifistische Lektorat gelästert und sind bei den alten Begriffen geblieben.

Dabei waren wir doch alle selbst Pazifisten! Außer mir hatte niemand Wehrdienst geleistet, und ich war durch die Gewissensprüfung gefallen. Gerade fanden die Demonstrationen gegen den NATO-Doppelbeschluss statt, und an denen habe ich mich mehrmals beteiligt. Warum also spielten wir nächtelang „Risiko“, oft mit einer gefährlichen Verbissenheit, heftige Zerwürfnisse in Kauf nehmend?

Ich könnte jetzt die Psychologie unseres Freundeskreises analysieren, aber das

wäre müßig. Es lag weniger an uns; es lag am Spiel. „Risiko“ ist ein Geniestreich. Albert Lamorisse mag ein fantasievoller Kinderfreund gewesen sein, er war aber auch ein Kenner des verschlagenen und aggressiven Raubtiers Mensch.

„Risiko“ aktiviert im Handumdrehen jedermanns Fähigkeit, sich territorial, expansiv und aggressiv zu verhalten. Es gibt ihm den Boden, auf dem er agieren kann wie die großen Eroberer von Alexander über Napoleon bis Hitler und Stalin. Ja, „Risiko“ aktiviert eine anthropologische Konstante; seine Regeln sind aus unseren Genen abgeschrieben.

Anders gesagt: Das Spiel spielte uns. Abseits vom Brett waren wir ja auch ganz anders. Da beteiligten wir uns zum Beispiel an dem Generationsprojekt einer Abschaffung der ideologischen Gegensätze, weil wir uns davon ein Ende des Kalten Krieges erhofften. Tatsächlich fiel schon ein paar Jahre später die Berliner Mauer. Wir bauten unser Berufsleben in einem friedlich wiedervereinten Deutschland auf, wir haben, jeder auf seine Weise, an der Globalisierung der Wirtschaft und überhaupt aller zwischenmenschlichen Beziehungen gearbeitet, und das alles natürlich aus der Überzeugung, jedes miteinander, jede Gemeinsamkeit habe eine befriedende Wirkung, jede Verflechtung, insbesondere jede ökonomische, vermeide die Aggression. Wir wollten die Kriege, die unsere Väter mit Gewehren geführt hatten, mit Wertpapieren, globalen Beteiligungen, Supertankern und dem Internet verhindern.

Von unseren Eltern hatten wir die Doktrin geerbt, dass die Drohung mit immer mehr Waffen der beste Friedensgarant sei. Doch wir haben das Erbe abgelehnt, haben dafür den westlichen Way of

Life, also ein universelles Konsumbewusstsein exportiert, bis sich die ganze Welt mit einer ähnlichen Benutzeroberfläche überzog, unter der, so der Plan, so die Hoffnung, die alten Zerwürfnisse und Feindseligkeiten sowie die genetisch angelegte Aggression verschwinden müssten. Dazu haben wir uns eine Haltung zueigen gemacht, nach der das materielle Wohl des Einzelnen das Korrektiv allen Handelns und Denkens sein sollte.

Gut, wir haben erfahren müssen, dass es auch in der freien Wirtschaft nicht ohne Aggressionen zugeht, aber die haben wir als das kleinere Übel akzeptiert, verglichen mit den überlebensgroßen Gewalttaten, die aus ideologischen Gründen begangen wurden. Was sind schon Arbeitslosigkeit und zyklische Rezession, Börsenkrach und Ladensterben gegen Luftangriff, KZ und H-Bombe!

Und jetzt? Sommer 2014. Genau hundert Jahre, nachdem der große Krieg der Mächte und Systeme ausbrach und, mal heiß, mal kalt, praktisch das gesamte 20. Jahrhundert lang dauerte – was geschieht? Russland und Europa streiten um die Reste der zerfallenden Ukraine. Risiko! Territorien werden reklamiert und besetzt; auf diplomatischer Ebene wird gelogen, dass sich die Balken biegen. Risiko! Derweil unterstützt der Westen im Mittleren Osten mal diese, mal jene Partei, um seine Interessen zu wahren. Risiko! Doch kaum hat man einmal nicht angepasst, verkehren sich die Machtverhältnisse. Die Führer des „Islamischen Staates“ lösen eine „große Serie“ ein und erhalten dafür 50.000 Kämpfer, mit denen sie schwach verteidigte Territorien besetzen, was ihnen neue Bonuskarten einträgt.

Risiko! In den Medien höre ich die verzweifelten Kommentare, die versuchen,

all dies aus dem Faktor Ökonomie abzuleiten. Putin wolle sich die Kornkammer Ukraine einverleiben, der IS die Banken in Mossul. Und natürlich wünschte auch ich mir, man könne Russland zur Einstellung seines aggressiven Verhaltens bewegen, indem man Putins Oligarchen-Freunden den Zugang zum westlichen Geldmarkt untersagt. Wäre es nicht auch besser, dem „Islamischen Staat“ jedes von ihm geforderte Territorium zu überlassen, um ihn anschließend von der globalen Ökonomie auszuschließen, bis seine verarmten Bürger in Bagdad Montagsdemonstrationen abhalten, um ihr bankrottetes Regime zum Teufel zu jagen?

Aber ich fürchte, das wird nicht so leicht funktionieren. Denn womöglich kämpfen und intrigieren Putin und der IS nicht allein aus ökonomischen Gründen um Territorien und Einflussgebiete, sondern aus denselben Gründen, aus denen wir damals „Risiko“ spielten: weil Aggression eine anthropologische Konstante ist? Weil es dem Menschen im Blut liegt, seine Art, seine Lebensweise, seine Überzeugungen anderen aufzuzwingen? Weil Macht, wie teuer sie auch erkaufte sein mag, immer als Gewinn gilt? Beim „Risiko“-Spiel reichte es für einen eindeutigen Sieg aus, die eigenen Spielsteine auf andere Territorien zu setzen. Der Bonus lag nicht in mittelbar langfristigen Renditen; die größte (und einzige) Einnahme war: die Einnahme!

Dabei darf nicht vergessen werden: Das Spiel trägt seinen Namen vollkommen zu Recht! Natürlich geht es um Aggression, Landnahme und Imperialismus, doch womöglich ist das tiefere Movens: die Lust am Risiko. Vier oder fünf pazifistische Philologie-Studenten spielen nächstelang dieses Spiel, so wie man Alkohol

trinkt, Drogen nimmt, Sex hat: um das Lebensgefühl zu steigern. Vielleicht sogar, um sich selbst zu beweisen, dass man überhaupt am Leben ist. Vielleicht ist das ja normal. Jedenfalls ist es besser, diese etwas problematischen Bedürfnisse in einem Brettspiel zu befriedigen, statt draußen vor der Haustür Banden zu bilden, Weltentwürfe zu verbreiten, Mitkämpfer zu rekrutieren, Geschichtsklitterungen zu befehlen, religiös fundierte Überzeugungen zur allein selig machenden Wahrheit zu erklären und dann real existierende Länder zu überfallen und ihre Armeen und Bewohner zu massakrieren.

Ich erinnere mich: Am Morgen nach einer „Risiko“-Nacht hatte ich jedes Mal einen Kater, der nicht vom Alkohol rührte und anders war. Vermutlich war es der Kater, den Putin spüren wird, wenn sich die Ukraine endgültig in eine Art Ex-Jugoslawien verwandelt hat. Vielleicht

wird der IS-Führer al-Baghdadi ihn spüren, wenn er ein Kalifat errichtet hat, das auf Mord und Terror beruht. Und der Vollständigkeit halber: Hat der Westen ihn gespürt, als die Ukraine der Verlockung erlag, sich von Russland loszulösen?

Mein Fazit: Seit dem Zusammenbruch der Ideologie-basierten Staaten in Europa haben wir uns ohne große philosophische Kongresse auf eine Welterklärung geeinigt, in der das Bruttosozialprodukt und die Börsenkurse die einzig gültigen Indikatoren für richtiges und gelingendes Leben sind. Viele Regionen auf der Welt, Indien und China zum Beispiel, haben sich dem Anschein nach dieser Philosophie angeschlossen. Aber das alles ist womöglich ein großer Irrtum. Und statt von den globalen Playern der Ökonomie wird die Welt schon wieder, oder noch immer, von Risiko-Spielern beherrscht.

Welt in Unruhe

Wie wir islamistischem Terror und russischer Expansionspolitik begegnen können

VOLKER KAUDER

Geboren 1949 in Sinsheim, Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag.

Unsere Welt ist in Unruhe, wie sie es seit den Terroranschlägen des 11. September 2001 nicht mehr gewesen ist. Vielleicht gibt es derzeit global gesehen nicht wesentlich mehr bewaffnete Konflikte als im Durchschnitt der vergangenen Jahrzehnte. Für Europa kann das aber keine Beruhigung sein, denn die Ukraine-Krise und die immer stärkere Ausbreitung eines mörderischen Islamismus in Nordafrika und im Mittleren Osten spielen sich in unserer unmittelbaren Nachbarschaft ab – vom Dauerkonflikt zwischen Israel und den Palästinensern ganz abgesehen.

Deutschland ist direkt betroffen. Durch den Ukraine-Konflikt wird die nach 1990 mühsam entwickelte Friedensordnung in Europa infrage gestellt. Islamisten bedrohen die innere Sicherheit auch in unserem Land. Wir müssen mit neuen Wellen von Flüchtlingen rechnen, mit Menschen, die allein deshalb ihre Heimat verlieren, weil sie der falschen Religion angehören. Zu Beginn des Jahres 2014 wurde noch viel darüber gesprochen, dass Deutschland eine neue Rolle in der Welt einnehmen müsse. Die gegenwärtigen Krisen überholen diese theoretische Debatte. Wir müssen nun eine Strategie entwickeln, mit der wir auf Konflikte reagieren und neuen vorbeugen können.

Die Ukraine-Krise nahm ihren Anfang, als Russland im März 2014 die

Schwarzmeer-Halbinsel Krim annektierte. Doch damit nicht genug: Im Anschluss entbrannten Kämpfe in der Ostukraine, die angeblich von prorussischen Rebellen angezettelt wurden. Doch dass die systematische Destabilisierung der Grenzregion allein den sogenannten Freiheitskämpfern zuzuschreiben sei, gilt inzwischen als widerlegt. Ohne die Unterstützung Russlands gäbe es die Aufständischen nicht. Damit hat ein Staat in Europa offen das Völkerrecht gebrochen. Mit Russland verbindet Deutschland seit 2008 eine Modernisierungspartnerschaft. Ziel dieser Partnerschaft war und ist es, demokratische und marktwirtschaftliche Institutionen dort zu stärken.

Unsere Beziehungen zu Russland müssen überdacht werden, selbst wenn in der Ukraine die Waffen schweigen sollten. Moskau hat den seit 1990 entwickelten engen politischen Austausch, rege wirtschaftliche Beziehungen, fruchtbare kulturelle Kontakte und natürlich politisches Vertrauen durch sein Verhalten infrage gestellt. Dies hat langfristige Folgen, auch weil nicht ausgeschlossen werden kann, dass Russland erneut wie auf der Krim oder in der Ukraine vorgehen wird. Europa insgesamt befindet sich in einer völlig neuen strategischen Lage. Dass Frieden auf dem Kontinent herrscht, scheint plötzlich nicht mehr selbstverständlich. Es schmerzt umso mehr, dass dies ausgerechnet 100 Jahre nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges, bald siebzig Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges und 25 Jahre nach Ende des Kalten Krieges passiert.

Der Westen muss auf die neue, aggressive russische Politik mit Prinzipientreue reagieren. Das bedeutet *erstens*: Der Bruch des Völkerrechts ist nicht hinnehm-

bar. Die Krim ist nicht Teil Russlands, sondern integraler Bestand der Ukraine. Die Ukraine ist ein souveräner Staat, daher ist es richtig, dass die EU und die USA auf die Intervention Russlands in der Ukraine mit Sanktionen reagiert haben. Sie werden dann aufgehoben werden können, wenn Russland zum Status quo ante zurückkehrt.

Zweitens muss Europa geschlossen auftreten. Die Staaten Europas haben ganz unterschiedliche Beziehungen zu Russland. Für Länder wie Spanien ist Russland eher ein Handelspartner. Die osteuropäischen Länder wie Polen oder die baltischen Staaten begegnen Russland aufgrund ihrer Geschichte extrem distanziert. Auch Deutschland verbindet mit Russland eine ambivalente Geschichte. Dennoch ist es in den vergangenen Monaten gelungen, die EU zusammenzuhalten. Nur eine einige EU kann verhindern, dass einzelne ihrer Mitglieder zum Spielball der russischen Machtpolitik werden. *Drittens* ist die Partnerschaft mit den USA unverzichtbar. Ohne die USA als Garanten der Freiheit und des wirtschaftlichen Aufstieges in den Jahrzehnten des Kalten Krieges hätte Westeuropa sich nicht frei entfalten können. Die Wiedervereinigung Deutschlands und der Fall des Eisernen Vorhangs zwischen Ost und West wären nicht möglich gewesen. Die USA sind Europas und Deutschlands wichtigste Verbündete, sie teilen unsere Werte. Nur gemeinsam mit den USA kann dem neuen russischen Expansionsstreben Einhalt geboten werden. *Viertens* müssen die NATO-Beistandsverpflichtungen ohne Wenn und Aber gelten. Die NATO wurde schon häufig für überflüssig oder tot erklärt; das war jedes Mal ein gewaltiger Irrtum. Die gegenseitige Beistandsverpflichtung zwi-

schen den transatlantischen Partnern USA und Kanada auf der einen und den Europäern auf der anderen Seite sichert den Frieden für alle Mitgliedstaaten des Bündnisses, insbesondere in Osteuropa. Niemand darf die Verpflichtung auch nur in kleinster Weise relativieren. Dies hätte eine Instabilität auf dem gesamten europäischen Kontinent zur Folge.

DIE LAGE IN ERBIL

Nicht minder dramatisch als die Geschehnisse in Osteuropa ist auch die Ausbreitung des Islamismus, der den Zerfall ganzer Staaten beschleunigt. Durch einen verheerenden Bürgerkrieg, in dem die syrische Armee von Diktator Baschar al-Assad mittlerweile verschiedenen terroristischen und islamistischen Gruppen gegenübersteht, ist das Land praktisch in einzelne Machtbereiche zerstückelt worden. Fast 200.000 Syrer verloren dabei ihr Leben, Millionen ihr Zuhause. Syrien existiert nur noch auf der Landkarte. Auch Libyen gleitet nach dem Sturz des Machthabers Muammar al-Gaddafi ins Chaos ab. Das nordafrikanische Land liegt nur rund 350 Kilometer vom EU-Mitglied Malta entfernt. In Syrien und im Irak breitet sich die Terrormiliz Islamischer Staat (IS) immer weiter aus. Vor einigen Wochen habe ich mir bei einem Besuch in der Hauptstadt der autonomen Kurdenregion im Irak, in Erbil, selbst ein Bild von der Lage gemacht. Die Situation ist dramatisch. Im Irak gibt es momentan 1,2 Millionen Binnenflüchtlinge. Mehrere Hunderttausend haben im kurdischen Teil des Landes Zuflucht gefunden. Sie müssen in Behelfsunterkünften wie Rohbauten hausen und

schlafen auf nacktem Beton. Ich habe in Erbil mit vielen Christen und Jesiden gesprochen. Sie mussten auf der Flucht alles zurücklassen. Viele Angehörige der jesidischen Flüchtlinge sind von der IS bestialisch ermordet oder an unbekannte Orte verschleppt worden.

Die Menschen haben keine Perspektive. Die Mehrzahl von ihnen würde gerne in ihre Heimatdörfer zurückkehren, doch das Vertrauen zu ihren arabischen Nachbarn ist zerstört. Denn als die IS-Truppen heranrückten, beschmierten diese die Häuser der Christen mit einem „N“, das für Nazarener steht, und gaben sie so dem Terror preis. Nun wissen die Christen nicht mehr, wem sie trauen können.

ANTWORTEN AUF DEN TERROR

In Deutschland ist lange diskutiert worden, wie auf die Gräueltaten des IS zu reagieren ist. Nötig sind mehrere Antworten:

1. Vorrang der humanitären Hilfe:
Deutschland hat bis Ende August dieses Jahres fünfzig Millionen Euro für die humanitäre Hilfe zur Verfügung gestellt. Andere Länder engagieren sich ebenfalls. Allerdings dürfte dieses Geld nicht ausreichen, um angesichts des nahenden Winters eine humanitäre Katastrophe in der Kurden-Region zu verhindern. Die Flüchtlinge benötigen feste Unterkünfte. Europa wird gemeinsam mehr tun müssen und seine Hilfe muss kontinuierlich an den Bedarf angepasst werden.

2. Waffenlieferungen:
Deutschland betreibt eine interessen- und wertegeleitete Außenpolitik. Zu Deutsch-

lands Interessen gehört auch, dass die Islamisten im Mittleren Osten, aber auch in Afrika nicht noch stärker werden. Der 11. September 2001 hat gezeigt, dass niemand vor Anschlägen radikalierter Islamisten sicher ist. Sie haben in der Vergangenheit auch Europa ins Visier genommen. Die Attentate in Madrid und in London sind noch in angstvoller Erinnerung. Europa und damit auch Deutschland sind durch das Erstarken des IS selbst gefährdet. In seinen Reihen kämpfen Deutsche, die mit Gesinnungsgenossen in ihre Heimat zurückkehren könnten. Was das bedeutet, kann man sich ausmalen. Es muss folglich verhindert werden, dass der IS weitere Gebiete des Iraks einnimmt. Bollwerk im Kampf gegen diese Fanatiker sind die Kurden. Wenn der Nordirak an den IS fallen würde, stünde dieser an der Grenze zum NATO-Mitglied Türkei – mit nicht absehbaren Konsequenzen auch für Deutschland. Daher sind die Waffenlieferungen an die Kurden richtig, auch wenn es keine letzte Sicherheit gibt, dass diese Waffen nicht in fremde Hände gelangen. Doch es geht uns keineswegs nur um die Sicherheit in Deutschland. Es geht auch um den Schutz Hunderttausender Menschen vor Ort. Denn neben der humanitären Hilfe benötigen die Flüchtlinge auch die Sicherheit, dass ihr Leben nicht noch einmal von Fanatikern bedroht wird.

3. Abgestimmtes Vorgehen gegen die Islamisten:

Die USA wollen im Kampf gegen den Islamismus eine große internationale Allianz bilden. Diese Bemühungen um eine Allianz sind durchaus erfolgversprechend, da der Islamismus letztlich auch die islamischen Staaten – etwa am Golf – bedroht. Deutschland darf sich dieser Kooperation

nicht verschließen, auch wenn dabei unangenehme Aufgaben auf uns zukommen könnten.

4. Weitere Flüchtlinge aufnehmen:

Sicher werden Tausende dieser Entwurzelten in den nächsten Monaten auch Deutschland erreichen. Selbst die Aufnahme aller Flüchtlinge würde jedoch nicht das Grundproblem im Nordirak lösen. Denn der IS wäre am Ziel, wenn sich außer Sunniten keine Angehörigen anderer Religionen mehr im Lande befänden. Trotzdem muss Deutschland bereit sein, mehr Flüchtlinge aufzunehmen. Das gebietet nicht zuletzt das christliche Menschenbild, das Grundlage der Politik der Union ist.

AM STÄRKSTEN VERFOLGTE RELIGIONSGEMEINSCHAFT

Irak und Syrien sind Paradebeispiele dafür, wie unterschiedliche religiöse Bindungen Konflikte schüren können. Die Religion ist dabei oft nicht die alleinige Ursache der Auseinandersetzungen. Der unterschiedliche Glaube trägt aber sicher zur Verschärfung von Gegensätzen bei. Als Christen bewegt uns seit Jahren die Lage unserer Glaubensschwestern und Glaubensbrüder, die in vielen Teilen der Welt bedrängt oder verfolgt werden, die vielerorts gar um Leib und Leben bangen müssen. Nach Studien unabhängiger Institute sind die Christen die am stärksten verfolgte Religionsgemeinschaft weltweit. Über 100 Millionen Christen sollen betroffen sein. Fassungslos macht uns aber auch die brutale Eskalation der Konflikte zwischen den unterschiedlichen Glaubensrichtungen

gen des Islam. Dies erinnert uns an die Religionskriege des 16. und 17. Jahrhunderts in Europa.

Die Unionsfraktion im Deutschen Bundestag hat die Frage der Religionsfreiheit bereits vor vielen Jahren auf die Tagesordnung gesetzt. Unsere Befürchtungen, dass die Auseinandersetzungen mit religiösem Hintergrund zunehmen werden, haben sich leider bestätigt. Wir müssen daher überlegen, wie wir international noch stärker auf dieses Phänomen eingehen. Es gilt, noch stärker darauf zu dringen, dass die internationalen Organisationen die Missachtung der Religionsfreiheit in den Blick nehmen. Die Vereinten Nationen haben bereits einen Beauftragten für Religionsfreiheit, der über die Verwirklichung des Rechts auf Religionsfreiheit regelmäßig berichtet.

Auch die EU sollte sich dieses Themas verstärkt annehmen. Gemeinsam mit unseren Freunden von der Österreichischen Volkspartei wollen wir von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion uns für die Schaffung eines EU-Beauftragten einsetzen. Auch die Vereinten Nationen könnten für die Religionsfreiheit und für die Vermeidung religiös motivierter Konflikte noch aktiver werden. Innerhalb der UN müssen wir Verbündete finden, mit denen wir gemeinsam die Stimme erheben können, wenn Religionsfreiheit missachtet wird. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion bemüht sich, im Herbst 2015 in New York parallel zur UN-Generalversammlung mit anderen Gleichgesinnten eine erste Veranstaltung zu organisieren. So, wie es nun einen Anlauf für ein abgestimmtes Vorgehen gegen die Terrorbande IS gibt, muss auch ein Anlauf zu einem neuen internationalen, interreligiösen Dialog unternommen werden. Allerdings ist mir be-

wusst, dass die Bereitschaft dazu bei vielen in der islamischen Gemeinschaft noch nicht sehr ausgeprägt ist. Die islamische Gemeinschaft wird aber erkennen: Die Missachtung der Religionsfreiheit schwächt am Ende jede Religion.

HAUPTURSACHE FÜR MILLIONENFACHES LEID

Vielleicht sind wir in diesen Tagen Zeugen einer historischen Zeitenwende. 25 Jahre nach dem Fall der Mauer und des Eisernen Vorhangs endet eine Periode, in der wir Deutschen und Europäer von Konflikten auf unserem Kontinent oder in unmittelbarer Nachbarschaft verschont geblieben sind – wenn wir von den Kriegen im ehemaligen Jugoslawien einmal absehen. Wenn wir Frieden und Freiheit erhalten wollen, müssen wir uns zu unseren Werten bekennen und dazu bereit sein, die notwendigen Schritte zu gehen – auch wenn uns das nicht immer Beifall einbringen wird. Es gilt, an unseren Überzeugungen festzuhalten, in der Anwendung der Instrumente der Außen- und Sicherheitspolitik ein notwendiges Maß an Flexibilität zu bewahren und sich stärker der Tatsache zuzuwenden, dass religiös begründete Konflikte weltweit eine Hauptursache für millionenfaches Leid geworden sind.

Offenes Geheimnis der sunnitischen Achse

Die Zwei-Staaten-Lösung für Israelis und Palästinenser
muss auf der Tagesordnung bleiben

MICHAEL MERTES

Geboren 1953 in Bonn, Staatssekretär a. D., von 2011 bis Ende Juli 2014 Leiter des Auslandsbüros Israel der Konrad-Adenauer-Stiftung in Jerusalem.

Nach dem jüngsten Waffengang zwischen dem Hamas-Regime im Gazastreifen und Israel scheinen sich die Aussichten auf ein Ende des israelisch-palästinensischen Konflikts weiter verdüstert zu haben. Nach Ansicht der Bundesrepublik Deutschland und ihrer westlichen Partner verbürgt nur eine Zwei-Staaten-Lösung dauerhaften Frieden. Sie ist notwendig,

um Israels Charakter als jüdischer und demokratischer Staat zu bewahren. Ein friedlicher, demokratischer, die Menschenrechte achtender Palästinenserstaat wäre ein Gewinn für die Region insgesamt, nicht zuletzt für seinen Nachbarn Israel.

Es gibt wenigstens zwei Alternativen zur Zwei-Staaten-Lösung: die Beibehaltung des Status quo und die Ein-Staat-Lösung. Fraglich ist nur, welche Lösung den Vorzug verdient. In Anbetracht der immer wieder eskalierenden Gewalt um Gaza sieht es so aus, als sei die Beibehaltung des Status quo das weitaus wahrscheinlichere Szenario. Denn aus Sicht

vieler Israelis lässt sich mit dem gegenwärtigen Status ganz gut leben. „Yihye bese-der – Es wird schon gutgehen“ lautet eine beliebte hebräische Redensart. Das Problem ist nur, dass der Status quo eine Illusion ist. Der Nahe Osten und Nordafrika werden von historischen Umbrüchen erschüttert, deren Dauer und Ausgang nicht abzusehen sind. Zu glauben, dass ein kleines Fleckchen Erde in der südlichen Levante davon verschont bleiben wird, setzt ein Übermaß an Optimismus oder Gottvertrauen voraus. Außerdem wird der gegenwärtige Zustand für die Palästinenser nicht dadurch erträglicher, dass er auf unbestimmte Zeit aufrechterhalten wird. Sie werden in der Hoffnung auf bessere Zeiten verharren und keineswegs auf den Gedanken kommen, für die Israelis das Feld zu räumen. Die Völkergemeinschaft wird nicht bereit sein, immer wieder neue Wiederaufbauhilfen in Milliardenhöhe in den Gazastreifen zu pumpen. Irgendwann wird sie es auch leid sein, gewaltige Summen nach Ramallah zu überweisen für den Aufbau eines Staates, den es nie geben wird.

Was ist von der Ein-Staat-Lösung zu halten? Sie hat ebenfalls erhebliche Tücken. Praktisch läuft sie auf ein binationales Gemeinwesen hinaus. Theoretisch gäbe es auch mononationale Varianten: das von der Hamas angestrebte „Palästina“ ohne Juden – und das von nationalreligiösen Extremisten erträumte „größere Israel“, aus dem ein Großteil der Palästinenser nach Jordanien und in andere arabische Länder „umgesiedelt“ würde.

Eine binationale Lösung würde Israel vor die Entscheidung stellen, ob es als jüdischer *oder* als demokratischer Staat weiterexistieren möchte, denn beides gleichzeitig wäre dann nicht mehr mög-

lich. Auf diesen Punkt machte Ministerpräsident Netanjahu im Juni 2011 aufmerksam, als seinem Kabinett eine Studie des *Jewish People Policy Institute* über die demografischen Entwicklungen in Israel und dem Westjordanland vorgestellt wurde. Es sei wichtiger, so Netanjahus Kommentar, eine solide jüdische Mehrheit innerhalb des Staates Israel zu bewahren, als ein Gebiet zu besitzen, in dem eine palästinensische Mehrheit lebe.

Eine Mehrheit der Israelis befürwortet die Zwei-Staaten-Lösung unter der Bedingung, dass Israels Sicherheit nicht darunter leidet. Die Gegner dieser Lösung lassen sich – stark vereinfacht – in zwei Kategorien aufteilen: jene, die nationalreligiös argumentieren, und jene, die einen Palästinenserstaat als unkalkulierbares Risiko betrachten.

Mit der kleinen, aber lautstarken nationalreligiösen Minderheit ist eine rationale Debatte praktisch unmöglich. Für sie geht es um eine Glaubensfrage im eigentlichen Sinne des Wortes. Der biblisch begründete Anspruch des jüdischen Volkes auf das Westjordanland – auf Judäa und Samaria, um genau zu sein – ist für sie nicht verhandelbar. An dieser Stelle ist eine Klarstellung angebracht: Die Nationalreligiösen sind nicht, wie es in Europa oft geschieht, zu verwechseln mit den Strengreligiösen, den sogenannte Ultraorthodoxen oder Haredim. Für die Strengreligiösen ist die Erlösung Israels ein Werk des Messias, kein politisches Projekt. Im Gegensatz zu den Nationalreligiösen schreiben sie dem Staat Israel keine heilsgeschichtliche Bedeutung zu. Die allermeisten Strengreligiösen betrachten ihn vielmehr als säkulares Gebilde, mit dem man sich pragmatisch arrangieren kann. Viele von ihnen treten offen für eine Zwei-Staaten-Lösung ein.

Rational argumentieren lässt sich hingegen mit den Skeptikern, die sich auf das Sicherheitsargument stützen. Der neue Waffengang zwischen Israel und „Hamastan“ (wie der von der Hamas im Gazastreifen errichtete Quasi-Staat gelegentlich genannt wird) hat ihnen freilich neuen Zulauf verschafft. Den Israelis ist wieder einmal, vielleicht sogar mehr denn je, bewusst geworden, dass der Tel Aviver Ben-Gurion-Flughafen – und damit die zivile Luftfahrt von und nach Israel – durch Raketen der Hamas und des Islamischen Dschihad (einer kleineren, aber gleichfalls hochaggressiven Terrororganisation im Gazastreifen) bedroht wird. Reichweite und Zielgenauigkeit der Raketen werden immer besser. Die Skeptiker fragen deshalb, ob sich Israel nach den Erfahrungen des Sommers 2014 ein zweites „Hamastan“ im Westjordanland, gleichsam vor den Toren Tel Avivs, leisten könne.

KEIN ZWEITES „HAMASTAN“

Stellt man die Frage so, ist die Antwort ein klares „Nein“. Allerdings ist keineswegs ausgemacht, dass durch die Gründung eines Palästinenserstaates ein zweites „Hamastan“ im Westjordanland entstehen würde. Das hängt von verschiedenen Faktoren ab; einige sind innerpalästinensischer Natur und andere stehen unter Kontrolle Israels und der Völkergemeinschaft.

Nach der letzten Gaza-Erfahrung besteht kein Zweifel daran, dass Israels Beharren auf belastbaren Sicherheitsarrangements im Rahmen einer Zwei-Staaten-Lösung auf breites internationales Verständnis stoßen würde. Die Regierung

Netanjahu muss sich aber auch selbstkritisch fragen, was sie in der Vergangenheit – ungewollt – dazu beigetragen hat, unter Palästinensern den Ruf der Hamas zu stärken. Vielen Palästinensern erscheint sie bedauerlicherweise als einzige ernst zunehmende Vertreterin ihrer Nationalinteressen. Die israelische Regierung sollte daher alles unterlassen, was den friedfertigen Palästinenserpräsidenten Abbas und die Fatah, den Hauptkonkurrenten der Hamas, als politisch schwach und erfolglos dastehen lässt. Sie sollte honorieren, dass die palästinensischen Sicherheitskräfte im Westjordanland eng mit den israelischen Sicherheitskräften kooperieren, obwohl sie dafür als „Verräter des eigenen Volkes“ angefeindet werden. Die Lockerung der Sicherheitsblockade des Gazastreifens muss Mahmud Abbas und nicht Chalid Maschal als Erfolg zugeschrieben werden.

Für die Zwei-Staaten-Lösung spricht heute vor allem auch die regionale Perspektive. Der künftige Palästinenserstaat stünde nicht im luftleeren Raum, sondern wäre Teil einer „sunnitischen Achse“, die durch vitales Interesse an regionaler Stabilität zusammengehalten wird. Sie umfasst Jordanien, Ägypten, Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate – und Israel, das diesem Bündnis gleichsam als stilles Mitglied angehört. Zu den Gegnern der „sunnitischen Achse“ zählen der Iran und die Hisbollah, die Moslembrüder (deren palästinensischer Ableger die Hamas ist), ein unübersichtliches Gemenge dschihadistischer Gruppen und Milizen sowie zurzeit auch Katar.

Unter den regionalen Eckpfeilern von Israels Sicherheit ist Jordanien der wichtigste. Das bislang stabile Haschemitische Königreich bewährt sich als Bollwerk nach

Osten (Irak, Iran) und Nordosten (Syrien). Wenn dieser Schutzschild verschwände und dschihadistische Milizen bis zum Jordan vordringen könnten, wäre Israel von Osten (Jordanien), Norden (Syrien, Libanon) und Süden (Gazastreifen) durch Raketenterror bedroht. Man braucht keine Meinungsumfrage, um die Behauptung zu wagen, dass dies nicht nur für Israel, sondern auch für die allermeisten Palästinenser ein Albtraum wäre.

ARGUMENTE FÜR EINEN SPRUNG INS UNGEWISSE

Natürlich gibt es keine Garantie, dass von einem Palästinenserstaat eines Tages nicht doch Gefahren für Israels Sicherheit ausgehen könnten. Doch mindestens genauso ungewiss ist, ob der jordanische Status quo für alle Zeiten erhalten bleibt. Eine

Zwei-Staaten-Lösung mag ein Sprung ins Ungewisse sein. Dieser Ungewissheit steht aber das noch größere Risiko eines gewaltigen politisch-militärischen Erdbebens in den noch halbwegs stabilen Teilen der Region gegenüber.

Gute Argumente sprechen für die Annahme, dass ein Palästinenserstaat regional stabilisierend wirken und daher Israels Sicherheit nachhaltig stärken würde. So würde die Beilegung des israelisch-palästinensischen Konflikts es den arabischen Mitgliedstaaten der „sunnitischen Allianz“ ermöglichen, ihre Beziehungen zu Israel zu normalisieren und mit dem wirtschaftlich und wissenschaftlich-technologisch so erfolgreichen Nachbarn in ganz neuen Dimensionen zu kooperieren. Dass die politischen Führungen in Jordanien, Ägypten, Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten dies mit allem Nachdruck wünschen, ist ein offenes Geheimnis.

Fakten zum Gazakrieg

Warum eine weitere Eskalation noch ausstehen könnte

MICHAEL WOLFFSOHN

Geboren 1947 in Tel Aviv, Historiker an der Bundeswehruniversität München.

Vorsicht! Bilder sagen nichts. Kriegsbilder sagen noch weniger. Sie führen uns nicht zum Kern des Leidens. Das liegt auch daran, dass die meisten Berichterstatter vom Wesen des Krieges nichts und vom Guerillakrieg rein gar nichts verstehen. Sie urteilen vom Schein aufs Sein.

Das zeigten die meisten Bilder vom Gazakrieg: erschossene palästinensische Zivilisten. Vor allem Frauen und Kinder. Zu Recht sind die Zuschauer, sind „wir“ empört, denn jeder anständige Mensch

empört sich über das Töten Unschuldiger. Wer ist schuld? Das aus den Bildern abgeleitete Urteil kommt schnell. „Israel“. Ja, das ist der Schein.

Das Sein, der wahre Kern ist ein anderer. Die meisten unschuldigen palästinensischen Zivilisten sind Opfer der palästinensischen Hamas.

Die Hamas ist militärisch, konventionell in diesem Krieg der kleine David, Israel ist militärisch der Riese Goliath. Militär gegen Militär wäre die Hamas sofort besiegt. Die Hamas hat keine Panzer, keine Flugzeuge, keine Raketenabwehr. Sie hat außer Raketen nur mehr oder weniger leichte Waffen.

Deshalb nutzt die Hamas, wie alle Davids gegen jeden Goliath dieser Welt die Guerilla-Strategie und erweitert sie um die Strategie des Terrors. Guerillas zielen aufs Militär, Terroristen aufs Zivil des Feindes. Kein Guerilla oder Terrorist kann seinen Feind, das überlegene feindliche Militär, besiegen. Aber Guerillas und Terroristen können – und haben stets – den Preis für das feindliche Militär und Zivil in die Höhe getrieben, so sehr genervt, entnervt und zermürbt, dass kaum je Guerillas und Terroristen militärisch besiegt werden konnten. Es sei denn, das feindliche Militär hat die feindliche Guerilla sowie das feindliche Zivil vernichtet. Gaius Julius Caesar hat das mit den Galliern vor rund zweitausend Jahren gemacht. Vor wenigen Jahren erst ahmte das Militär von Sri Lanka diese Vernichtungsstrategie nach, und zwar gegen die „Tamil Tigers“, also die tamilischen Guerillas und Zivilisten.

DAS GESETZ DES GUERILLAKRIEGES

Guerilla-Strategie bedeutet an allen Orten dieser Welt und in allen Epochen der Weltgeschichte: Die Guerillas nutzen – man lese den Theoretiker und (!) Praktiker des Guerillakrieges Mao Zedong – ihre eigene Zivilbevölkerung als Schutzschild. Das sieht so aus: Raketen und andere Waffen werden aus Kindergärten, Krankenhäusern oder Moscheen auf israelische Zivilisten gefeuert. Dort befinden sich auch die Eingänge zu den nach Israel führenden Tunneln. Das wollen die Ärzte und Patienten so wenig wie die Kinder und Kindergärtner, wahrscheinlich auch nicht die Geistlichen in den Moscheen. Doch

sie werden nicht gefragt. Sie müssen sich den Guerillas fügen. Wenn sie sich nicht fügen, werden sie ermordet. Nun schießen die Guerillas auch auf das feindliche Militär. So ist das in jedem Guerillakrieg. Das ist sozusagen das Gesetz des Guerillakrieges. Anders geht es nicht. So ist es also auch im Krieg zwischen der Hamas und Israel.

Das von Guerillas beschlossene israelische Militär hat nun, wie jedes Militär, zwei Möglichkeiten: auf die Guerillas zurückschießen oder nicht. Wird nicht zurückgeschossen, geht der Beschuss auf israelisches Militär und Zivil weiter. Folglich wird zurückgeschossen. Das wiederum schafft von Israel, wie von jedem Goliath, politisch und psychologisch im wahrsten Sinne des Wortes verheerende Bilder. Abschreckende Bilder oder der Tod eigener Soldaten und Zivilisten. Das ist die Alternative, vor der Israel, wie jedes gegen Guerilla kämpfende Militär, steht. Im Klartext: Guerillas, also auch die Hamas, missbrauchen die eigene Zivilbevölkerung als Geisel. Auf diese Weise wird der militärisch Überlegene, hier Israels Soldaten und alle Bürger Israels, psychologisch und moralisch verunsichert. Die Guerilla aber, hier die Hamas, erobert durch die Schreckensbilder das Herz der fernsehenden Welt. Diese Bilder sind von hohem politischen Wert. Sie sind von der Hamas, wie von allen Guerillas zu allen Zeiten, gewollt. Das ist die Strategie der Guerillas. Sonst gehen auch sie unter. Sonst gäbe es keinen politischen Druck auf den Feind der Guerilla, also auf Israel.

Diejenigen, die die Bilder machen und kommentieren, also die Journalisten, werden somit, gewollt oder nicht, doch ahnungslos, weil kenntnislos, zum Instrument der Guerilla. Die Zuschauer verlas-

sen sich – wie könnte es anders sein? – auf die Bilder und die Kommentare der Berichterstatter. Und fertig ist das Bild. Wir haben alles gesehen und nichts verstanden. Wir „haben Augen und sehen nichts“. Wir haben Ohren und verstehen nichts.

VON SCHEIN UND SEIN

Dazu ein besonders krasses Beispiel aus dem jüngsten Gazakrieg: Drei am Strand spielende palästinensische Kinder wurden von Israels Militär getötet. Sie waren – wie könnte es anders sein? – völlig unschuldig, völlig unbeteiligt am Krieg. Unmoral total, denkt man aufgrund der Bilder sofort. Und sagt: „Israel handelt verbrecherisch.“ Stimmt das?

Jenseits von Unmoral total war diese Tötung ein Irrtum des israelischen Militärs. Das wurde zugegeben. Davon werden jedoch die Kinder nicht wieder lebendig.

Jenseits von Unmoral und Irrtum ist eine solche Tötung, weil zu Recht Empörung auslösend, ein katastrophaler politischer Fehler, und freiwillig begeht keiner Fehler. Wir fragen weiter: Warum ließen die Eltern ihre Kinder, mitten im Kampfgeschehen, am Strand spielen? Weil ihnen das Schicksal ihrer Kinder gleichgültig gewesen sein soll? Eine zynische und dumme und unrealistische Annahme.

Die Antwort ist einfach: Die palästinensischen Eltern waren sich sicher, dass Israel aus eben den genannten Gründen nicht auf palästinensische Zivilisten schießen würde. Wer hat sich hier aber diese Fragen jemals gestellt? Ich kenne niemand. Kein Wunder, denn jeder urteilt nach Bildern, vom Schein aufs Sein. So sind wir Menschen nun einmal. Gerade deshalb

müssen wir regelrecht trainieren, nicht vom Schein aufs Sein zu schließen, vom Trugbild aufs Realbild. „Du sollst dir kein Bildnis machen.“ Das kennen wir aus dem Alten Testament. Dieses Erste der Zehn Gebote bezieht sich eben nicht nur auf Gott und den Menschen, sondern auch auf Menschen untereinander und übereinander.

Man muss sich fragen, ob der Schein das Sein zeigt. Nein, meistens nicht. Hier erst recht nicht, zumal die Tragödie des palästinensischen Volkes unter anderem darin besteht, dass seine Führung sich seit jeher, seit mehr als 100 Jahren, selten ums Wohl der Menschen sorgte. Präsident Abbas ist eine Ausnahme, die Hamas entspricht allerdings dieser tragischen Regel. Auch das kann man beweisen, wenn man sogar nur Bild zu Bild fügt. Israel rief Gaza-Zivilisten an und forderte sie auf, ihre Wohnhäuser und -regionen rechtzeitig zu verlassen. Sie würden dann oder dann angegriffen. Ergo flohen Tausende palästinensische Zivilisten. Nun aber rief die Hamasführung „ihre“ Zivilisten zurück und drohte Rückkehr-Unwilligen mit harten Strafen. Was blieb den Fliehenden anderes übrig, als umzukehren? Von dort feuerte die Hamas auf Israelis. Diese schossen zurück. Massenweise wurden palästinensische Zivilisten getötet.

STRATEGISCHE FEHLER DER HAMAS

Einen zweiten strategischen Fehler beging die Hamas. Sie glaubte und hoffte, Israels Raketenabwehr sei so unwirksam wie im Sommer 2006. Damals hatte die libanesische Schiitenmiliz Hisbollah Israels Städte

mit Raketen getroffen und die Bevölkerung demoralisiert. In diesem Jahr machte Israels Raketenabwehr 90 Prozent der Hamasraketen unschädlich. Gleichzeitig wollte die Hamas durch ihre nach Israel führenden Tunnel das Zivil Israel überfallen. Die Hamaskämpfer erreichten Israels Zivilisten nicht, denn sie wurden rechtzeitig von israelischen Soldaten entdeckt.

Wenn das so weitergeht, haben die Palästinenser noch in 1.000 Jahren keinen eigenen Staat.

Wo sollte der sein? Es heißt allgemein: im Westjordanland und im Gazastreifen. Doch in der Mitte läge Israel. Ein Korridor als Straße, Brücke oder Tunnel wäre ein Kunstprodukt, keine Dauerlösung. Es kommt dann entweder zur Trennung von Palästina, also des Westjordanlandes vom Gazastreifen, oder umgekehrt.

JORDANIEN WIRD PALÄSTINA

Was aber wird aus dem Königreich Jordanien? Rund 80 Prozent der Jordanier sind Palästinenser. Seit jeher betrachten sie Jordanien historisch und demografisch zu Recht als „Palästina“. Dazu wird es auch werden. Wann? Das ist offen, aber als Folge der seit 2011 tobenden Arabischen Revolutionen wohl zu erwarten. Diese sind noch längst nicht vorbei. Jordanien ist zudem als Staat seit Jahren überfordert. Wodurch? Durch Millionen Flüchtlinge aus dem Irak und Syrien. Das bedeutet ein weiteres Zerbröseln Jordaniens. Jordanien wird also Palästina und sich als Palästina mit dem Gazastreifen sowie dem Westjordanland wiedervereinen.

Was wird aus der halben Million jüdischer Siedler im Westjordanland, also immerhin rund zwanzig Prozent der dort lebenden Menschen? Bestenfalls werden sie friedlich umgesiedelt, wahrscheinlich aber vertrieben, oder es kommt zum Krieg zwischen Palästina und Israel, das seine Bürger schützen wird, weil jeder Staat seine Bürger schützen muss. Andernfalls schafft er sich selbst ab.

Was passiert mit den palästinensischen Arabern in Israel? Sie stellen circa zwanzig Prozent der Staatsbürger des Landes. Wird es ihnen ergehen wie den jüdischen Siedlern, nur unter anderen Vorzeichen? Steht also das ganz große Blutvergießen noch aus? Ja – wenn weiter so gedacht und Politik und Analysen so gemacht werden wie bisher!

Im Frühjahr 2015 erscheint von Michael Wolffsohn bei dtv „Zum Weltfrieden. Ein politischer Versuch“.

Drei Wahlen, drei Trends

Sachsen, Thüringen und Brandenburg haben gewählt

VIOLA NEU

Geboren 1964 in Ludwigshafen (Rhein), Leiterin des Teams Empirische Sozialforschung, Konrad-Adenauer-Stiftung.

Die Kurzzusammenfassung ist recht einfach: drei Wahlen, drei Trends. Die CDU kann ihre Position halten oder ausbauen, die FDP verliert ihre parlamentarische Repräsentation, und die AfD zieht in die Landtage ein. Trotz dieser gemeinsamen Trends zeigen sich bei den einzelnen Wahlen viele Unterschiede im Detail. Zunächst zur Rolle der Linken: Während die Linke

ihr Ergebnis in Thüringen leicht ausbauen kann, verliert sie in Sachsen mäßig und in Brandenburg deutlich. Die immer wieder diskutierte Frage, ob es der Linken schade, wenn sie regiert oder Regierungsbeteiligungen anstrebt, kann man bejahen und verneinen. In Thüringen hat ihr Ziel, den Ministerpräsidenten zu stellen, der Partei offenbar nicht geschadet. In Brandenburg hat die Regierungsbeteiligung der Linken nicht genutzt. In Sachsen stellt sich diese Frage aufgrund der asymmetrischen Ausrichtung des Parteiensystems nicht. Andererseits zeigen die Abwanderungen ehe-

maliger Linken-Wähler an die AfD, dass der Linken bei der Mobilisierung politischen Protests Konkurrenz erwachsen ist. Viele Jahre – fast Jahrzehnte – war sie in großen Teilen der neuen Länder erste Anlaufstelle für diffusen Protest. In Brandenburg hat nun sie den größten Abwanderungsstrom gegenüber der AfD von allen Parteien zu verzeichnen (Wählerwanderungsbilanz von Infratest dimap).

Die sogenannte Zwischenwahlthese, nach der im Bund regierende Parteien bei Landtagswahlen „abgestraft“ werden, ist bei den drei Landtagswahlen nicht auszumachen. SPD und CDU bleiben dort stark, wo sie traditionell im Parteiensystem die führende Rolle haben: Dies gilt vor allem für die CDU in Sachsen und Thüringen sowie für die SPD in Brandenburg. Lediglich für die SPD gibt es in Thüringen einen klaren Verlust, der auf landesspezifische Irritationen in der Frage der künftigen Koalitionsbildung zurückzuführen ist. Die SPD hatte sich offen gezeigt, sowohl die bisherige Große Koalition zu unterstützen als auch einen Regierungswechsel mit der Linken mitzutragen.

Die Wahlbeteiligung ist bei allen Wahlen gesunken: in Thüringen und Sachsen moderat, in Brandenburg dramatisch um 19,1 Punkte. Gemeinsam ist allen Wahlen, dass keine polarisierenden politischen Fragen im Raum standen. So gab es im Fall von Sachsen und Brandenburg keine Zweifel, dass die CDU- beziehungsweise SPD-geführte Regierung ihre Arbeit würde fortsetzen können. In Brandenburg kommt hinzu, dass die letzte Landtagswahl gemeinsam mit der Bundestagswahl 2009 stattfand und daher die Wahlbeteiligung vergleichsweise hoch war. Dennoch ist der Trend sinkender Wahlbeteiligungen kein Gesetz: Seit 2013 stieg

bei der Bundestagswahl, der Europawahl und bei den Landtagswahlen in Hessen, Bayern und Niedersachsen die Wahlteilnahme.

ZU FRÜH FÜR LIBERALE TOTENGLÖCKLEIN

Die FDP ist seit Frühjahr 2010 in einem Meinungstief. Nach dem knapp verfehlten Wiedereinzug in den Bundestag 2013 wird in den politischen Feuilletons überwiegend die „Totenglöcklein-These“ verbreitet. Doch dabei wird vergessen, dass es der FDP in diesem Zeitraum gegen den Trend auch gelungen ist, in Landtage einzuziehen (so zuletzt in Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein, Baden-Württemberg und Hamburg). Da die FDP außer 1990 und in einer Phase in den 2000er-Jahren in den neuen Ländern nicht repräsentiert war, ist die Schlussfolgerung, dass die FDP im Parteiensystem keine Chance mehr hat, durch diese Wahlergebnisse nicht zu belegen. Über die Zukunft der FDP wird frühestens bei den Wahlen im Jahr 2016 entschieden, wenn Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg ihre Landtage neu wählen. Im Übrigen haben auch die Grünen in den neuen Ländern Mobilisierungsprobleme. Sie konnten zwar in alle Landtage einziehen, allerdings auf einem recht niedrigen Niveau. Dies verdeutlicht erneut, dass das Parteiensystem in den alten und den neuen Ländern unterschiedlichen Mustern folgt.

Die AfD sorgt seit der Bundestagswahl ebenfalls für Erklärungsversuche in politischen Kommentaren. Kontrafaktisch wird sie als (inhaltliches) Problem

der Union diskutiert. Wie alle Wählerströme belegen, ist sie das Problem aller Parteien, die alle Wähler an die AfD abgeben. Nach allen Erfahrungen, die seit den 1990er-Jahren mit neuen Parteien im Parteiensystem bestehen, dürfte es sich um unideologisch motiviertes Protestwahlverhalten handeln, in dem Elitenkritik, eine diffuse Mischung aus „Antis“ (Anti-Europa, Anti-Integration, Anti-Einwanderung, Anti-etablierte-Parteien-Reflex) sowie der Wunsch, eine Partei zu wählen, die „anders“ ist, eine Rolle spielen.

ANALOGIE ZWISCHEN AFD UND PIRATEN?

Bislang konnte sich keine der vielfältigen und ideologisch disparaten Parteien langfristig etablieren. Diese Parteien changieren zwischen unterschiedlichen Varianten des Populismus oder Extremismus (NPD, DVU, Republikaner, Bürger in Wut, Arbeit für Bremen und Bremerhaven, Schill-Partei, STATT-Partei) oder sie besetzten kurzfristig eine inhaltliche Nische

im Parteiensystem wie die Piraten oder die Freien Wähler.

Vielleicht gibt es zwischen Piraten und AfD doch eine Analogie: Die Piraten waren, zumindest bis sie begannen, sich programmatisch zu festigen, Projektionsfläche für alle möglichen Wünsche und Bedürfnisse. Ähnlich unbestimmte und heterogene politische Sehnsüchte, die bei so vielen Parteien Gründungsphase waren, scheint die AfD zu bedienen. Neben den „Antis“ bestimmt die Partei eine diffuse kulturelle Unzufriedenheit, fast schon Deprivation mit gesellschaftlichen Entwicklungen.

Extremistische Parteien konnten bei den Landtagswahlen nicht reüssieren. Die NPD ist in Sachsen (nach zwei Legislaturperioden) nicht wieder in das Parlament eingezogen und in den anderen Ländern blieben die Ergebnisse ebenfalls schwach. Bemerkenswert ist, dass einer Bürgerinitiative mit einem lokal bekannten ehemaligen SPD-Abgeordneten der Einzug in den Brandenburger Landtag geglückt ist (Brandenburger Vereinigten Bürgerbewegungen/Freie Wähler). Damit ist das Parteiensystem noch bunter geworden.

Hinweis:

Ausführliche Analysen zu den Landtagswahlen sind online abrufbar:

- Landtagswahl in Sachsen am 31. August 2014, siehe http://kasnet.kas.de/db_files/kas/dokumente/7_dokument_dok_pdf_38698_1.pdf
- Landtagswahl in Thüringen am 14. September 2014, siehe http://kasnet.kas.de/db_files/kas/dokumente/7_dokument_dok_pdf_38813_1.pdf
- Landtagswahl in Brandenburg am 14. September 2014, siehe http://kasnet.kas.de/db_files/kas/dokumente/7_dokument_dok_pdf_38820_1.pdf

Hundert Jahre Deutschland

Anmerkungen zur ersten voluminösen Gesamtdarstellung des 20. Jahrhunderts

ALEXANDER BRAKEL

Geboren 1976 in Bonn, stellvertretender Leiter der Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste/Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Ulrich Herbert: *Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert (= Europäische Geschichte im 20. Jahrhundert)*, C. H. Beck Verlag, München 2014, 1.451 Seiten, 39,95 Euro.

Wie konnte im 20. Jahrhundert in Deutschland die menschenverachtende Diktatur der Nationalsozialisten entstehen und wie ist es zu erklären, dass sich dasselbe Land wenige Jahre später in ein stabiles demokratisches Staatswesen verwandelte? Entlang dieser doppelten Leitfrage strukturiert

der Freiburger Historiker Ulrich Herbert seine voluminöse Gesamtdarstellung – die erste ihrer Art. An der Beantwortung der ersten Frage scheint er jedoch nicht wirklich interessiert zu sein. Die Kapitel über das Kaiserreich und die Weimarer Republik sind kenntnisreich, mitunter jedoch etwas holzschnittartig verfasst. Zwar erhält der Leser einen guten Überblick, wer sich jedoch bereits etwas intensiver mit dieser Zeit beschäftigt hat, wird wenig Neues erfahren. Insbesondere aber liefert Herbert keine überzeugende Erklärung dafür, warum sich ausgerechnet in Deutschland mit dem Nationalsozialismus eine Ideologie durchsetzte, die nicht nur antidemokratisch war – dies traf auf die autoritären Bewegungen, die in weiten Teilen Europas in den 1920er- und

1930er-Jahren an die Macht kamen, ebenfalls zu –, sondern auf einem bereits im Kern mörderischen Rassismus fußte, der schließlich im größten Menschheitsverbrechen endete. Dafür nämlich hätte es tiefer gehender Vergleiche mit anderen europäischen Staaten bedurft. Anders als in der Einleitung postuliert, schreibt Herbert seine Darstellung aus rein nationalstaatlicher Perspektive. Die Einbettung in den europäischen Kontext beschränkt sich auf kurze Abschnitte, die eher kosmetisch als erkenntnisleitend sind. Ganz anders die Teile über das Dritte Reich und vor allem dessen Gewaltverbrechen: Hier liefert der NS-Experte Herbert eine kompakte und brillante Analyse, die zum Besten gehört, was man zu diesem Thema finden kann. Souverän zeichnet der Verfasser die Entwicklung zum Holocaust nach und zeigt, wie Ideologie und situative Faktoren zusammenspielten. Auch der Mord an den Sinti und Roma, die „Euthanasie“ und der Vernichtungskrieg der Wehrmacht im Osten werden analysiert und in den Gesamtkontext der nationalsozialistischen Gewaltpolitik eingeordnet. Selbst ausgewiesene Fachleute werden diesen Teil des Buches mit Gewinn lesen.

Herbert misst einzelnen historischen Personen jedoch wenig Bedeutung bei. Strukturen und Kollektivsubjekte sind in seiner Darstellung ursächlich für die Entwicklungen. Selbst die Rolle Adolf Hitlers bei „Machtergreifung“, Krieg und Völkermord bleibt unterbelichtet; das gilt für den Einfluss von Heinrich Himmler, Reinhard Heydrich, Hermann Göring oder Albert Speer noch mehr. Der Leser erfährt kaum etwas über Vordenker, Täter und Mitläufer der Vernichtungspolitik, obwohl dies für die eingangs formulierte Leitfrage entscheidend gewesen wäre.

An dem strukturgeschichtlichen Ansatz ändert sich auch in der Darstellung der Nachkriegszeit wenig: Die entscheidenden politischen und ökonomischen Weichenstellungen hätten nicht deutsche Politiker, sondern die Alliierten vorgenommen. Adenauer habe dies klarer als die Sozialdemokraten erkannt und dementsprechend gehandelt. Diese Beobachtung ist sicherlich richtig, allerdings unterschätzt sie die Rolle des ersten Bundeskanzlers, der die Chance, Demokratie und Marktwirtschaft im Einklang mit den Alliierten in der Bundesrepublik zu festigen und den jungen Staat von einem Paria zu einem geachteten Mitglied der westlichen Wertegemeinschaft zu führen, entschlossen nutzte. Herberts Einschätzung, die SPD habe in der Regierung weitgehend ähnlich gehandelt, kann angesichts des langen Weges der Sozialdemokraten zum Godesberger Programm nur verwundern.

Drei Hauptgründe sieht der Autor für die Entwicklung Deutschlands (zunächst des westlichen Landesteils, ab 1990 auch des östlichen) von einer mörderischen Diktatur in eine gefestigte Demokratie: die Entscheidungen der Westalliierten, die günstige wirtschaftliche Entwicklung sowie eine schrittweise erfolgende, aber tief greifende Liberalisierung der Gesellschaft. Weniger Aufmerksamkeit widmet er dagegen den staatlichen Institutionen. Das erstaunt, weil ja bereits das Grundgesetz dem Impetus des „Nie wieder“ gefolgt war und sich die demokratischen Strukturen auch über Jahrzehnte hin als stabile Pfeiler der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit erwiesen. Genau dies aber unterschied sie von den Institutionen der Weimarer Republik, des Dritten Reichs und der DDR. Mitunter geraten Herbert

aber diese grundsätzlichen Unterschiede aus dem Blick, so etwa, wenn er die Verfolgung politisch Andersdenkender in der DDR mit dem Verbot der KPD und der juristischen Belangung ihrer Mitglieder in der frühen Bundesrepublik vergleicht. Ähnliches gilt für seine Versuche, die wirtschaftliche Rückständigkeit Ostdeutschlands mit dem Mangel an Absatzmärkten, Rohstoffvorkommen und Experten zu erklären, anstatt die systemimmanenten Probleme der Planwirtschaft zu benennen, die schließlich nicht nur in der DDR, sondern in sämtlichen sozialistischen Ländern zum Desaster führten. Noch absurder sind Auslassungen über den höheren Grad an wirtschaftlicher Gleichheit jenseits der Elbe. Gleichwohl: Dem kenntnisreichen Buch sind reichhaltige Informationen zu entnehmen; die vorgenommene Gewichtung überzeugt aber häufig nicht.

Mitunter gewinnt man den Eindruck, als ließe sich der erfahrene Historiker mehr von seiner persönlichen politischen Überzeugung als von wissenschaftlicher Sachlichkeit leiten. Das betrifft etwa die bereits erwähnte Kategorie der sozialen Ungleichheit. Herbert beschreibt sie als durchgehendes Phänomen von der Kaiserzeit bis heute. Allerdings unterlässt er es meist, seine Aussagen präzise zu belegen. Der für die Frage einschlägige Gini-Koeffizient etwa (das statistische Maß zur Darstellung von Ungleichverteilungen) spielt für ihn keine Rolle. Gleichzeitig merkt er an, die Ungleichverteilung von Löhnen und Gehältern habe in der Bundesrepublik keine Sprengkraft entwickelt. Damit stellt sich jedoch die Frage nach ihrer Relevanz jenseits der persönlichen Gerechtigkeitseinstellung des Autors. Ähnliches gilt für die Einschätzung der Familienpolitik. Zwar hat Herbert recht, wenn er

erklärt, die CDU unter Helmut Kohl habe große Vorbehalte gegen die Betreuung von Kindern außerhalb der Familie gehabt. Die Behauptung jedoch, ihr Familienleitbild habe in den 1980er-Jahren „im klaren Gegensatz zur Wirklichkeit“ gestanden, lässt sich weder mit der sozialen Praxis noch mit Meinungsumfragen belegen.

Noch eklatanter tritt das politische Bias¹ im Kapitel über die 1968er hervor: Einerseits arbeitet der Verfasser klar heraus, wie begrenzt die Bedeutung der Protestbewegung war, kommt dann aber zu dem Resümee, sie habe die Gesellschaft tief greifend und nachhaltig liberalisiert. Dabei blendet er die intoleranten und demokratiefeindlichen Züge der Bewegung, die sie ja auch in Konflikt mit Theodor W. Adorno und Jürgen Habermas brachten, weitgehend aus. Geradezu apologetisch wirkt seine Erklärung des Linksterrorismus: „Diese Radikalisierungen sind insofern als überschießende Reaktionen auf die tatsächlich bestehenden Liberalitäts- und Modernitätsdefizite zu begreifen, als Überdehnung bis ins gegenteilige Extrem. Dass dies in Westdeutschland, Frankreich und Italien zu besonders scharfen Eruptionen bis hin zur Entstehung linksradikaler Terroristengruppen führte, kann angesichts der hier besonders augenfälligen antidemokratischen Überhänge – Hitler, Pétain, Mussolini – nicht verwundern.“ Solche Beispiele stehen neben einer beeindruckenden Informationssammlung, vielen scharfen Analysen und klugen Gedanken. Die Schwachstellen sind jedoch zu eklatant, als dass sich von einem klugen Buch sprechen ließe.

¹ Durch falsche Untersuchungsmethoden (zum Beispiel Suggestivfragen) verursachte Verzerrung des Ergebnisses einer Repräsentativerhebung.

Würdevolles Lebensende

Studien zur Hospizarbeit,
zur Sterbehilfe und
zum selbstbestimmten Leben

Das Verbot der organisierten Suizidbeihilfe steht derzeit auf der politischen Agenda des Deutschen Bundestages. In der letzten Legislaturperiode kam ein entsprechendes Gesetz nicht zustande. Seit Beginn dieses Jahres läuft eine erneute Initiative, die Ende 2015 mit einem Gesetz abgeschlossen werden soll. Bis dahin muss eine Entscheidung zu diesem schwierigen und emotionsbesetzten Thema gefunden werden. Die öffentliche Debatte hat bereits mit Schärfe eingesetzt, und erste Gesetzesentwürfe liegen auf dem Tisch.

In Deutschland ist weder Suizid strafbar noch Suizidbeihilfe, sofern sie nicht eigennützig ist. Eine Sonderrolle nehmen die Ärzte ein: Aufgrund des standesrechtlichen Verbots in der Musterberufsordnung der Bundesärztekammer und in den Berufsordnungen der meisten Landesärztekammern dürfen Ärzte an einem Suizid nicht mitwirken. An dieser Situation soll sich grundsätzlich nichts ändern. Nur die wiederholte und organisierte Suizidbeihilfe, etwa durch Sterbehilfeorganisationen oder auch Einzelpersonen, die sich als „professionelle“ Sterbehelfer anbieten, soll durch ein Gesetz unterbunden werden.

Dafür gibt es gute Gründe: Menschen brauchen in der Regel keine Hilfe *zum* Sterben, sondern *im* Sterben – also eigentlich Lebenshilfe! Aufgabe ist es, die Sterbesituation zu verbessern. Gelingt dies, verschwindet in der Regel der Wunsch, vorzeitig aus dem Leben zu scheiden. Die Hemmschwelle

für einen Suizid sollte nicht gesenkt werden, wie es durch die organisierte Suizidbeihilfe geschieht. Nur so kann es gelingen, Suizidwillige auf die Alternativen aufmerksam zu machen und sie vom vorschnellen Tod abzuhalten. Auch muss einem Dammbbruch vorgebeugt werden: Jeder Türöffner für mehr Sterbehilfe, jedes Ausfransen des Lebensschutzes am Lebensende muss zum Wohle der sterbenden Menschen vermieden werden. Zu groß ist die Gefahr, dass der soziale Druck auf Kranke und Sterbende zunimmt.

In einer aktuell erschienenen Studie **Die Situation von Hospizarbeit und Palliative Care in Deutschland** erläutern Dirk Müller und Bettina Wis-tuba vom Unionhilfswerk Berlin vor dem Hintergrund ihrer Erfahrungen in Hospizen die Alternativen: Nicht Suizidbeihilfe, sondern eine umfassende hospizliche und palliative Betreuung hilft Menschen, ihre letzte Lebensphase in Würde zu verbringen. Durch eine umfassende medizinische, pflegerische, seelsorgerische und psychosoziale Versorgung und Betreuung kann die Lebensqualität bis zum Lebensende auf einem hohen Niveau erhalten werden. Die Studie zeigt die Leistungsfähigkeit von Palliativmedizin und hospizlichen Diensten sowie die damit verbundenen Chancen für eine menschenwürdig gestaltete Sterbebegleitung auf. Sie legt auch den Handlungsbedarf offen. Palliativmedizin und Hospizdienste müssen gefördert werden, sodass sie flächendeckend und mit der Regelversorgung vernetzt in hoher Qualität für bedürftige Menschen verfügbar sind (online abrufbar unter: <http://www.kas.de/wf/de/33.38945/>).

Eine weitere Studie **Sterbehilfe und selbstbestimmtes Sterben – Zur Diskussion in Mittel- und Westeuropa, den USA, Kanada und Australien** von Michael Fuchs und Lara Hönings, Institut für Wissenschaft und Ethik der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, wendet den Blick nach außen und stellt die Frage, welche rechtlichen Regelungen zur Sterbehilfe und Suizidbeihilfe es in anderen Ländern gibt und wie dort die fachlichen und öffentlichen Debatten verlaufen. Neben den Niederlanden und der Schweiz, die die Sterbehilfediskussion in Deutschland wesentlich beeinflussen, werden elf weitere Länder in den Blick genommen. Die Debat-tenverläufe sind sehr unterschiedlich. Der Blick auf gesetzliche Regelungen lässt dagegen Ähnlichkeiten erkennen: Nur in wenigen Ländern sind die aktive Sterbehilfe und die Suizidbeihilfe straffrei.

Die Argumentationsmuster und die gesetzlichen Regelungen anderer Länder können in Deutschland interessante Orientierungshilfen für eine effiziente und problemorientierte Auseinandersetzung um das angestrebte Verbot der organisierten Suizidbeihilfe geben. Die Studie erscheint voraussichtlich im November 2014 und wird ausschließlich online abrufbar sein (<http://www.kas.de/publikationen>).

*Norbert Arnold
Leiter des Teams Gesellschaftspolitik
Hauptabteilung Politik und Beratung*

FUNDSTÜCK





WESTEN ADE?

Vor zwanzig Jahren, am 8. September 1994, verabschiedeten sich die west-alliierten Truppen aus Berlin. Als Besatzer waren sie nach dem Zweiten Weltkrieg gekommen, als Verbündete und Freunde verließen sie die wieder vereinte Stadt. Fast ein halbes Jahrhundert lang hatten sie die Freiheit der Menschen im Westteil Berlins garantiert.

Nirgendwo sonst in Deutschland hatte die Zugehörigkeit zum Westen eine so deutlich sichtbare existenzielle Bedeutung. Hier wurde sie im Alltag gelebt. Die Ukraine-Krise führt heute erneut den elementaren Wert westlicher Verbundenheit konkret vor Augen. Nach wie vor gilt es, ein Bewusstsein dafür wachzuhalten, dass auch das heutige Deutschland – glücklicherweise selbst kein internationaler Krisenherd mehr – seine Sicherheit und Freiheit nicht allein gewährleisten kann.

Das Foto wurde bei der letzten Parade der west-alliierten Streitkräfte in Berlin am 18. Juni 1994 aufgenommen.

© picture-alliance/dpa, Foto: Wolfgang Kumm

Die nächste Ausgabe erscheint im Dezember 2014 zum Thema

2015

Was vor uns liegt

Hierzu schreiben unter anderen Thomas Petersen, Christiane Florin,
Michael Grosse-Brömer, Karl-Heinz Kamp und Stefanie Wahl.

IMPRESSUM

Nr. 528, September/Oktober 2014, 59. Jahrgang, ISSN 0032-3446

DIE POLITISCHE MEINUNG



Konrad
Adenauer
Stiftung

Herausgegeben für die Konrad-Adenauer-Stiftung von

Wolfgang Bergsdorf, Hans-Gert Pöttering,
Bernhard Vogel

Begründet 1956 von

Otto Lenz und Erich Peter Neumann

Geschäftsführung

Walter Bajohr

Redaktion

Bernd Löhmann (Chefredakteur)
Rita Anna Tüpper-Fotiadis (Redakteurin)
Redaktionsassistentz: Cornelia Wurm
Studentische Hilfskraft: Simone Ludewig

Anschrift

Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin
Klingelhöferstr. 23, 10785 Berlin
Telefonnummer: (0 22 41) 2 46 25 92
Faxnummer: (0 22 41) 2 46 26 10
rita.tuepper-fotiadis@kas.de
cornelia.wurm@kas.de
www.politische-meinung.de

Verlag und Anzeigenverwaltung

Verlag A. Fromm,
Postfach 19 48, 49009 Osnabrück
Telefonnummer: (05 41) 31 03 34
Faxnummer: (05 41) 31 04 40
C.Brinkmann@fromm-os.de

Herstellung

Druck- und Verlagshaus FROMM GmbH & Co. KG
Breiter Gang 10–16, 49074 Osnabrück

Konzeption und Gestaltung

Stan Hema GmbH
Agentur für Markenentwicklung, Berlin
www.stanhema.com

Bezugsbedingungen

Die Politische Meinung erscheint sechsmal im Jahr.
Der Bezugspreis für sechs Hefte beträgt 50,00 €
zzgl. Porto. Einzelheft 9,00 €. Schüler und Studenten
erhalten einen Sonderrabatt (25 Prozent). Die Bezugs-
dauer verlängert sich jeweils um ein Jahr, sofern
das Abonnement nicht bis zum 15. November eines
Jahres schriftlich abbestellt wird. Bestellungen über
den Verlag oder durch den Buchhandel.

Das Copyright für die Beiträge liegt bei der Po-
litischen Meinung. Nicht in allen Fällen konnten
die Inhaber der Bildrechte ermittelt werden. Noch
bestehende Ansprüche werden ggf. nachträglich
abgegolten. Die Zeitschrift wird mitfinanziert durch
Zuwendungen der Bundesrepublik Deutschland.

Das Wunder von Berlin

Sonderausgabe der Politischen Meinung zur Friedlichen Revolution und zum Mauerfall vor 25 Jahren an großen Kiosken



Die Sonderausgabe zum Mauerfall wirft einen unkonventionellen Blick hinter die Kulissen der Ereignisse von 1989 und eröffnet die Debatte zur historischen Bewertung von Deutschlands vielleicht glücklichster Stunde.

MIT BEITRÄGEN U.A. VON SABINE BERGMANN-POHL, BRUNO GANZ, REINER HASELOFF, STEPHAN KRAWCZYK, HANNS JÜRGEN KÜSTERS, KLAUS DIETER NAUMANN, HILDIGUND NEUBERT, ANDREAS RÖDDER, WOLFGANG SCHÄUBLE, RICHARD SCHRÖDER, WERNER SCHULZ, BERNHARD VOGEL

OKTOBER 2014, 5,00 EURO